OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Dezember 2015

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaber und Herausgeber	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2015

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Redaktionsschluss: 2. Dezember 2015

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Wachstumsschwäche der aufstrebenden Volkswirtschaften dämpft die Weltkonjunktur 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Anhaltend robuste Konjunktur 11

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 18

Kreditinstitute: Deutliche Ausweitung bei Wohnbaukrediten im September 2015 28

Versicherungen: Bilanzsumme sinkt im 2. Quartal 2015 aufgrund von Marktwertverlusten 32

Spezielle Kurzanalysen 35

Migration und Asyl: Aktuelle OECD-Prognosen und Diskussionsstand auf EU-Ebene 36

Die WWU am Weg zu ihrer Vollendung - aktuelle Vorschläge der Europäischen Kommission 40

IWF: Präsentation des IMF Regional Economic Issues Report for CESEE (REI) in der OeNB 45

Boosting EU Competitiveness – The Role of the CESEE Countries: Conference on European Economic Integration (CEEI) am 15./16. Oktober 2015 in Warschau 47

Annex 49

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU und international vom 16. Oktober bis 26. November 2015 50

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen 54

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Das globale Konjunkturbild hat sich im Verlauf des Jahres 2015 eingetrübt. Während sich die entwickelten Volkswirtschaften auf einem Erholungspfad befinden, hat sich das Wachstum in einer Reihe von aufstrebenden Volkswirtschaften verlangsamt. Der Verfall der Energiepreise hat für die Industriestaaten zwar eine wachstumsfördernde Wirkung, stellt die energieexportierenden Volkswirtschaften aber vor große Probleme. Brasilien und Russland befinden sich in einer tiefen Rezession. In China ist eine deutliche Wachstumsabschwächung zu verzeichnen. Der Einbruch des Welthandels im Jahr 2015 offenbart die fragile Lage in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Die mögliche Normalisierung der US-Geldpolitik dürfte zu höherer Volatilität in den Finanzmärkten führen und birgt die Gefahr von abrupten Kapitalabflüssen aus den aufstrebenden Volkswirtschaften – zumindest für jene Schwellenländer mit hohen makrofinanziellen Ungleichgewichten.

Der Euroraum befindet sich auf einem zwar schwachen, aber robusten Wachstumspfad. Im dritten Quartal 2015 wuchs das reale BIP laut Eurostat-Schnellschätzung um 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Auf Länderebene erscheint das reale Wirtschaftswachstum breit abgestützt. Deutschland und Frankreich wuchsen um 0,3%, Italien um 0,2% und Spanien um 0,8%. Nur Estland, Griechenland und Finnland wiesen eine negative Quartalswachstumsrate auf. Die Konjunktur in den EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa entwickelt sich aufgrund einer starken Binnennachfrage anhaltend robust. Die Investitionen werden dabei von einer verstärkten Ausnutzung von Mitteln aus EU-Fonds gestützt. Der private Konsum trägt ebenfalls positiv zum Wachstum bei.

Die österreichische Wirtschaft ist laut VGR-Schnellschätzung im dritten Quartal 2015 um 0,3% gewachsen. Getragen wurde das Wachstum vor allem vom Außenhandel, aber auch von den Investitionen. Damit hat sich das Wirtschaftswachstum in Österreich im Sog der Euroraumkonjunktur gefestigt. Das Wachstum der Exporte lag mit +1,4% (zum Vorquartal) im dritten Quartal über dem langjährigen Durchschnitt (+1,0%). Gegenüber der letzten Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden Außenhandel und Investitionen der letzten Quartale nach oben revidiert. Das BIP-Wachstum blieb von der Revision unberührt. Der OeNB-Konjunkturindikator zeigt für das vierte Quartal 2015 und das erste Quartal 2016 eine Wachstumsbeschleunigung auf 0,4% bzw. 0,5% an. Die per 1.1.2016 in Kraft tretende Steuerreform und die Ausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge wirken dabei konjunkturstimulierend.

Die HVPI-Inflationsrate stieg von 0,6% im ersten Quartal 2015 auf 1,0% im zweiten Quartal. Seither schwächte sich die Inflation bis auf 0,7% im Oktober kontinuierlich ab. Für diese Entwicklung waren in erster Linie die Rohölpreise ausschlaggebend, die in den ersten fünf Monaten dieses Jahres deutlich anstiegen, seither aber wieder annähernd auf das niedrige Niveau des Jahresbeginns zurückgegangen sind. Die österreichische HVPI-Inflation lag weiter deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt sowie über der Inflationsrate unseres wichtigsten Handelspartners Deutschland. Der Inflationsabstand zwischen Österreich und Deutschland betrug in den ersten zehn Monaten dieses Jahres durchschnittlich 0,7 Prozentpunkte und gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt 0,8 Prozentpunkte.

[1] Autor: Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

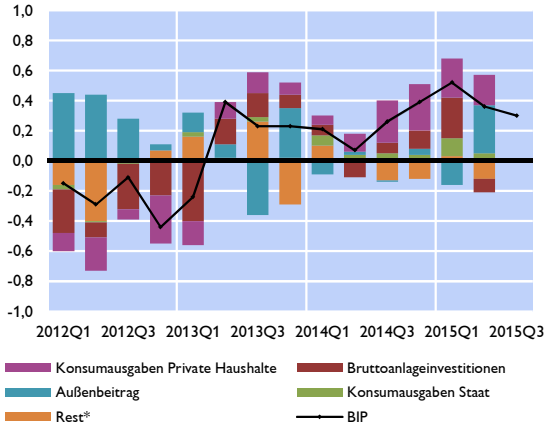
Wachstumsschwäche der aufstrebenden Volkswirtschaften dämpft die Weltkonjunktur[2]

Schwaches aber robustes BIP-Wachstum im Euroraum

Trotz globaler Wachstumsschwäche wies der Euroraum laut Eurostat-Schnellschätzung im dritten Quartal 2015 ein robustes reales Wirtschaftswachstum von 0,3% gegenüber dem Vorquartal auf. Verfügbare Vorlaufindikatoren und Außenhandelsdaten deuten auf einen positiven Beitrag der Konsumausgaben bzw. einen negativen Beitrag der Nettoexporte hin. Auf Länderebene erscheint das reale Wirtschaftswachstum im dritten Quartal breit abgestützt. Deutschland und Frankreich wuchsen um 0,3%, Italien um 0,2% und Spanien um 0,8%. Nur Estland, Griechenland und Finnland wiesen eine negative Quartalswachstumsrate auf.

Wachstumsbeitrag zum realen BIP im Euroraum

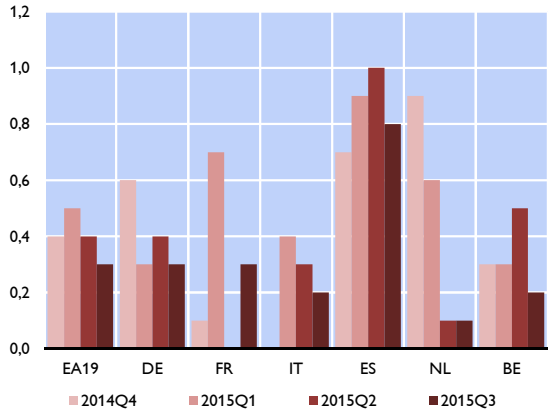
in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Reales BIP-Wachstum in ausgewählten Euroraumländern

in % gegenüber Vorquartal (saison- & arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Eurostat.

Für das vierte Quartal erwartet die Europäische Kommission eine leichte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 0,4% gegenüber dem Vorquartal. Die Verbesserung der Stimmungsindikatoren im Oktober 2015 gemessen am PMI Composite Index und am ESI Gesamtindikator stützt diese optimistische Prognose für den Euroraum.

Geldpolitische Lockerung und niedriger Ölpreis begünstigen die Erholung

Auf das Gesamtjahr betrachtet setzte sich auch 2015 die Erholung der Wirtschaftsaktivität fort. War die Entwicklung 2013 und 2014 noch von den Folgen der Staatsschuldenkrise geprägt und insbesondere von der Notwendigkeit öffentliche bzw. private Verschuldung abzubauen, so haben sich die Rahmenbedingungen für die Erholung der Wirtschaft im Euroraum Anfang 2015 deutlich verbessert. Erstens stärkten die massiv gesunkenen Ölpreise die Gewinnmargen der Unternehmen und das real verfügbare Einkommen der Haushalte im Euroraum. Zweitens hat die geldpolitische Lockerung durch die Ausweitung des Ankaufprogramms des Eurosystems seit Jänner 2015 die Finanzierungskosten und Anleiherenditen auf sehr niedrigem Niveau gehalten und senkte folglich die Zinsbelastung der Unternehmen sowie der privaten und öffentlichen Haushalte. Wie von den Prognosen erwartet, hat die Ausweitung der Liquidität nicht nur die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe positiv beeinflusst, sondern auch die Fragmentierung des europäischen Finanzmarkts weiter reduziert. Schließlich führte die quantitative Lockerung

[2] Autor: Thomas Scheiber (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

zu einer unmittelbaren Abwertung des Euro gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner der Euroraum-Länder und somit zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Vor diesem Hintergrund erwarten rezente Prognosen für den Euroraum für das laufende Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von 1,5%. Für 2016 wird eine Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 1,6 bis 1,8% erwartet, wobei das Wirtschaftswachstum insbesondere vom Konsum und von den Investitionen getragen werden sollte. Laut Prognose der Europäischen Kommission dürfte die Erholung der Wirtschaftsleistung abermals breit angelegt sein. Insbesondere die ehemaligen Programmländer Irland und Spanien werden mit 4,5% bzw. 2,7% deutlich wachsen. In Portugal und Zypern wird sich die moderate Erholung von der tiefen Rezession der letzten Jahre fortsetzen. Griechenlands BIP dürfte hingegen 2016 erneut schrumpfen.

Kurzfristige Abwärtsrisiken für die Prognosen gehen von der sich abschwächenden Weltwirtschaft aus, insbesondere von einem unerwartet starken Abschwung in China.

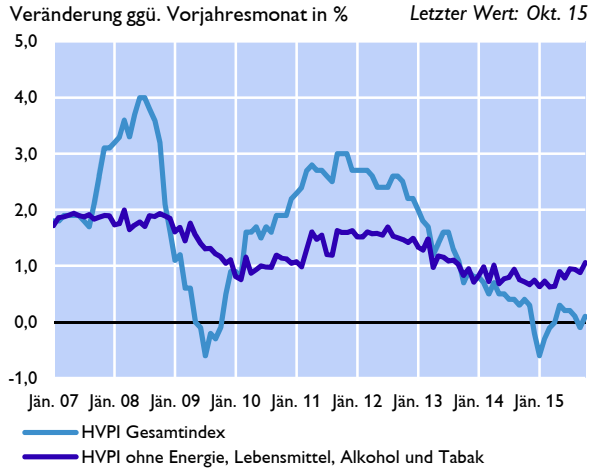
Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich langsam aber kontinuierlich

Im zweiten Quartal 2015 nahm die Beschäftigung um 0,3% gegenüber dem Vorquartal zu, nachdem sie im ersten Quartal um 0,2% gewachsen war. Während die Beschäftigung im Euroraum rascher ansteigt als erwartet, erlaubt der aktuelle Pfad der Wirtschaftserholung nur einen allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im Oktober 2015 sank die Arbeitslosenquote auf 10,7%; zu Jahresbeginn hatte sie noch 11,5% betragen. Die Unterschiede in den Arbeitslosenquoten der Mitgliedsländer sind weiterhin recht groß. Im Laufe des heurigen Jahres ist die Jugendarbeitslosigkeit auf 22,1% gesunken, der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den gesamten Arbeitslosen ging auf 51% zurück.

Inflation bleibt niedrig, aber Kerninflation steigt

Nachdem die HVPI-Inflationsrate im Euroraum zu Jahresbeginn 2015 im negativen Bereich lag, stieg sie in den Monaten Mai bis August wieder an. Die Rückkehr in den positiven Bereich ist auf weniger stark sinkende Energiepreise und stärker steigende Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Beide Tendenzen wurden durch die Abwertung des Euro verstärkt. Aufgrund der jüngst sinkenden Energiepreise fiel die HVPI-Inflation im September 2015 erneut in den negativen Bereich (–0,1%) und betrug im Oktober 0,1%. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak). Sie liegt nach wie vor deutlich über der Gesamtinflationsrate und stieg von 0,6% im Jänner auf 1,1% im Oktober an.

Inflationsentwicklung im Euroraum



Quelle: Eurostat.

Für das Gesamtjahr 2015 erwarten rezente Prognosen eine HVPI-Inflationsrate von 0,1%. Diese soll im Jahr 2016 auf 1,0% und im Jahr 2017 auf 1,7% ansteigen. Der anfängliche Aufwärtstrend wird hauptsächlich durch nach oben gerichtete Basiseffekte der Energiekomponente bestimmt sein. Es wird erwartet, dass mit der fortschreitenden Erholung im Euroraum die Arbeitskosten anziehen werden und in Folge die Inflationsrate.

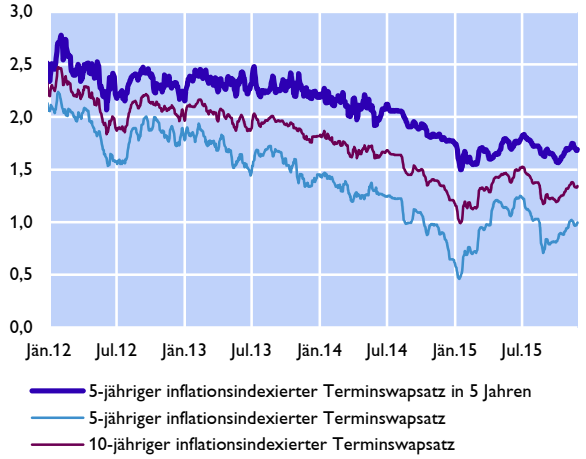
Akkommodierende Geldpolitik unterstützt Rückkehr zum Preisstabilitätsziel

Die Prognosen implizieren, dass die Inflationsrate frühestens 2017 wieder in einen Bereich zurückkehrt, der vom Eurosystem als Zielbereich für stabile Preisentwicklung definiert wurde. Bereits seit 2013 liegt die Inflationsrate des Euroraums deutlich unter dem Zielwert von unter, aber nahe 2%. Aus historischen Krisenerfahrungen anderer Volkswirtschaften kann gefolgert werden, dass die wirtschaftliche Erholung nach einer Schulden- und Bankenkrise besonders schleppend verläuft, da die überschuldeten Wirtschaftssektoren zuerst ihre Schulden abbauen müssen, bevor das Wachstum wieder an Fahrt gewinnen kann. Dieser Entschuldungsprozess kann zu deflationären Tendenzen führen, wenn die Geldpolitik nicht entsprechend gegensteuert. Der EZB-Rat hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen gesetzt[3], um die Geldpolitik zu lockern und damit die Inflationserwartungen zu erhöhen.

Die Ergebnisse des aktuellen, von der EZB durchgeführten *Survey of Professional Forecasters* für das vierte Quartal 2015 zeigen, dass die Prognostiker – großenteils aufgrund des Einflusses der niedrigeren Ölpreise – ihre Inflationserwartungen für 2015 auf 0,1 %, für 2016 auf 1,0 % und für 2017 auf 1,5 % nach unten korrigiert haben. Die längerfristigen Inflationserwartungen für die Teuerung in fünf Jahren waren mit 1,9 % jedoch unverändert. Die finanzmarktbasierten Indikatoren der Inflationserwartungen waren im Verlauf des dritten Quartals deutlich zurückgegangen. Seit Anfang Oktober stieg der fünfjährige inflationsindexierte Terminswapsatz in fünf Jahren um 0,2 Prozentpunkte an und schwankt seither um 1,7%. Die Tatsache, dass die marktbasierten Inflationserwartungen in jüngster Zeit relativ stärker schwanken als die vergleichsweise stabilen umfragebasierten Inflationserwartungen, kann teilweise auf Änderungen der Inflationsrisikoprämie zurückgeführt werden, in denen sich die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit widerspiegelt.

Finanzmarkbasierte Inflationserwartungen

% (5-Tage gleitender Durchschnitt)



Quelle: Thomson Reuters.

Globale Wachstumsentwicklung schwächt sich ab

Einbruch des Welthandels offenbart fragile Lage in den aufstrebenden Volkswirtschaften

Das globale Wachstum des realen BIP dürfte sich 2015 laut OECD auf 2,9% abkühlen und liegt damit deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt von 4,0%. Dies ist eine Folge der schwachen Wirtschaftsdynamik in den aufstrebenden Volkswirtschaften außerhalb Europas. Russland und Brasilien befinden sich in einer Rezession. Chinas Wachstumsrate verlangsamt sich zusehends, wodurch seine Haupthandelspartner in Ost- und Südostasien und (durch fallende Rohstoffpreise) alle rohstoffexportierenden Länder negativ getroffen werden. Demgegenüber

[3] Vgl. die Absenkung des Zinssatzes des Hauptrefinanzierungsgeschäfts auf 0,05% am 10. September 2014, schrittweise Ausweitung des Ankaufprogramms für Vermögenswerte zwischen 4. September 2014 und 22. Jänner 2015, sowie acht gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte. Für Details siehe Kapitel „Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats“ in diesem Bericht.

steht eine leichte Beschleunigung des Wachstums auf 2% in den OECD-Ländern, das vor allem vom Konsum getragen wird. Grund zur Sorge gibt das ausbleibende Anspringen der Investitionen, da dies das zukünftige Produktionspotential schwächt.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	IWF 06.10.2015		Europäische Kommission 05.11.2015			OECD 09.11.2015		
	2015	2016	*2015*	*2016*	*2017*	2015	2016	2017
Euroraum	1.5	1.6	1.6	1.8	1.9	1.5	1.8	1.9
Ver. Königreich	2.5	2.2	2.5	2.4	2.2	2.4	2.4	2.3
Japan	0.6	1.0	0.7	1.1	0.5	0.6	1.0	0.5
China	6.8	6.3	6.8	6.5	6.2	6.8	6.5	6.2
Indien	7.3	7.5	7.2	7.4	7.5	7.2	7.3	7.4
USA	2.6	2.8	2.6	2.8	2.7	2.4	2.5	2.4
Welt gesamt	3.1	3.6	3.1	3.5	3.7	2.9	3.3	3.6

Die starke Verflechtung der globalen Produktionsketten zwischen den aufstrebenden Volkswirtschaften dürfte für die unerwartet starke Verlangsamung des Welthandels hauptverantwortlich sein. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Welthandels stellt ein Hauptrisiko für die rezenten Prognosen dar. Die erwartete Beschleunigung des Weltwirtschaftswachstums auf 3,3% im kommenden Jahr setzt ein sanftes *Rebalancing* des Wachstums in China, stabile Rohstoffpreise und Wechselkurse sowie eine Rückkehr des Vertrauens in die aufstrebenden Volkswirtschaften voraus. Die mögliche Normalisierung der US Geldpolitik dürfte zu höherer Volatilität in den Finanzmärkten führen und birgt die Gefahr der fluchtartigen Kapitalabflüsse aus den aufstrebenden Volkswirtschaften – zumindest für jene Schwellenländer mit hohen makrofinanziellen Ungleichgewichten.

China: Ursachen des Abschwungs und mögliche Übertragungswirkungen

Die Abschwächung des BIP-Wachstums in China hat nicht nur konjunkturellen sondern auch strukturellen Charakter. Eine Analyse der Deutschen Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Juli 2015 zeigt, dass das BIP-Wachstum auf Grund abnehmender Arbeitsproduktivität dauerhaft sinken könnte, wenn nicht mit strukturpolitischen Maßnahmen gegengesteuert wird. Außergewöhnlich hohe Bruttoanlageinvestitionen im Ausmaß von bis zu 40% des BIP (im Jahr 2009) verhinderten während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise eine Rezession in China. Doch inzwischen häufen sich die Hinweise, dass die Allokationseffizienz bei den Investitionen in den letzten Jahren nachgelassen hat. Überkapazitäten in manchen Industriebranchen und ein Überangebot am chinesischen Immobilienmarkt dämpfen nicht nur das Wachstum, sondern bedrohen auch die Finanzmarkstabilität, da die Investitionen zunehmend durch Kredite von „Schattenbanken" finanziert wurden. Nachlassender Strukturwandel und abnehmende Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen bremsen den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt zusätzlich. China befindet sich zurzeit inmitten einer Transformation hin zu einem stärker auf Konsum gestützten Wachstumsmodell.

Die OECD prognostiziert für China für 2015 ein BIP-Wachstum von 6,8%. Die im Jahr 2010 begonnene deutliche Entschleunigung des BIP-Wachstums in China soll sich weiter fortsetzen. Die BIP-Prognosen für 2016 und 2017 liegen bei 6,5% und 6,2%. Sollte der Rückgang der Binnennachfrage stärker ausfallen als gegenwärtig antizipiert wird, könnten laut Simulationen der OECD die globalen Übertragungseffekte (Einbruch der chinesischen Importe, Abwertung des Renminbi) durch zusätzliche negative Vertrauenseffekte an den globalen Finanzmärkten deutlich stärker ausfallen, als dies direkte Handels- und Finanzverflechtungen implizieren – ähnlich den Reaktionen auf den globalen Finanzmärkten im Juni 2015 im Zuge der

Korrektur der chinesischen Aktienkurse oder im August nach der unerwarteten Abwertung des Renminbi gegenüber dem USD. Laut OECD wäre damit eine Verringerung der globalen Wachstumsrate um 0,5 Prozentpunkte verbunden, wobei Rohstoffexporteure wie z.B. Russland auf Grund eines weiteren Rückgangs der Rohstoffpreise deutlich stärker betroffen wären.

USA: geldpolitische Straffung im Dezember 2015 erwartet

Laut zweiter Vorausschätzung verlangsamte sich das BIP-Wachstum in den USA im dritten Quartal 2015 gegenüber dem Vorquartal auf 0,5% nach 1,0% im zweiten Quartal. Die nachlassende Dynamik ist vor allem auf einen Rückgang bei den Lagerinvestitionen zurückzuführen. Die Wachstumsstütze ist weiterhin der private Konsum. Deutlich angestiegen sind auch die Wohnbauinvestitionen mit 7,1% (annualisiert). Die Vorlaufindikatoren deuten auf ein leicht beschleunigtes BIP-Wachstum im vierten Quartal hin.

Die fortschreitende Erholung stützt auch den Arbeitsmarkt. Im Oktober weitete sich die Beschäftigung um 271.000 Beschäftigte aus und machte einen Gutteil der schwachen Beschäftigungszuwächse der zwei vorangegangenen Monate wieder wett. Die Arbeitslosenquote sank im Oktober auf 5,0% nach 5,1% im September.

Ende Oktober einigten sich der Kongress und der Präsident auf einen 2-jährigen Budgetrahmen bis Ende September 2017 und suspendierten das Schuldenlimit bis März 2017. Außerdem wurden einmalige Staatsausgaben im Ausmaß von 80 Mrd USD genehmigt. Die Einigung vermeidet den drohenden Ausgabenstopp, impliziert einen BIP-Wachstumsimpuls von 0,2 Prozentpunkten und reduziert signifikant politische Unsicherheit, welche in den letzten vier Jahren das Wirtschaftswachstum belastet hatte.

Die OECD erwartet, dass die U.S.-Wirtschaft heuer real um 2,4% wachsen wird. Auch 2016 und 2017 soll das BIP-Wachstum bei rund 2,5% liegen.

Japan: Technische Rezession

Die japanische Wirtschaft befindet sich in einer Rezession. Wie schon im zweiten Quartal schrumpfte das reale BIP im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um –0,2%. Hauptgrund ist die Reduktion der Investitionstätigkeit und der Lagerabbau als Reaktion der japanischen Unternehmen auf den Abschwung in China. Lohnerhöhungen und niedriger Ölpreis hingegen stärken das verfügbare Einkommen der Haushalte und führten zu höheren Konsumausgaben.

Die Regierung Abe reagierte mit einer Verschiebung der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer auf April 2017. Die Bank of Japan beschloss Mitte November keine neuen Maßnahmen und hielt an ihrem Kurs der geldpolitischen Lockerung fest (Ankauf von Staatsanleihen im Ausmaß von 80 Billionen JPY pro Jahr).

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Anhaltend robuste Konjunktur[4]

Solides Wachstum im dritten Quartal 2015 vor dem Hintergrund starker Binnennachfrage

Erste Veröffentlichungen zur Entwicklung des BIP in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas im dritten Quartal 2015 deuten auf eine anhaltend robuste wirtschaftliche Dynamik hin. Die meisten Länder der Region berichten konstant hohe beziehungsweise sogar höhere Quartalswachstumsraten als im zweiten Quartal 2015. Die Abschwächung in der Tschechischen Republik relativiert sich vor dem Hintergrund der außergewöhnlich starken Entwicklung in den Vorquartalen; im Jahresvergleich verzeichnet Tschechien nach wie vor eine der höchsten Wachstumsraten in der EU (+4,3%).

Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2014q4	2015q1	2015q2	2015q3*
Bulgarien	0.6	0.9	0.6	0.7
Estland	1.5	-0.6	0.7	-0.5
Kroatien	0.0	0.2	0.7	..
Lettland	0.5	0.4	1.2	0.4
Litauen	0.2	0.7	0.4	0.5
Polen	0.8	1.0	0.9	0.9
Rumänien	0.8	1.4	0.0	1.4
Slowakische Rep.	0.8	0.8	0.9	0.9
Slowenien	0.4	0.7	0.7	..
Tschechische Rep.	0.5	2.5	1.1	0.5
Ungarn	0.7	0.7	0.5	0.5
gesamte Region	0.7	1.1	0.7	..

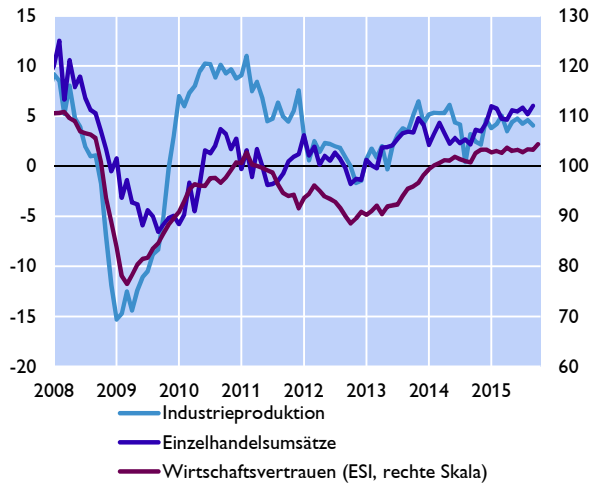
* Erstschätzung

Quelle: Eurostat.

Obwohl noch keine Details zum Wachstum vorliegen, ist davon auszugehen, dass die Dynamik in der Region weiterhin von der starken Binnennachfrage getragen wurde. Die Investitionen werden zurzeit von einer verstärkten Ausnutzung von Mitteln aus EU-Fonds gestützt, was sich – in Verbindung mit einer beginnenden Erholung auf den Immobilienmärkten – auch positiv auf die Bauwirtschaft auswirkt. Der private Konsum profitiert von deutlich wachsenden Nominallöhnen, niedrigen oder negativen Inflationsraten, einem niedrigen Zinsniveau, positiven Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten sowie einem sich weiter aufhellenden Wirtschaftsvertrauen. So lag der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission im Oktober bei 104,4 Punkten (regionaler Durchschnitt). Dieses Niveau hatte er zuletzt im September 2008 erreicht. Die Stärke des Konsums in der CESEE-Region wird nicht zuletzt von deutlich wachsenden Einzelhandelsumsätzen belegt: Mit einer durchschnittlichen Zunahme von 6% im September entwickelten sich diese so dynamisch wie zuletzt vor Ausbruch der Finanzkrise. Des Weiteren werden auch zunehmend längerfristige Anschaffungen getätigt: Die Kfz-Zulassungen wuchsen im dritten Quartal um beinahe 15% gegenüber

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEE

jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

[4] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

dem Vorjahresquartal.

Die Industrieproduktion in der Region wuchs im September 2015 um durchschnittlich 4%. Das deutet auf eine weiterhin positive Exportkonjunktur hin. Gleichzeitig dürfte eine erhöhte Importtätigkeit vor dem Hintergrund der starken Binnennachfrage den Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft aber tendenziell gegen Null drücken.

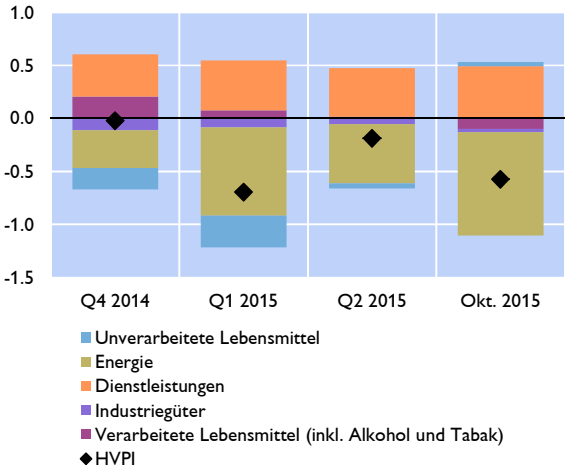
Die Wachstumsprognosen für die Region für das Gesamtjahr 2015 haben sich über den Sommer bei etwas über 3% eingependelt. Die jüngst erschienene Prognose der Europäischen Kommission geht etwa von 3,2% im Jahr 2015 aus und revidierte damit ihre Einschätzung vom Frühjahr um 0,5 Prozentpunkte nach oben. Das stärkste Wachstum wird für die Tschechische Republik mit 4,3% erwartet. Darüber hinaus werden aber auch Polen und Rumänien mit 3,5% überdurchschnittlich stark wachsen. Deutlich niedrigere Wachstumsraten werden für Bulgarien, Estland und Litauen (zwischen 1,7% und 1,9%) sowie für Kroatien (1,1%) prognostiziert. 2016 wird sich das Wachstum auf 3% im regionalen Durchschnitt belaufen und damit ein wenig abschwächen. Vor allem in der Tschechischen Republik wird das Wachstum vom Rekordwert 2015 kommend deutlich nachlassen. Die wirtschaftliche Dynamik wird aber auch in Ungarn und Slowenien etwas schwächer ausfallen. Ungeachtet dessen weist die CESEE-Region gegenüber dem Euroraum einen Wachstumsvorsprung auf.

Teuerung rutscht wieder etwas tiefer in den negativen Bereich

Nach einer gewissen Entspannung im Frühjahr ist die CESEE-Region zuletzt wieder etwas tiefer in die Deflation gerutscht. Die durchschnittliche Inflationsrate in der Region sank von 0% im Mai 2015 auf zuletzt -0,6% im Oktober 2015. Verantwortlich dafür war ein stärkerer negativer Inflationsbeitrag der Energie. Auch verarbeitete Lebensmittel (inkl. Alkohol und Tabak) trugen etwas stärker zur Deflation bei. Deutlich positive Inflationsbeiträge wurden nur von Dienstleistungen berichtet. Außer der Tschechischen Republik und Ungarn wiesen alle Länder im Oktober ein rückläufiges Preisniveau im Jahresvergleich auf. Ein besonders spürbarer Rückgang des Preisniveaus wurde für Rumänien berichtet (-1,4%), wo eine breitere Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Lebensmittel die Inflationsrate deutlicher in den negativen Bereich drückte. Daneben gibt es auch in Bulgarien und in Slowenien Preisrückgänge um mehr als 1%.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-MS

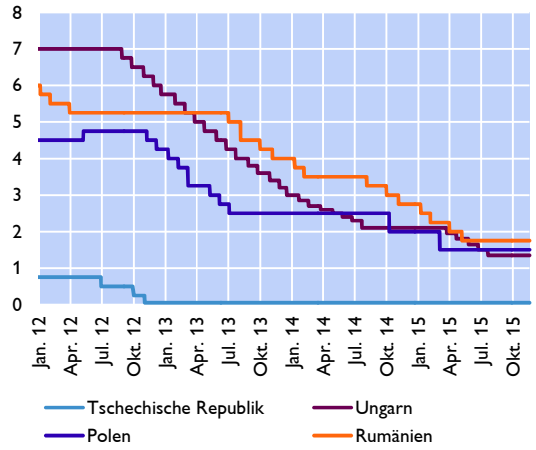
Beitrag in Prozentpunkten, Punkte in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Entwicklung der Leitzinssätze in CESEE

in %



Quelle: Bloomberg.

Aufgrund des geringen Preisdrucks halten die Zentralbanken der Region an ihrer seit Mitte 2012 betriebenen expansiven Geldpolitik fest. So senkte etwa die ungarische Notenbank ihren Leitzins seit Anfang Mai in drei Schritten um 45 Basispunkte auf 1,35% Ende August 2015. Auch die rumänische Notenbank reduzierte ihren Leitzins im Mai von 2% auf 1,75%. Die geldpolitische Ausrichtung war aber nicht nur aufgrund dieser Zinsschritte akkommodierend. So will etwa die tschechische Notenbank (CNB) ihr seit November 2013 bestehendes Wechselkursziel von mindestens 27 Kronen per Euro bis zur zweiten Hälfte des Jahres 2016 beibehalten. Zur Verteidigung dieses Zieles intervenierte die CNB im Juli, August und September 2015 und kaufte 7 Mrd EUR an den Währungsmärkten. Darüber hinaus intervenierte die Kroatische Notenbank (HNB) und verkaufte rund 270 Mio EUR im September. Diese Maßnahme ist im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines Gesetzes zur Konvertierung von an den Schweizer Franken gebundenen Krediten in Euro zu sehen. Gleichzeitig wurde dem Markt Kuna-Liquidität durch Repogeschäfte zugeführt.

Österreich: Wachstum im dritten Quartal im Euroraumdurchschnitt[5]

Wachstum stabilisiert sich bei +0,3% im Vergleich zum Vorquartal

Die österreichische Wirtschaft ist laut VGR-Rechnung im dritten Quartal 2015 um 0,3% gewachsen (gegenüber dem Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigte Trend-Konjunktur-Komponente)[6]. Mit Veröffentlichung des dritten Quartals wurden die Verläufe von einzelnen Nachfragekomponenten historisch zum Teil deutlich verändert, somit ergibt sich eine veränderte Zusammensetzung des Wachstums in den Vorquartalen. Während die historischen Quartalswachstumsraten des BIP insgesamt kaum revidiert wurden, sind die Wachstumsraten der Bruttoanlageinvestitionen, sowie der Exporte und Importe deutlich nach oben revidiert worden. Während die Revision des Außenhandels beinahe BIP-neutral erfolgte, wirkt sich die Revision der Bruttoanlageinvestitionen positiv auf das BIP-Wachstum aus (+0,1 PP in 2015Q3). Dieser Anstieg wurde jedoch von einem schwächeren Beitrag der Lagerveränderungen kompensiert.

Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Wohnbau-investitionen	Nichtwohnbau-investitionen	Ausrüstungsinvestitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Netto-exporte	Lagerver-änderungen	Statistische Differenz
	Reale Werte, Veränderung zur Vorperiode in %									*Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten*			
Q2 14	–0,0	–0,1	+0,2	–0,4	–0,6	–1,3	+0,6	+0,5	–0,3	–0,1	+0,4	–0,4	+0,0
Q3 14	–0,1	–0,0	+0,0	–0,5	–0,7	–1,0	–0,0	+0,5	–0,4	–0,1	+0,5	–0,5	+0,0
Q4 14	+0,1	+0,0	+0,1	–0,2	–0,7	–0,1	–0,1	+0,0	–0,1	–0,0	+0,0	+0,0	–0,0
Q1 15	+0,2	+0,1	+0,2	+0,3	–0,5	+0,5	+0,5	+0,2	+0,4	+0,1	–0,1	–0,2	+0,4
Q2 15	+0,3	+0,1	+0,2	+0,5	–0,5	–0,3	+1,4	+1,0	+1,0	+0,2	+0,1	+0,1	–0,1
Q3 15	**+0,3**	**+0,1**	**+0,3**	**+0,6**	**–0,2**	**–0,1**	**+1,2**	**+1,5**	**+1,8**	**+0,2**	**–0,1**	**+0,2**	**–0,0**
2012	+0,6	+0,6	+0,1	+2,0	–0,5	+4,6	+1,1	+1,6	+0,9	0,8	0,4	–0,6	0,1
2013	+0,4	–0,0	+0,4	–0,1	–0,5	–2,8	+0,2	+1,0	+0,5	+0,0	+0,3	–0,0	+0,2
2014	**+0,4**	**+0,1**	**+0,8**	**–0,1**	**–1,1**	**–0,8**	**+1,4**	**+2,2**	**+1,1**	**+0,2**	**+0,6**	**–0,4**	**+0,0**

Quelle: WIFO.

Mit dem bereits oben angeführten Wachstum von +0,3% im dritten Quartal hat sich das Wirtschaftswachstum in Österreich im Sog der Euroraumkonjunktur gefestigt. Es lag nur mehr geringfügig unter dem langfristigen österreichischen Durchschnittswert von knapp +0,4% (qoq). Das Wachstum der Exporte lag mit +1,5% im dritten Quartal über dem langjährigen Durchschnitt (+1,0%) und bestätigt die positive Einschätzung des OeNB-Exportindikators vom Oktober. Positiv war auch die Dynamik im Bereich der Maschinen- und Ausrüstungsinvestitionen, die Wachstum der gesamten Bruttoanlageinvestitionen getragen haben. Darüber hinaus steht der Schrumpfungsprozess bei den Wohnbauinvestitionen vor einem Ende. Der neue Verlauf der Bruttoanlageinvestitionen wird durch Daten der Kreditvergabe an Unternehmen unterstützt. Diese haben sich in den letzten Monaten deutlich beschleunigt.

[5] Autoren: Klaus Vondra, Friedrich Fritzer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

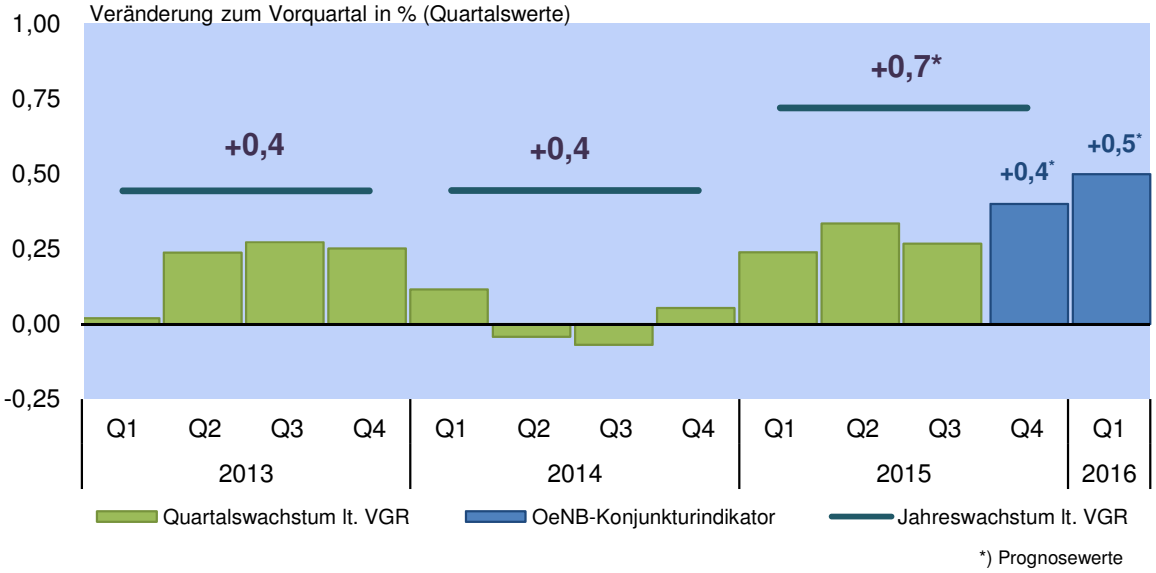
6 Seit der Einführung von ESVG 2010 veröffentlicht das WIFO zwei unterschiedliche saisonbereinigte BIP-Reihen. Die von der OeNB verwendete „Trend-Konjunktur-Komponentenreihe“, die einen glatteren Verlauf aufweist, zeigt seit Mitte 2014 einen leicht positiven Trend (2014Q4-2015Q3: +0,1%, +0,2%, +0,3%, +0,3%; jeweils im Vergleich zum Vorquartal). Die von Eurostat publizierte, stärker fluktuierende „Saison- und arbeitstagbereinigte Reihe“ weist im Gegensatz dazu in den ersten drei Quartalen 2015 einen fallenden Verlauf auf (-0,2%, +0,7%, +0,3%, +0,1%).

Nachfrageseitig wird die österreichische Konjunktur seit 2012 vor allem durch die Entwicklung des privaten Konsums gebremst. Dahinter verbergen sich einerseits eine ungünstige Entwicklung der realen Haushaltseinkommen und andererseits ein ausgeprägtes Vertrauensproblem. Nicht in Schwung kam im bisherigen Jahresverlauf auch die Industrieproduktion und trübt somit noch das Konjunkturbild. Auch die Kapazitätsauslastung ging zuletzt zurück. Dem gegenüber steht jedoch die derzeit gute und sich weiter verbessernde Auftragslage der heimischen Unternehmen.

Sondereffekte stützen Konjunktur zum Jahreswechsel

Die sanfte konjunkturelle Beschleunigung im Jahr 2015 und die Wachstumsbeiträge der einzelnen Nachfragekomponenten deuten auf eine moderat positive konjunkturelle Grunddynamik hin. Diese sollte über den Jahreswechsel hinaus fortbestehen.

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das vierte Quartal 2015 und das erste Quartal 2016 (saison- und arbeitstägig bereinigte Trendkomponente)



Quelle: OeNB-Konjunkturindikator vom November 2015, WIFO.

Zwei Sondereffekte werden in den kommenden Quartalen zu einer weiteren Belebung führen: Die im März 2015 beschlossene Steuerreform tritt mit 1.1.2016 in Kraft. Die expansiven Maßnahmen beinhalten insbesondere eine Lohn- bzw. Einkommensteuersenkung, die zu einer Erhöhung des verfügbaren Einkommens der Haushalte und damit zu einer Belebung des privaten Konsums führen wird. sollte. Die OeNB erwartet hiervon für das erste Quartal 2016 einen positiven Wachstumseffekt von +0,1 Prozentpunkten. Die Ausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge wirken in der kurzen Frist ebenfalls konjunkturstimulierend. Die OeNB geht für das vierte Quartal 2015 und das erste Quartal 2016 diesbezüglich von einem Wachstumseffekt von jeweils +0,1 Prozentpunkten aus.

OeNB Dezember Prognose: Österreichs Wirtschaft wächst im Jahr 2016 stärker als der Euroraum

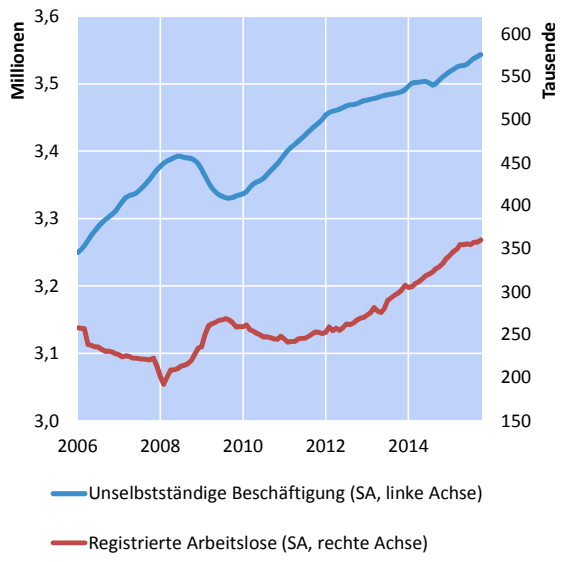
Am 9. Dezember veröffentlicht die OeNB die Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Prognose für Österreich für die Jahre 2015-2017. Die OeNB erwartet hierbei einen durch Sonderfaktoren getriebenen moderaten Aufschwung der österreichischen Wirtschaft. Für das

Jahr 2015 wird das Wachstum mit 0,7% noch schwach ausfallen. Aufgrund von drei Sonderfaktoren – Inkrafttreten der Steuerreform im Jänner 2016, Ausgaben für Asylwerber und anerkannte Flüchtlinge sowie die Wohnbauinitiative – wird das österreichische BIP im Jahr 2016 um 1,9% zunehmen. Für das Jahr 2017 wird ein Wirtschaftswachstum von 1,8% erwartet. Damit bleibt die Prognose gegenüber der letzten Prognose vom Juni unverändert. Die Inflation gemessen am HVPI wird sich von 0,8% im Jahr 2015 auf 1,3% bzw. 1,7% in den Jahren 2016 und 2017 beschleunigen. Details zur Prognose finden sich unter: https://www.oenb.at/Geldpolitik/Konjunktur/prognosen-fuer-oesterreich/gesamtwirtschaftliche-prognose.html.

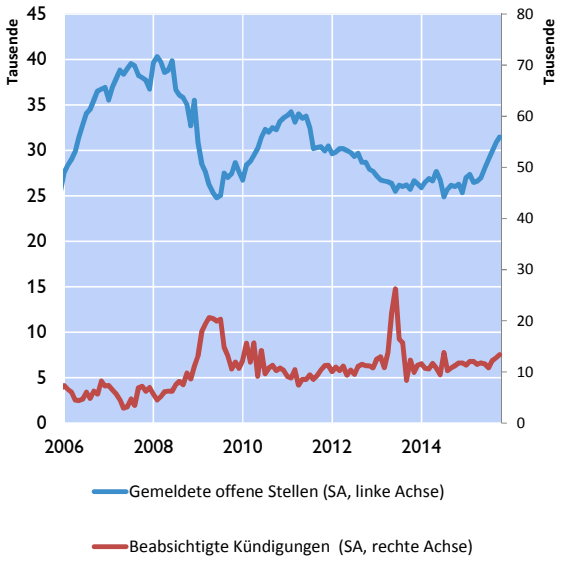
Weiterhin widersprüchliche Signale vom Arbeitsmarkt

Vom österreichischen Arbeitsmarkt gehen weiterhin widersprüchliche Signale aus. Trotz eines angesichts der schwachen Konjunktur kräftigen Beschäftigungswachstums befindet sich die Arbeitslosenzahl auf einem historischen Höchststand. Allerdings hat sich in den letzten Monaten die Zunahme der Arbeitslosen auf einem Niveau von rund 330 Tsd Personen eingebremst. Während die österreichische Arbeitslosenrate wieder deutlich angestiegen ist (von rund 8¼ % zwischen Juni und September auf 8,7% im Oktober), bleibt die Arbeitslosenquote nach Eurostat stabil bei 5¾ % (seit Juni). Eine positive Entwicklung vollzieht aktuell die Anzahl der offenen Stellen, die gute Vorlaufeigenschaften für die zukünftige Entwicklung der Beschäftigung aufweist. Wie in der Grafik zu sehen ist, stiegen die offenen Stellen im dritten Quartal deutlich (+16,9% gegenüber dem Vorjahresquartal). Der Anstieg im Oktober war mit +23% gegenüber dem Vorjahresmonat sogar der stärkste des Jahres. Die aktuellen Entwicklungen in der Bank Austria und bei Zielpunkt sind noch nicht in den Zahlen zu den beabsichtigten Kündigungen gemäß AMS-Frühwarnsystem enthalten, da diese Zahlen nur bis einschließlich Oktober vorliegen. In beiden Fällen ist bisher noch nicht bekannt, wie viele Personen tatsächlich gekündigt werden sollen.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Offene Stellen und beabsichtigte Kündigungen gemäß AMS-Frühwarnsystem



Quelle: AMS, HSV; Saisonbereinigung: eigene Berechnungen.

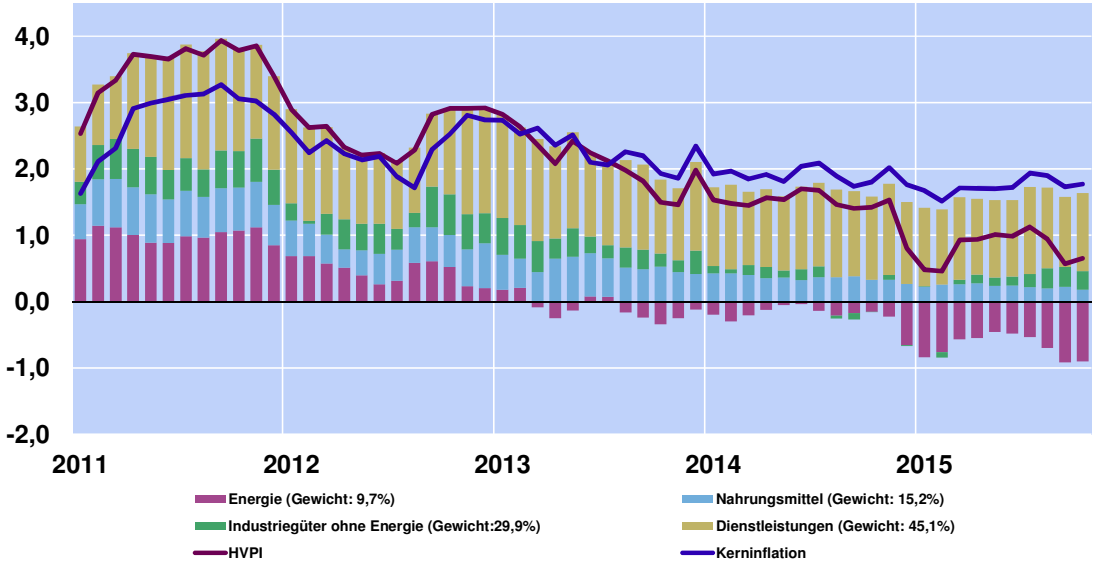
HVPI-Inflation weiterhin klar über dem Euroraum

Die HVPI-Inflationsrate stieg von 0,6% im ersten Quartal 2015 auf 1,0% im zweiten Quartal. Seither schwächt sich die Inflation bis auf 0,7% im Oktober ab. Für diese Entwicklung war in erster Linie die Rohölpreisentwicklung ausschlaggebend, die in den ersten fünf Monaten dieses Jahres deutlich anstieg, seither aber wieder annähernd auf das niedrige Niveau zu Jahresbeginn zurückgegangen ist. Im Oktober notierte die Marke Brent bei rund 44 EUR pro Barrel. Vor allem letzteres hat die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) von 1,6% im ersten Quartal 2015 auf 1,9% im dritten Quartal 2015 angehoben. Im Oktober 2015 belief sich die Kerninflationsrate auf 1,8%. Inländische Determinanten der Inflationsentwicklung üben bisher keinen Preisdruck nach oben aus. Die moderate gesamtwirtschaftliche Nachfrage spiegelt sich in der negativen Produktionslücke bzw. in einer Unterauslastung der Produktionsfaktoren wider. Zudem wurde in den letzten Quartalen eine gedämpfte Entwicklung der gesamtwirtschaftliche Kosten- und Gewinne beobachtet.

HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in %-Punkten für Inflationsbeiträge

Letzte Beobachtung: 0,7% (Oktober 2015)



Quelle: Statistik Austria.

Die österreichische HVPI-Inflation lag weiter deutlich über dem Euroraumdurchschnitt sowie über der Inflationsrate unseres wichtigsten Handelspartners Deutschland. Der Inflationsabstand zwischen Österreich und Deutschland betrug in den ersten zehn Monaten dieses Jahres durchschnittlich 0,7 Prozentpunkte und gegenüber dem Euroraumdurchschnitt 0,8 Prozentpunkte. Für die Differenz in den Teuerungsraten ist in erster Linie die unterschiedliche Preisentwicklung im Dienstleistungssektor verantwortlich. Sowohl der Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors (über die administrierten Dienstleistungspreise und die indirekten Steuern) als auch die Lohnstückkostenentwicklung bei Dienstleistungen sind dafür ausschlaggebend.

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats[7]

EZB-Rat am 22. Oktober 2015

Auf der Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse und im Einklang mit der Forward Guidance hat der EZB-Rat am 22.Oktober 2015 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so verläuft der Ankauf von Vermögenswerten reibungslos und das Programm wirkt sich nach wie vor positiv auf die Kosten und Verfügbarkeit von Krediten für Unternehmen und private Haushalte aus.

Seit seiner Sitzung Anfang September hat der EZB-Rat die eingehenden Informationen genau verfolgt. Während die Binnennachfrage im Euro-Währungsgebiet robust bleibt, gibt es mit Blick auf die Wachstums- und Inflationsaussichten weiterhin Signale für Abwärtsrisiken, die sich aus Sorgen über den Wachstumsausblick in aufstrebenden Volkswirtschaften und mögliche wirtschaftliche Auswirkungen von Entwicklungen an den Finanz- und Rohstoffmärkten ergeben. Insbesondere ist aufgrund der Stärke und Persistenz der Faktoren, die gegenwärtig die Rückkehr der Inflation auf ein Niveau von mittelfristig unter, aber nahe 2 % verlangsamen, eine gründliche Analyse erforderlich. Vor diesem Hintergrund ist der Grad der geldpolitischen Akkommodierung bei unserer geldpolitischen Sitzung im Dezember, wenn die neuen von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vorliegen, erneut zu beurteilen. Der EZB-Rat ist bereit und in der Lage, gegebenenfalls zu handeln und alle im Rahmen seines Mandats verfügbaren Instrumente einzusetzen, um einen angemessenen Grad an geldpolitischer Akkommodierung zu gewährleisten. Der EZB-Rat weist insbesondere darauf hin, dass das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten ausreichend Flexibilität in Bezug auf die Anpassung von Volumen, Zusammensetzung und Dauer bietet. In der Zwischenzeit werden wir die monatlichen Wertpapierkäufe im Umfang von 60 Mrd € weiterhin vollständig umsetzen. Diese Ankäufe sollen bis Ende September 2016 oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange erfolgen, bis wir eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennen, die im Einklang steht mit unserem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2 % zu erreichen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung der verfügbaren Informationen näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale BIP des Euro-Währungsgebiets stieg im zweiten Jahresviertel 2015 um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im vorangegangenen Vierteljahr um 0,5 % zugenommen hatte. Der Wert für das zweite Quartal ist auf positive Impulse der Binnennachfrage und des Außenbeitrags zurückzuführen. Die jüngsten Umfrageindikatoren deuten auf ein weitgehend ähnliches Wachstum des realen BIP im dritten Jahresviertel 2015 hin. Insgesamt gehen wir davon aus, dass sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzt, wenngleich sie insbesondere gedämpft wird, weil die Auslandsnachfrage schwächer ausfällt als erwartet. Die Binnennachfrage dürfte durch unsere geldpolitischen Maßnahmen und deren positiven Effekt auf die finanziellen Bedingungen weiter begünstigt werden. Darüber hinaus dürfte sie von den Fortschritten bei der Haushaltskonsolidierung und den Strukturreformen profitieren. Außerdem sollten das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sowie die Ertragskraft der Unternehmen und somit auch die privaten Konsumausgaben und die Investitionen durch den Rückgang

[7] Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen des EZB-Präsidenten nach dem EZB-Rat, die in englischer Sprache unter http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2015/html/index.en.html bzw. in deutscher Übersetzung durch die Deutsche Bundesbank unter http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Presse/Pressenotizen/pressenotizen.html verfügbar sind.

der Ölpreise gestützt werden. Allerdings dürfte die Erholung der Binnennachfrage im Euroraum weiter durch die erforderlichen Bilanzanpassungen in einer Reihe von Sektoren sowie die zögerliche Umsetzung von Strukturreformen gebremst werden.

In Bezug auf die Wachstumsaussichten für das Eurogebiet überwiegen nach wie vor die Abwärtsrisiken, was insbesondere die erhöhte Unsicherheit im Zusammenhang mit der Entwicklung in aufstrebenden Volkswirtschaften widerspiegelt, die das Wachstum der Weltwirtschaft und die Auslandsnachfrage nach Exporten des Euroraums weiter beeinträchtigen könnte. Die erhöhte Unsicherheit schlug sich zuletzt in der Entwicklung an den Finanzmärkten nieder, was negative Folgen für die Binnennachfrage im Eurogebiet haben könnte.

Eurostat zufolge lag die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für den Euroraum im September 2015 bei -0,1 %, nach 0,1 % im Vormonat. Dies spiegelt im Vergleich zum August einen weiteren Rückgang der Energiepreisinflation wider. Auf der Grundlage der verfügbaren Daten und der derzeitigen Terminpreise für Öl werden die jährlichen HVPI-Inflationsraten auf kurze Sicht sehr niedrig bleiben. Die jährliche HVPI-Inflation wird den Erwartungen zufolge zum Jahreswechsel zunehmen, was unter anderem mit Basiseffekten aufgrund des Ölpreisrückgangs Ende 2014 zusammenhängt. Die Teuerungsraten dürften sich 2016 und 2017 weiter erhöhen. Getragen wird diese Entwicklung von der erwarteten Konjunkturerholung, dem Durchwirken vergangener Rückgänge des Euro-Wechselkurses und der an den Ölterminmärkten aktuell eingepreisten Annahme etwas höherer Ölpreise in den kommenden Jahren. Aus den Konjunkturaussichten sowie aus der Entwicklung an den Finanz- und Rohstoffmärkten ergeben sich jedoch Risiken, die den allmählichen Anstieg der Inflationsraten auf ein Niveau näher bei 2 % weiter bremsen könnten. Der EZB-Rat wird diese Risiken genau beobachten.

Was die monetäre Analyse betrifft, so bestätigen die jüngsten Daten ein solides Wachstum der weit gefassten Geldmenge (M3), obgleich die Jahreswachstumsrate von M3 von 5,3 % im Juli auf 4,8 % im August zurückging. Der jährliche Zuwachs von M3 wird weiterhin hauptsächlich durch die liquidesten Komponenten der weit gefassten Geldmenge gestützt; so belief sich die Jahreswachstumsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 im August auf 11,4 %, nach 12,2 % im Juli.

Bei der Kreditdynamik war eine weitere Verbesserung zu beobachten: Die um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften stieg im August auf 0,4 % nach 0,3 % im Juli und setzte so ihre seit Jahresbeginn 2014 verzeichnete allmähliche Erholung fort. Trotz dieser Verbesserungen kommt in der Entwicklung der Kreditvergabe an Unternehmen nach wie vor deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko, die Kreditangebotsfaktoren sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Die um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte erhöhte sich im August 2015 auf 1,0 %, nach 0,9 % im Vormonat. Die Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet für das dritte Quartal 2015 bestätigt die gestiegene Nachfrage nach Bankkrediten, gestützt durch das allgemeine Zinsniveau, den Finanzierungsbedarf für Investitionen und die Aussichten am Wohnimmobilienmarkt. Zudem wurden die Richtlinien für Kredite an Unternehmen weiter gelockert, was vor allem auf einen steigenden Wettbewerbsdruck im Retail-Geschäft der Banken zurückzuführen ist. Gleichzeitig verschärften sich die Richtlinien für Wohnungsbaukredite an private Haushalte leicht. Insgesamt unterstützen die seit Juni 2014 von uns ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen eindeutig die Verbesserung der Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte wie auch der Kreditströme im gesamten Euroraum.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse die Notwendigkeit der konsequenten Umsetzung der geldpolitischen Beschlüsse des EZB-Rats sowie der genauen Beobachtung aller relevanten eingehenden

Informationen bezüglich ihrer Auswirkungen auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität bestätigt.

Die Geldpolitik konzentriert sich auf die Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht. Ihr akkommodierender Kurs stützt die Konjunktur. Andere Politikbereiche müssen jedoch einen entscheidenden Beitrag leisten, damit unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können. Angesichts der anhaltend hohen strukturellen Arbeitslosigkeit und des geringen Wachstums des Produktionspotenzials im Eurogebiet sollte die gegenwärtige Konjunkturerholung durch eine wirksame Strukturpolitik unterstützt werden. Insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung des Geschäftsumfelds, einschließlich der Bereitstellung einer adäquaten öffentlichen Infrastruktur, sind unabdingbar zur Förderung produktiver Investitionen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Steigerung der Produktivität. Die rasche und effektive Umsetzung von Strukturreformen wird vor dem Hintergrund einer akkommodierenden geldpolitischen Ausrichtung nicht nur zu einem kräftigeren nachhaltigen Wirtschaftswachstum im Euroraum führen, sondern auch Erwartungen dauerhaft höherer Einkommen wecken und Reformen schneller ihren Nutzen entfalten lassen, wodurch die Widerstandsfähigkeit des Eurogebiets gegenüber globalen Schocks gesteigert wird. Die Finanzpolitik sollte die wirtschaftliche Erholung stützen, ohne dass dabei gegen finanzpolitische Regeln der EU verstoßen wird. Eine vollständige und einheitliche Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist unerlässlich für das Vertrauen in unseren finanzpolitischen Rahmen. Gleichzeitig sollten alle Länder eine wachstumsfreundliche Ausgestaltung ihrer finanzpolitischen Maßnahmen anstreben.

EZB-Rat am 3. September 2015

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse und im Einklang mit unserer Forward Guidance hat der EZB-Rat beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen.

Unser Programm zum Ankauf von Vermögenswerten verläuft nach wie vor reibungslos. Mit Blick auf die geldpolitischen Sondermaßnahmen beschloss der EZB-Rat im Nachgang zur angekündigten Überprüfung der Obergrenze für das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors nach Ablauf der ersten sechs Ankaufsmonate, diese Grenze von ursprünglich 25 % auf 33 % anzuheben, wobei von Fall zu Fall zu prüfen ist, dass sich hierdurch nicht eine Situation ergibt, in der das Eurosystem über eine Sperrminorität verfügt; in letzterem Fall würde weiterhin eine Ankaufobergrenze von 25 % gelten.

Unsere geldpolitische Beurteilung basiert auf einer Betrachtung der aktuellen Daten, neuen von Experten erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen und einer Zwischenauswertung der jüngsten Marktschwankungen. Die verfügbaren Daten deuten auf eine fortgesetzte, wenn auch etwas schwächere konjunkturelle Erholung und eine langsamere Zunahme der Inflationsraten im Vergleich zu den bisherigen Erwartungen hin. In jüngster Zeit haben sich mit Blick auf die Wachstums- und Inflationsaussichten erneut Abwärtsrisiken herausgebildet. Angesichts der erheblichen Kursschwankungen an den Finanz- und Rohstoffmärkten war es nach Einschätzung des EZB-Rats jedoch zu früh für eine Schlussfolgerung in Bezug auf die Frage, ob sich hieraus bleibende Auswirkungen für die Preisaussichten und für das Erreichen einer nachhaltigen Inflationsentwicklung hin zu unserem mittelfristigen Ziel ergeben würden oder ob es sich hierbei um eine in erster Linie vorübergehende Entwicklung handelt.

Dementsprechend wird der EZB-Rat alle relevanten eingehenden Informationen genau verfolgen. Der EZB-Rat betont seine Bereitschaft und Fähigkeit, gegebenenfalls zu handeln und alle im Rahmen seines Mandats verfügbaren Instrumente einzusetzen. Er weist insbesondere darauf hin, dass das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten ausreichend Flexibilität in Bezug auf Anpassungen von Volumen, Zusammensetzung und Dauer des Programms bietet.

In der Zwischenzeit werden wir unsere monatlichen Wertpapierkäufe im Umfang von 60 Mrd € vollständig umsetzen. Diese Ankäufe wirken sich positiv auf Kosten und Verfügbarkeit von Krediten für Unternehmen und private Haushalte aus. Sie sollen bis Ende September 2016 oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange erfolgen, bis wir eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennen, die im Einklang steht mit unserem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2 % zu erreichen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung der verfügbaren Informationen näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euro-Währungsgebiets erhöhte sich im zweiten Quartal 2015 um 0,3 % und nahm damit etwas weniger stark zu als zuvor erwartet. Die jüngsten Umfrageindikatoren deuten auf ein weitgehend ähnliches Wachstum des realen BIP im zweiten Halbjahr 2015 hin. Insgesamt gehen wir davon aus, dass sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzt, wenngleich in einem etwas geringeren Tempo als zuvor erwartet, was vor allem der Abkühlung in den Schwellenländern zuzuschreiben ist, die sich belastend auf das weltweite Wachstum und die Auslandsnachfrage nach Exporten des Euroraums auswirkt. Die Binnennachfrage dürfte durch unsere geldpolitischen Maßnahmen und deren positiven Effekt auf die finanziellen Bedingungen weiter begünstigt werden. Darüber hinaus dürfte sie von den Fortschritten bei der Haushaltskonsolidierung und den Strukturreformen profitieren. Außerdem sollten das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sowie die Ertragskraft der Unternehmen und somit auch die privaten Konsumausgaben und die Investitionen durch den Rückgang der Ölpreise gestützt werden. Allerdings dürften die erforderlichen Bilanzanpassungen in einer Reihe von Sektoren sowie die schleppende Umsetzung von Strukturreformen das Wirtschaftswachstum im Euroraum weiterhin dämpfen.

Diese Einschätzung deckt sich auch weitgehend mit den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2015. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird das jährliche reale BIP 2015 um 1,4 %, 2016 um 1,7 % und 2017 um 1,8 % steigen. Gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Juni 2015 wurde der Ausblick für das reale BIP-Wachstum nach unten korrigiert. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem eine geringere Auslandsnachfrage infolge eines schwächeren Wachstums in den Schwellenländern.

In Bezug auf die Wachstumsaussichten für das Eurogebiet überwiegen nach wie vor die Abwärtsrisiken, was insbesondere die erhöhte Unsicherheit im Zusammenhang mit dem außenwirtschaftlichen Umfeld widerspiegelt. Vor allem kann die aktuelle Entwicklung in den aufstrebenden Volkswirtschaften das weltweite Wachstum über Handels- und Vertrauenseffekte weiter beeinträchtigen.

Der Vorausschätzung von Eurostat zufolge lag die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für den Euroraum im August 2015 wie bereits in den beiden Vormonaten bei 0,2 %. Im Vergleich zum Juli spiegelt dies einen weiteren Rückgang der Energiepreisinflation wider, der durch einen kräftigeren Anstieg der Preise für Nahrungsmittel und Industrieerzeugnisse (ohne Energie) ausgeglichen wird. Auf der Grundlage der verfügbaren Daten und der derzeitigen Terminpreise für Öl werden die jährlichen HVPI-Inflationsraten auf kurze Sicht sehr niedrig bleiben. Die jährlichen HVPI-Inflationsraten werden den Erwartungen zufolge gegen Ende des Jahres zunehmen, was unter anderem mit Basiseffekten aufgrund des Ölpreisrückgangs Ende 2014 zusammenhängt. Die Teuerungsraten dürften sich 2016 und 2017 weiter erhöhen. Getragen wird diese Entwicklung von der erwarteten Konjunkturerholung, dem Durchwirken vergangener Rückgänge des Euro-Wechselkurses und der an den Ölterminmärkten aktuell eingepreisten Annahme etwas höherer Ölpreise in den kommenden Jahren. Es wird jedoch gegenwärtig damit gerechnet, dass dieser Anstieg der jährlichen Teuerungsraten etwas langsamer zum Tragen kommt als bislang angenommen.

Diese Einschätzung deckt sich auch weitgehend mit den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2015. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird sich die jährliche HVPI-Inflation 2015 auf 0,1 %, 2016 auf 1,1 % und 2017 auf 1,7 % belaufen. Gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Juni 2015 wurden die Aussichten für die HVPI-Teuerungsrate nach unten korrigiert, was vornehmlich auf niedrigere Ölpreise zurückzuführen ist. Vor dem Hintergrund der jüngsten Ölpreisentwicklung und der zuletzt beobachteten Wechselkurse sind die von Experten der EZB erstellten Inflationsprojektionen vom September mit Abwärtsrisiken behaftet.

In diesem Zusammenhang wird der EZB-Rat die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die mittelfristige Preisentwicklung genau beobachten. Wir werden unser Augenmerk insbesondere auf die Transmission unserer geldpolitischen Maßnahmen und auf Veränderungen der weltweiten Wirtschaftslage, die finanzielle Entwicklung sowie die Rohstoffpreis- und Wechselkursentwicklung legen.

[…]

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse die Notwendigkeit der konsequenten Umsetzung der geldpolitischen Beschlüsse des EZB-Rats sowie der genauen Beobachtung aller relevanten eingehenden Informationen bezüglich ihrer Auswirkungen auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität bestätigt.

[…]

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2014 und 2015

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahme
22. Oktober 2015	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% bzw. -0,20% zu belassen.
16. September 2015	Der EZB-Rat beschließt, dass es ab sofort im Ermessen der jeweiligen nationalen Zentralbank liegt, erforderlichenfalls die Gewährung von Notfall-Liquiditätshilfen (Emergency Liquidity Assistance – ELA) an Banken in ihrem Land öffentlich bekannt zu geben. Zudem verabschiedet der EZB-Rat Änderungen der Governance-Struktur des Ankaufprogramms für Asset-Backed Securities (ABSPP). Durch die Beteiligung der Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique und einer größeren Anzahl von Ländern, die durch die Banque de France abgedeckt werden, steigt der Anteil der Ankäufe durch nationale Zentralbanken. Beide Zentralbanken treten bei den Ankäufen als Portfoliomanager des Eurosystems auf.
3. September 2015	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% bzw. -0,20% zu belassen. Zudem beschließt er im Rahmen einer Überprüfung der Obergrenze für das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (PSPP) nach Ablauf der ersten sechs Ankaufsmonate, diese Grenze von ursprünglich 25% auf 33% anzuheben. Dabei wird von Fall zu Fall geprüft, ob sich hierdurch eine Situation ergibt, in der das Eurosystem über eine Sperrminorität verfügt. In diesem Fall würde weiterhin eine Ankaufobergrenze von 25% gelten. Die Änderung wird mit einem Beschluss vom 5. November 2015 rechtswirksam.
16. Juli 2015	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% bzw. -0,20% zu belassen.
2. Juli 2015	Der EZB-Rat beschließt, die List jener Wertpapiere, die im Rahmen des PSPP vom Eurosystem gekauft werden können, um Emittenten aus dem Infrastruktur-Bereich zu erweitern.
3. Juni 2015 15. April 2015	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% bzw. -0,20% zu belassen.
9. März 2015	Das Eurosystem startet seine Ankäufe im Rahmen des Public Sector Purchase Programme (PSPP).
5. März 2015	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% und -0,20% zu belassen. Zudem gibt er technische Details zur Umsetzung des Public Sector Purchase Programme (PSPP) bekannt. Im Rahmen des PSPP werden auch Wertpapiere mit negativen Zinssätzen gekauft, solange diese über der Einlagefazilität liegen (-0,2%). Die Banco de España und die Banque de France werden in erster Linie Wertpapiere von internationalen und supranationalen Institutionen ankaufen. Eine Liste der dafür infrage kommenden Institutionen wurde vorgelegt.

22. Jänner 2015	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% und -0,20% zu belassen. Darüber hinaus beschließt er ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten. Die bestehenden Programme zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten Sektors (CBPP3 und ABSPP) werden auf Anleihen von im Euroraum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäische Institutionen ausgedehnt. Ziel des Programms ist es, dass das Eurosystem sein Mandat zur Gewährleistung von Preisstabilität erfüllt. Im Rahmen des neuen Programms (einschließlich CBPP3 und ABSPP) sind monatliche Ankäufe in Höhe von 60 Mrd EUR geplant. Die Ankäufe sollen mindestens bis September 2016 und in jedem Fall so lange erfolgen, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit seinem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen. In Bezug auf hypothetische Verluste aus Ankäufen von Wertpapieren europäischer Institutionen (12% der zusätzlichen Ankäufe) hat der EZB-Rat beschlossen, diese gemeinsam zu tragen. Die übrigen zusätzlichen Ankäufe von Vermögenwerten durch die NZBen unterliegen nicht der Verlustteilung. Die EZB hält 8% der zusätzlich angekauften Vermögenswerte. Somit unterliegen 20% des Portfolios dem Prinzip der Risikoteilung. Schließlich ist der EZB-Rat übereingekommen, den Zinssatz für die verbleibenden sechs gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRGs) so zu ändern, dass er dem zum Zeitpunkt der Durchführung des betreffenden GLRG geltenden Zinssatz für die HRG des Eurosystems entspricht. Dadurch wird der Aufschlag auf den Zinssatz im HRG, der in den ersten beiden GLRGs bei 10 Bp. gelegen hatte, beseitigt.
1. Jänner 2015	Mit dem Beitritt Litauens zum Euro-Währungsgebiet umfasst der EZB-Rat 25 Mitglieder – die sechs Mitglieder des Direktoriums der EZB und die Präsidenten der 19 nationalen Zentralbanken. Das Rotationssystem für das Stimmrecht im EZB-Rat tritt in Kraft.
18. Dezember 2014	Die EZB gibt bekannt, dass sie beginnend mit der Sitzung am 22. Januar 2015 regelmäßige Zusammenfassungen der geldpolitischen Erörterungen des EZB-Rats veröffentlichen wird. Die Zusammenfassungen werden die Hintergründe der geldpolitischen Beschlüsse erläutern. Sie werden jeweils vier Wochen nach den Sitzungen veröffentlicht. Zudem wird ab Januar 2015 jeweils zwei Wochen nach der geldpolitischen Sitzung des EZB-Rates ein neuer Wirtschaftsbericht veröffentlicht, der an die Stelle des Monatsberichts tritt.
4. Dezember 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% und -0,20% zu belassen.
21. November 2014	Das Eurosystem startet seine Ankäufe im Rahmen des Asset Backed Securities Purchase Programme (ABSPP).
6. November 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% und -0,20% zu belassen.
30. Oktober 2014	Die EZB ernennt vier ausführende Vermögensverwalter (Amundi und Amundi Intermédiation, Deutsche Asset & Wealth Management International, ING Investment Management, State Street Global Advisors) für ihr ABS-Ankaufprogramm. Aufgabe der ausführenden Vermögensverwalter wird es sein, die Transaktionen zum Erwerb der zugelassenen ABS gemäß ausdrücklicher Anweisung durch das Eurosystem (sowie in dessen Auftrag) durchzuführen. Das Eurosystem trägt weiterhin die alleinige Verantwortung für Kaufentscheidungen. Das Eurosystem wird vor der Genehmigung der Transaktionen die Preise überprüfen und dafür sorgen, dass die erforderliche Sorgfaltspflicht angewandt wird.

20. Oktober 2014	Das Eurosystem startet seine Ankäufe im Rahmen des Covered Bonds Purchase Programme 3 (CBPP 3).
2. Oktober 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% bzw. -0,20% zu belassen. Darüber hinaus gibt er die technischen Details zu den beiden Ankaufprogrammen ABSPP und CBPP3 bekannt. Beide Programme werden über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren laufen, werden in Primär- und Sekundärmärkten in Euro denominierte Papiere kaufen und sind bei ihren Käufen von den Richtlinien für notenbankfähige Sicherheiten geleitet. Ausnahmebestimmungen gibt es jedoch für Papiere aus Griechenland und Zypern, die diese Qualitätsvorschriften nicht erfüllen können.
18. September 2014	Der EZB-Rat beschließt per Losverfahren, welche Notenbankpräsidenten bei Inkrafttreten des Rotationssystems am 1. Januar 2015 als Erste ihre Stimmrechte verlieren. Die Auslosung hat ergeben, dass im Januar 2015 in der ersten Gruppe der Präsident der spanischen Zentralbank und in der zweiten Gruppe die Präsidenten der estnischen, der irischen und der griechischen Zentralbank ihre Stimmrechte abtreten werden. Am 1. Februar 2015 erhält in der ersten Gruppe der Präsident der spanischen Zentralbank sein Stimmrecht zurück, und der Präsident der französischen Zentralbank tritt sein Stimmrecht ab. In der zweiten Gruppe erhält der Präsident der estnischen Zentralbank sein Stimmrecht zurück, und die Präsidentin der zyprischen Zentralbank tritt das ihre ab. Die Auslosung wurde in Anwesenheit aller Mitglieder des EZB-Rats durchgeführt, der Präsident der litauischen Zentralbank nahm als Beobachter teil.
4. September 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) um 10 Bp. auf 0,05% zu senken. Des Weiteren wird der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 10 Bp. auf 0,30% und jener der Einlagefazilität um 10 Bp. auf -0,20%gesenkt.
4. September 2014	Zudem kommt der EZB-Rat überein, zwei Ankaufsprogramme, nämlich das Asset Backed Securities Purchase Programme (ABSPP) sowie das dritte Covered Bonds Purchase Programme (CBPP3), zu starten. Im Rahmen des ABSPP wird das Eurosystem ein breites Portfolio an einfachen und transparenten ABS ankaufen, deren dahinterliegende Vermögenswerte aus Forderungen gegenüber dem nicht-finanziellen privaten Sektor im Euroraum bestehen. Im Rahmen des CBPP3 wird das Eurosystem ein breites Portfolio an in Euro denominierten gedeckten Schuldverschreibungen kaufen, die von im Euroraum ansässigen MFIs begeben wurden. Beide Programme richten sich an Marktsegmente, die für die Finanzierung der Realwirtschaft wichtig sind, und haben die Stimulierung der Kreditvergabe der Banken im Euroraum zum Ziel. Dies soll dazu beitragen, den Transmissionsmechanismus zu verbessern, und damit zusätzliche geldpolitische Akkommodierung schaffen.
7. August 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,15%, 0,40% bzw. -0,10% zu belassen.
17. Juli 2014	Der EZB-Rat veröffentlicht einen neuen – derzeit noch vorläufigen – Kalender für die EZB-Ratssitzungen mit Sechs-Wochen-Zyklus der geldpolitischen Diskussionen. Dementsprechend werden die Mindestreserve-Erfüllungsperioden ebenfalls auf sechs Wochen verlängert. Die zwölfte Mindestreserve-Erfüllungsperiode 2014 wird aus diesem Grund um 14 Tage verlängert und endet am 27. Januar 2015.

3. Juli 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,15%, 0,40% bzw. -0,10% zu belassen. Darüber hinaus kommt er überein, dass (i) die geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats ab Jänner 2015 im Sechs-Wochen-Zyklus abgehalten werden sollen, (ii) die Mindestreserve-Erfüllungsperioden in Anpassung an diesen neuen Rhythmus auf sechs Wochen verlängert werden sollen und (iii) die Zusammenfassungen der geldpolitischen Erörterungen voraussichtlich ab Januar 2015 veröffentlicht werden sollen. Schließlich beschloss der EZB-Rat auch die technischen Details der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG), in deren Rahmen Banken zunächst in zwei Geschäften (am 18. September und 11. Dezember 2014) einen Betrag von bis zu 7% eines bestimmten Teils ihrer Kredite aufnehmen können. Anschließend können in sechs weiteren Geschäften (vierteljährlich von März 2015 bis Juni 2016) zusätzliche Beträge – in Abhängigkeit von der Entwicklung der anrechenbaren Kreditvergabe über eine bankspezifische Referenzgröße hinaus – in Anspruch genommen werden.
17. Juni 2014	Der EZB-Rat hat in Zusammenarbeit mit der Bank of England, der Bank von Japan und der Schweizerischen Nationalbank beschlossen, die liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar mit einwöchiger Laufzeit auch nach dem 31. Juli 2014 bis auf Weiteres fortzuführen. Die Operationen erfolgen in Form von Repogeschäften gegen notenbankfähige Sicherheiten und werden weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung abgewickelt.
5. Juni 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) um 10 Bp. auf 0,15% zu senken. Des Weiteren wird der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 35 Bp. auf 0,40% und jener für die Einlagefazilität um 10 Bp. auf -0,10% gesenkt. Der Negativzinssatz gilt auch für die das Mindestreserve-Soll übersteigenden durchschnittlichen Reserveguthaben sowie für sonstige Einlagen beim Eurosystem (z.B. Einlagen öffentlicher Haushalte jenseits bestimmter Schwellenwerte, die in TARGET2 gehaltenen Salden, etc.). Darüber hinaus legt er fest, sowohl die HRG als auch die Geschäfte mit dreimonatiger Laufzeit weiterhin so lange wie erforderlich, mindestens jedoch bis Ende 2016 als Mengentender mit Vollzuteilung abzuwickeln. Die Zinssätze für die dreimonatigen Tendergeschäfte werden dem durchschnittlichen Zinssatz im HRG über die jeweilige Laufzeit entsprechen. Der EZB-Rat beschließt außerdem, ab Mitte Juni 2014 die Refinanzierungsgeschäfte mit einer Sonderlaufzeit von der Dauer einer Erfüllungsperiode einzustellen. Zudem werden ab diesem Zeitpunkt die wöchentlichen Feinsteuerungsoperationen zur Sterilisierung der durch das SMP-Programm zugeführten Liquidität ausgesetzt. Weiters einigt man sich im EZB-Rat auf ein Programm zur Verbesserung des Funktionierens des geldpolitischen Transmissionsmechanismus. Konkrete Maßnahmen: 1. Durchführung einer Reihe von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG) über ein Zeitfenster von zwei Jahren. Diese GLRG sollen der Verbesserung der Kreditvergabe der Banken an private Haushalte und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften des Euroraums (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) dienen. 2. Verstärkung der Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit Outright-Käufen von Asset-Backed Securities (ABS). Schließlich wird die bestehende Ausweitung der Kriterien für die Notenbankfähigkeit von Sicherheiten, insbesondere die Möglichkeit der Hereinnahme zusätzlicher Kreditforderungen (Additional Credit Claims), bis mindestens September 2018 verlängert.

19. Mai 2014	Die 18 NZBen des Eurosystems, die EZB sowie die Sveriges Riksbank und die Schweizerische Nationalbank geben das vierte Goldabkommen der Zentralbanken (Central Bank Gold Agreement – CBGA) bekannt, welches am 27. September 2014 nach dem Auslaufen des gegenwärtigen Abkommens in Kraft treten wird. Sie erklären darin, dass (i) Gold ein wichtiger Bestandteil der Weltwährungsreserven bleibt, (ii) sie ihre Goldtransaktionen auch weiterhin koordinieren werden, um Marktturbulenzen zu vermieden und (iii) sie gegenwärtig keine Pläne hegen, Gold in namhaftem Umfang zu verkaufen.
8. Mai 2014 3. April 2014 6. März 2014 6. Februar 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,25%, 0,75% bzw. 0% zu belassen.
24. Jänner 2014	Der EZB-Rat beschließt, noch vier weitere USD-Tender mit einer Laufzeit von drei Monaten durchzuführen. Der letzte derartige Tender wird am 23. April 2014 angeboten, danach wird diese Operation eingestellt. USD-Tender mit einer Laufzeit von einer Woche werden weiterhin – zumindest bis 31. Juli 2014 – zur Verfügung stehen.
9. Jänner 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,25%, 0,75% bzw. 0% zu belassen.

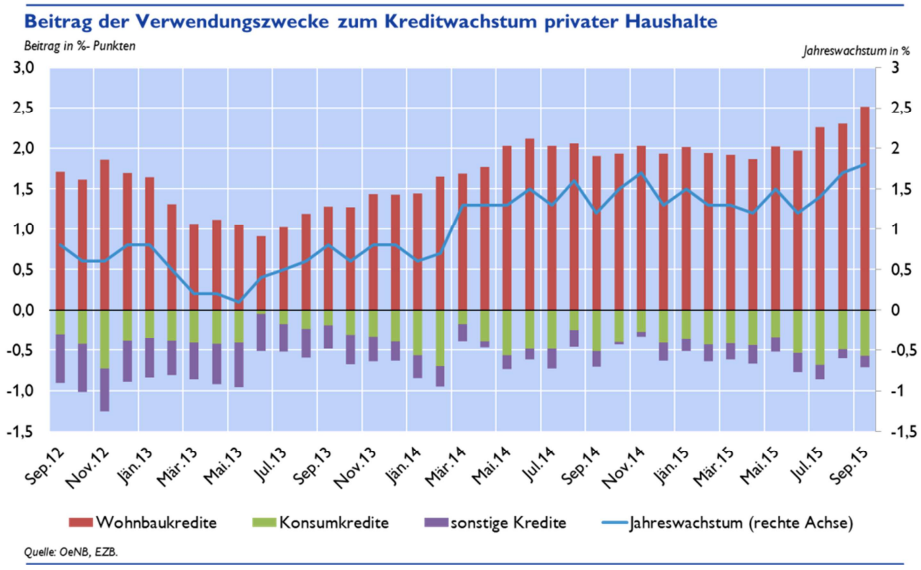
Quelle: EZB.

Kreditinstitute: Deutliche Ausweitung bei Wohnbaukrediten im September 2015[8]

Das Kreditwachstum privater Haushalte entwickelte sich in Österreich weiterhin stabil und wies im September 2015 1,8% auf. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung waren ausschließlich Wohnbaukredite, die von privaten Haushalten weiterhin verstärkt in Anspruch genommen wurden. Das aushaftende Kreditvolumen in diesem Bereich weitete sich um 4% – und damit so stark wie schon seit März 2012 nicht mehr – aus. Eine rückläufige Entwicklung war hingegen bei Konsum– (-3,9%) bzw. bei sonstigen Krediten (-0,6%) zu beobachten. Die Daten der Neukreditvergaben an den Sektor privater Haushalte in Österreich zeigten ein ähnliches Bild. Auch hier war die gegenüber dem Vorjahr dynamischere Entwicklung in den ersten drei Quartalen 2015 (17,7 Mrd EUR gegenüber 15,5 Mrd EUR 2014) fast ausschließlich auf Wohnbaukredite zurückzuführen.

Im gesamten Euroraum war im September 2015 ebenfalls eine Ausweitung des Kreditvolumens privater Haushalte – im Ausmaß von 1,1% – zu beobachten. Neben Wohnbaukrediten (1,8%) leisteten im Euroraum aber auch Konsumkredite (2,5%) einen positiven Beitrag zum Kreditwachstum. Sonstige Kredite waren hingegen mit -0,4% rückläufig. Bei Betrachtung der einzelnen Euroraum-Länder waren es vor allem Deutschland (2,5%)[9] und Frankreich (3,1%), die das Kreditwachstum privater Haushalte im Euroraum positiv beeinflussten. Sowohl in Deutschland (3,3%) als auch in Frankreich (3,7%) resultierte der Großteil des Wachstums bei privaten Haushalten aus der Entwicklung im Wohnbau-Bereich.

Grafik 1



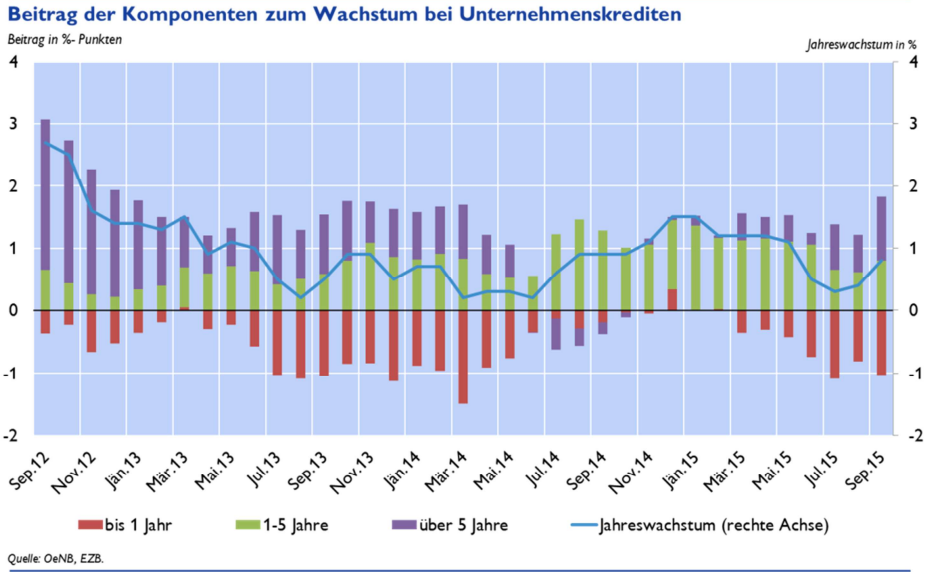
Auch bei Unternehmenskrediten war in Österreich – nach einer Abflachung des Kreditwachstums im ersten Halbjahr 2015 auf 0,3% – im September 2015 mit einer Wachstumsrate von 0,8% wieder ein leichter Aufwärtstrend erkennbar. Vor allem langfristige Kredite (mit Ursprungslaufzeit über fünf Jahren) leisteten mit einer Jahreswachstumsrate von

[8] Autoren: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik).

[9] Bereinigt um Wechselkurseffekte, Abschreibungen, Reklassifikationen und Verbriefungstransaktionen bzw. Kreditverkäufen.

1,7% wieder einen stabil positiven Beitrag zur Entwicklung inländischer Unternehmenskredite. Kurzfristige Finanzierungen (Ursprungslaufzeit bis ein Jahr) wurden hingegen weiterhin (im Ausmaß von -4,8%) abgebaut. Auch die Daten der Neukreditvergabe zeigten in den ersten drei Quartalen 2015 im kurzfristigen Bereich eine deutlich schwächere Entwicklung. Insgesamt lag das an inländische Unternehmen neu vergebene Volumen kurzfristiger Kredite (Ursprungslaufzeit bis zu sechs Monaten) in den ersten drei Quartalen 2015 mit 30,4 Mrd EUR deutlich unter dem Vergleichswert des Vorjahres (40,4 Mrd EUR). Hingegen wurden bis September 2015 mit 16,3 Mrd EUR um 2,1 Mrd EUR mehr neue Kredite mit einer Laufzeit von über sechs Monaten als im Vergleichszeitraum des Vorjahres vergeben.

Grafik 2



Das im Euroraum insgesamt aushaftende Kreditvolumen des Unternehmenssektors stagnierte im September 2015 bei 0,1%. Ähnlich wie in Österreich kam das positive Wachstum aus dem längerfristigen Bereich (Ursprungslaufzeit 1-5 Jahre: 4,1%, über 5 Jahre: 0,2%) während kurzfristige Unternehmenskredite mit Ursprungslaufzeit bis ein Jahr mit -2,7% rückläufig waren. Von den großen Euroraum-Ländern entwickelte sich das aushaftende Kreditvolumen insbesondere in Frankreich (+3,6%)[10] deutlich positiv, während es in Spanien (-2,0%) und Italien (-0,8%) weiterhin rückläufig war.

Kaum Bewegung bei den Zinssätzen im Kreditneugeschäft

Trotz gleichbleibendem EZB-Leitzinssatz kam es bei den Geldmarktzinssätzen in den ersten drei Quartalen 2015 weiterhin zu einer rückläufigen Entwicklung. Der 3-Monats-Euribor – ein wichtiger Referenzzinssatz bei neu vergebenen Krediten – ging seit Dezember 2014 um 11 Basispunkte zurück und erreichte im September 2015 -0,03%.

Bei den Zinskonditionen für das Kreditneugeschäft privater Haushalte in Österreich war in den letzten drei Quartalen kaum eine Bewegung erkennbar. Mit 2,46% lag der Zinssatz im September 2015 auf dem gleichen Niveau wie im Dezember 2014 (2,44%). Bei Betrachtung der unterschiedlichen Verwendungszwecke zeigte sich, dass private Haushalte bei Konsumkrediten

[10] Bereinigt um Wechselkurseffekte, Abschreibungen, Reklassifikationen und Verbriefungstransaktionen bzw. Kreditverkäufen.

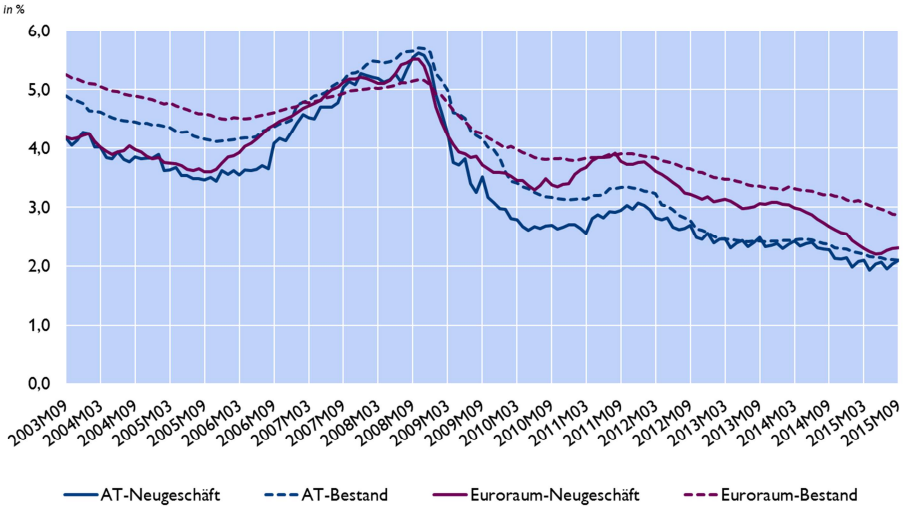
(4,81%) sogar einen um 13 Basispunkte (BP) höheren Zinssatz als im Dezember 2014 bezahlen mussten. Im gleichen Zeitraum waren hingegen Zinssätze für Wohnbau- bzw. sonstige Kredite mit -4 BP (auf 2,10%) bzw. -7 BP (auf 2,24%) geringfügig rückläufig.

Im Euroraum insgesamt profitierten private Haushalte seit dem Jahreswechsel vor allem im Wohnbaubereich von deutlich günstigeren Konditionen im Neugeschäft(-25 BP auf 2,30%). Deutliche Rückgänge bei den Zinskonditionen im Wohnbaubereich waren insbesondere in Spanien (-39 BP auf 2,17%) und Frankreich (-38 BP auf 2,22%) zu beobachten. In Deutschland ging der Zinssatz neu vergebener Wohnbaukredite seit Dezember 2014 um 10 BP zurück und lag mit 2,03% auch unter jenem Österreichs.

Aufgrund des hohen Anteils an variabel verzinsten Krediten reagiert der Bestandszinssatz in Österreich jedenfalls deutlich schneller auf Änderungen in der Zinslandschaft, die z.B. durch Leitzinssatzänderungen hervorgerufen werden, als der Euroraum-Durchschnitt. In Österreich lag der Bestandszinssatz aushaftender Wohnbaukredite im September 2009 bei 2,09% und damit um 79 BP unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,88%.

Grafik 3

Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Wohnbaukrediten an private Haushalte



Quelle: OeNB, EZB.

Private Haushalte versuchten sich in den letzten Monaten verstärkt das niedrige Zinsniveau über einen längeren Zeitraum abzusichern. So ging der Anteil von Krediten mit anfänglicher Zinsbindung bis ein Jahr (inklusive variabel verzinsten Krediten) an den gesamten neu vergebenen Wohnbaukrediten im dritten Quartal 2015 auf durchschnittlich 73% zurück, während dieser im Vergleichszeitraum des Vorjahres noch 85% betragen hatte. Damit unterscheidet sich Österreich jedoch noch immer deutlich vom gesamten Euroraum, wo im 3. Quartal 2015 lediglich 18% der neu vergebenen Wohnbaukredite eine anfängliche Zinsbindung von bis zu einem Jahr (inkl. Variabel) hatten. Folglich wären österreichische Haushalte auch stärker von einem möglichen Anstieg der zugrunde liegenden Referenzzinssätze betroffen.

In Österreich konnten nichtfinanzielle Unternehmen seit dem Jahreswechsel insbesondere bei kurzfristigen Krediten (Ursprungslaufzeit bis ein Jahr) vom niedrigen Zinsniveau profitieren. Kredite bis eine Million EUR sanken mit -35 BP (auf 1,70%) noch stärker als Großkredite über eine Million EUR mit -22 BP (auf 1,25%). In beiden Kategorien lag Österreich damit unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,79% (bis eine Million EUR) bzw. 1,42% (über eine Million EUR). Bei längerfristigen Krediten kam es hingegen zu einer differenzierten Entwicklung. Während sich die Zinskonditionen bei Krediten bis eine Million EUR in den ersten drei Quartalen 2015 geringfügig verbesserten (-5 BP au 2,17%), kam es bei längerfristigen

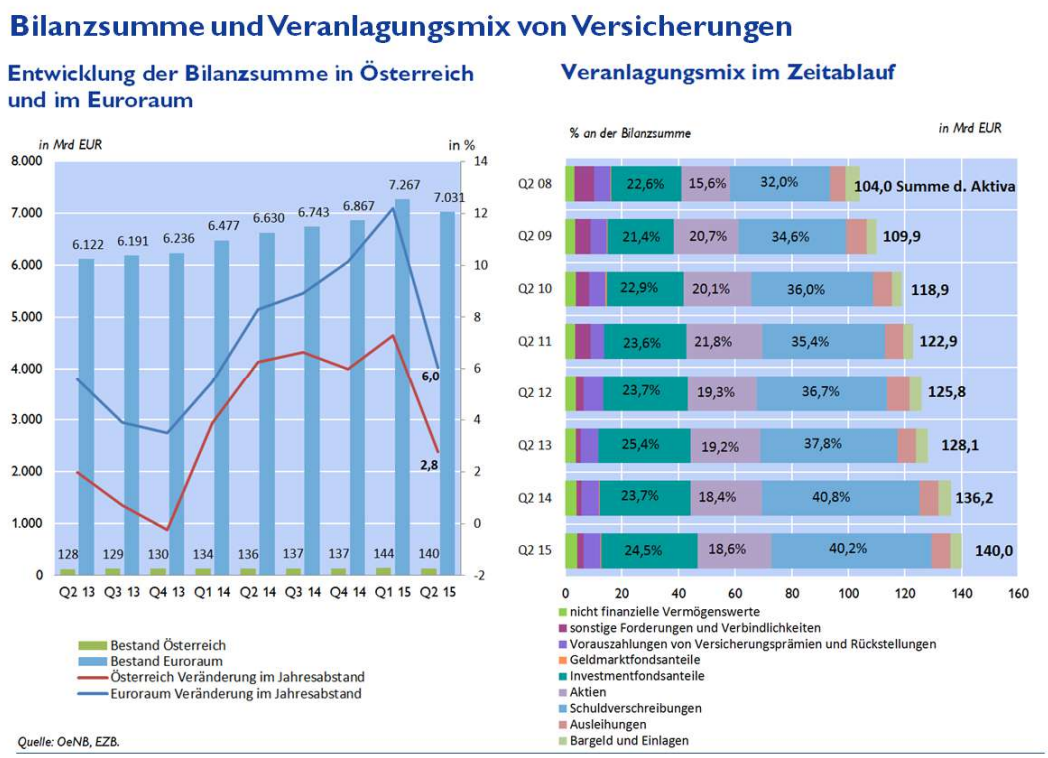
Großkrediten aufgrund eines höheren Anteils an Unternehmenskrediten schlechterer Bonität zu einem Anstieg des Zinssatzes um 21 BP (auf 2,23%). In der letztgenannten Kategorie lag der Euroraum-Durchschnitt mit 1,89% deutlich unter dem Österreich-Wert. In allen großen Euroraum-Ländern konnten sich nichtfinanzielle Unternehmen mit längerfristigen Großkrediten über eine Million EUR günstiger als in Österreich finanzieren (Deutschland: 1,89%, Spanien: 2,08%, Frankreich: 1,76%, Italien: 2,09%).

Anders als bei privaten Haushalten war bei Unternehmen in Österreich hingegen kein signifikanter Trend hin zu längerfristig gebundenen Zinssätzen erkennbar.

Versicherungen: Bilanzsumme sinkt im 2. Quartal 2015 aufgrund von Marktwertverlusten[11]

Zum 2. Quartal 2015 verringerte sich die Bilanzsumme der heimischen Versicherungsunternehmen deutlich - um 3,6 Mrd EUR - auf einen Bestand von 140,0 Mrd EUR. Die Jahreswachstumsrate lag nur noch bei +2,8%, verglichen mit +7,3% im Vorquartal. Eine ähnliche Entwicklung war auch im Euroraum festzustellen: Im Jahresabstand wuchs die Bilanzsumme aller Versicherer nur noch um +6,0% (verglichen mit +12,0% im Vorquartal) und belief sich Mitte 2015 auf 7.031 Mrd EUR (-236 Mrd EUR im Vergleich zum Vorquartal).

Grafik 1



Die im Zeitablauf stetig gewachsene Dominanz der Schuldverschreibungen im Veranlagungsmix der heimischen Versicherungsunternehmen ging Mitte 2015 leicht zurück und betrug zuletzt 40,2%. Der Anteil der Investmentfondsanteile erhöhte sich geringfügig auf 24,5%, jener der Aktien auf 18,6%.

Marktwertverluste bei Schuldverschreibungen und Investmentfonds

Verantwortlich für den Bilanzsummenrückgang waren im 2. Quartal hauptsächlich sinkende Marktwerte bei Wertpapieren. Sowohl in der Eurozone als auch in Österreich kam es bei Schuldverschreibungen sowie bei Investmentfonds zu starken Kursverlusten.

Festverzinsliche Wertpapiere verringerten sich im 2. Quartal 2015 um 3,4 Mrd EUR und machten Ende Juni mit 56,3 Mrd EUR 40,2% des Gesamtvermögens aus. Die größten Einbußen

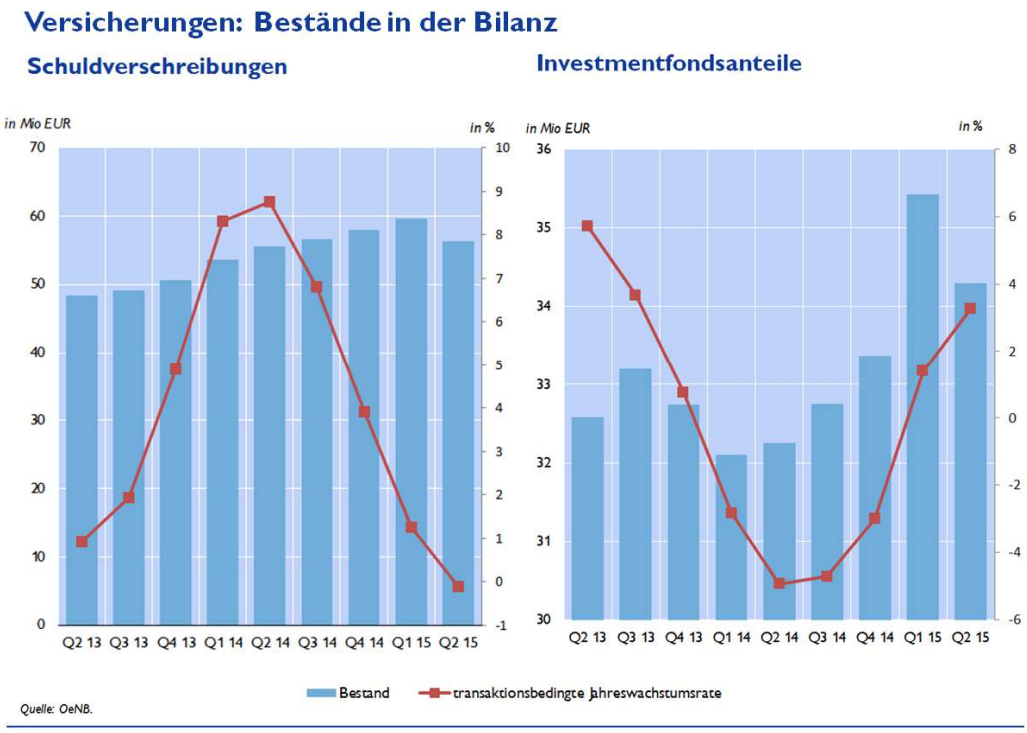
[11] Mag. Nina Eder und Michael Andreasch (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik).

entfielen auf Bankanleihen mit -1,3 Mrd EUR, wovon alleine 0,9 Mrd EUR auf Kurswertverluste zurückzuführen waren. Die zweitbedeutendste Anleihekategorie - Staatsschuldverschreibungen - ging um 1,0 Mrd EUR zurück, wobei dieser Bestandsrückgang ausschließlich auf Kurswertverlusten beruhte. Neuinvestitionen in Staatsanleihen in Höhe von 97 Mio EUR wurden durch diese Entwicklung zur Gänze kompensiert.

Sank die Jahreswachstumsrate der Schuldverschreibungen in Österreich von 8,8% im Vergleichsquartal des Vorjahres auf -0,1% im Berichtsquartal, so fielen die Rückgänge im Euroraum deutlich geringer aus (5,3% im 2. Quartal 2015 verglichen mit 9,8% im 2. Quartal 2014).

Der Bestand an Investmentfondsanteilen ging im 2. Quartal aufgrund von Bewertungsverlusten im Ausmaß von 1,2 Mrd EUR bei gleichzeitig geringem Neuinvestitionsvolumen in Höhe von 34 Mio EUR zurück. Aufgrund der hohen Investitionen in den Vorquartalen verzeichneten Investmentfondsanteile im Jahresabstand aber trotzdem noch einen Zuwachs von 3,2% und machten per Juni 2015 34,3 Mrd EUR bzw. 24,5% der gesamten Bilanzsumme aus.

Grafik 2



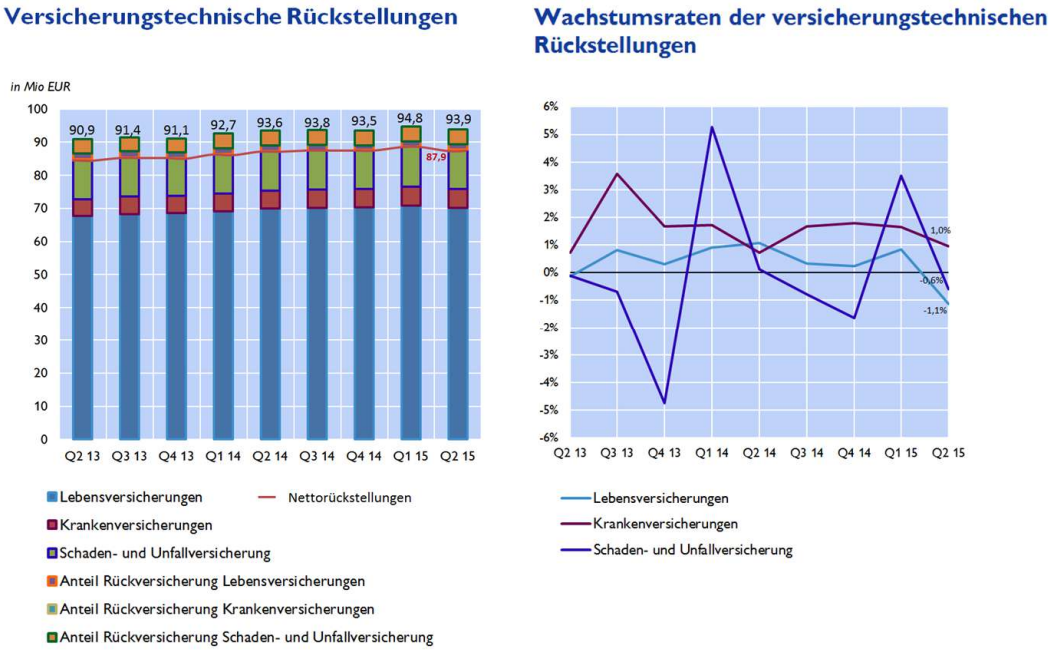
Versicherungstechnische Rückstellungen im Lebensversicherungsbereich rückläufig

Die Nettorückstellungen (exklusive des Anteils des abgegebenen Rückversicherungsgeschäfts) für zukünftige Aufwände betrugen mit Ende Juni insgesamt 87,9 Mrd EUR und verringerten sich damit gegenüber dem Vorquartal um rund 0,8 Mrd EUR. Auch die entsprechende Jahreswachstumsrate betrug nur noch +0,7%, verglichen mit +2,6% im 1. Quartal 2015. Zurückzuführen war diese Entwicklung maßgeblich auf eine Verringerung der Nettorückstellungen im Lebensversicherungsbereich im Ausmaß von -0,8 Mrd EUR bzw. -1,1% gegenüber dem Vorquartal. Dieser Rückgang ist ebenfalls auf Bewertungseffekte zurück zu führen, da sich für Haushalte, die fonds- und indexgebundene Lebensversicherungen (zum Teil auch als Ansparmodell für endfällige Fremdwährungskredite) halten, diese Bewertungsänderungen in den entsprechenden Deckungsstöcken unmittelbar auf ihre

Ansprüche aus den Rückstellungen auswirkten. Der preisbedingte Rückgang der Lebensversicherungen betrug im 2. Quartal 2015 1,1%.

Auch die Nettorückstellungen im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung gingen mit -0,6% bzw. -72 Mio EUR gegenüber dem Vorquartal leicht zurück. Lediglich in der Versicherungssparte Krankenversicherung erhöhten sich die Nettorückstellungen um +1% bzw. +55 Mio EUR verglichen mit dem 1. Quartal 2015.

Grafik 3



Quelle: OeNB.

Spezielle Kurzanalysen

Migration und Asyl: Aktuelle OECD-Prognosen und Diskussionsstand auf EU-Ebene [12]

Die Europäische Kommission prognostiziert, dass 3 Millionen neue Asylweber bis 2017 die EU erreichen werden. Die Politik der EU steht zurzeit im Zeichen der Flüchtlings- und Asylfrage. Im Rat der Europäischen Union (EU) werden in diesem Zusammenhang mögliche kurzfristige Lösungen – wie etwa die Einrichtung der „hotspots" – sowie langfristige Maßnahmen – wie etwa der Bedarf einer verstärkten Kooperation mit der Türkei, Jordanien, dem Libanon und den Ländern im Westbalkan diskutiert.

Auf nationaler sowie auf europäischer Ebene werden zunehmend Analysen zur aktuellen Lage sowie zu möglichen Zukunftsszenarien veröffentlicht. Der am 22.9.2015 veröffentlichte OECD-Bericht „International Migration Outlook 2015"[13] gibt einen Überblick über die jüngsten Trends bei Migrationsbewegungen im OECD-Raum. Der IWF arbeitet zurzeit an einer staff discussion note (SDN) zu den Kosten und Auswirkungen der Flüchtlingskrise, die bis Dezember 2015 dem Exekutive Board vorgestellt werden soll.

Austria: Current situation and outlook regarding migration and asylum

Situation of asylum-seekers

According to the OECD, the rising numbers of asylum seekers since 2010 appeared to stabilise in 2013; however, figures for 2014 show a 60% increase. While the largest numbers of asylum seekers in 2013 still came from the RUF (2 800) and Afghanistan (2 600), the rise in the overall inflow of refugees reflects turmoil and conflict in North Africa and the Middle East – notably in Syria, from where 2 000 asylum seekers originated in 2013 [14].

Since July 2012, asylum seekers under the age of 18 have been allowed to take up apprenticeships. The age limit was raised to 25 years in March 2013. Asylum seekers may also work as self-employed in certain occupations not covered by trade law (e.g. journalism). If working for charitable and non-profit institutions, asylum seekers may earn up to EUR 110 per month without any deductions from their welfare benefits.

Estimated costs and benefits per asylum-seeker

There are several attempts to quantify the costs and the benefits of the refugee inflow across national and EU institutions; the corresponding studies and reports are regularly being published. The IMF is currently working on a staff discussion note (SDN) on the costs and the

[12] Autorin: Alice Radzyner, MSc (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen).

[13] OECD (2015), International Migration Outlook 2015, 22 September 2015, http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/migr_outlook-2015-sum-en.pdf?expires=1444033044&id=id&accname=guest&checksum=8B87637DDE8313425A7E3AB252E9E95F

[14] OECD (2015), International Migration Outlook 2015, 22 September 2015, http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/migr_outlook-2015-sum-en.pdf?expires=1444033044&id=id&accname=guest&checksum=8B87637DDE8313425A7E3AB252E9E95F.

effects of the refugee crisis. The report will be presented to the IMF Executive Board in December 2015.

According to the president of the ECB Mario Draghi, Europe's economy will strengthen if countries invest in efforts to cope with the refugee crisis. The tide of migrants, the biggest movement of people in Europe since World War Two, will deeply change the social texture of the continent, but "if properly managed, if there are investments in this change, the Union and the euro area will emerge stronger in due time", Mario Draghi told the economic and monetary affairs committee of the European Parliament in Brussels. Draghi said public investments were required to deal with the crisis, but that it was "premature to say by how much governments' deficits will have to expand in order to invest in this development"[15].

Migration developments

Despite slowing GDP growth, net immigration grew to 55 000 persons in 2013 (25% more than in 2012). Over half of the inflow came from other EU countries: 36% from the 2004 and after EU accession countries, and 20% from the other EU MS, mainly Germany. 32% immigrated from non-EU countries (mainly Turkey)[16].

Close to 590 000 foreigners were employed in Austria in 2014 (6% more than 2013) with an equal split between EU and non-EU citizens[17].

OECD International Migration Outlook 2015: Main conclusions

Migration is rising overall and has returned to its pre-crisis level

The total foreign-born population in OECD countries stood at 117 million people in 2013, corresponding to 35 million (40%) more than in 2000. In 2014, permanent migration flows to the OECD reached 4.3 million permanent entries, a 6% increase compared to 2013. Temporary migration also increased. Family reunification migration accounted for 35% of all permanent migration to OECD countries in 2013 and free movement for 30%. Germany is the second main immigration country after the USA.

Overall the number of refugees is at a historical high

In 2014, more than 800 000 asylum applications were recorded, but the figure for 2015 is expected to be even higher. Most asylum applications were made in Europe (more than 600 000 in 2014). The top destination countries are Germany, the USA, Turkey, Sweden and Italy.

In early November 2015, the European Commission said it expected some 3 million asylum seekers to arrive in the EU by 2017, and predicted a boost for the EU's economic output in the longer term if migrants were integrated into the workforce[18].

Positive signs regarding labour market outcomes of immigrants

---

[15] Draghi 'Investment in refugees will make Europe stronger', Reuters, 12/11/2015

[16] OECD (2015), International Migration Outlook 2015, 22/09/2015, Recent trends in migrants' flows and stocks AUSTRIA, p.187

[17] Ibid.

[18] Reuters, 12/11/2015

The average employment rate of immigrants in the OECD area increased by 1.3 percentage points during 2011-14, compared with 0.5 percentage points for the native population. The unemployment rate did not change much (on average 3.3 points higher for foreign-born than for native-born). The rise of long-term unemployment for migrants has slowed down, but it still affects 6% of the migrant labour force.

OECD countries have fundamentally revised their migration legislation

The current refugee crisis takes place in a context of relatively weak European economic and labour market conditions, and a global fight against terrorism. The anxiety regarding migration issues and antiimmigrant sentiment is spreading. Most policy changes tend towards restrictions:

- skilled workers are still wanted, but governments are more selective;
- some family immigration procedures are being eased, but the general trend is still towards restriction;
- actions to strengthen border controls, encourage voluntary returns and fight against illegal employment of foreign workers are implemented.

Countries with a longstanding tradition of immigration are trying to mainstream integration measures into all aspects of economic and social life (recognition of foreign qualifications and/or lifelong learning).

State-of-play at the EU policy level

Informal meeting of EU heads of state or governments on 12 November 2015

President Donald Tusk argued that securing the EU's borders requires that "our rules and laws are applied", meaning that there should be improvements in terms of refugee registration and repartition across the EU Member States which should not be based on the choice of the asylum seeker. Donald Tusk also highlighted the importance of a good cooperation with Turkey as well as Jordan, Lebanon and the countries of the Western Balkans, whom he called "allies" [19].

Conclusions of the European Council meeting on 16 October 2015[20]

- If the Joint Action Plan with Turkey on the cooperation in migration issues is implemented successfully, it will speed up visa liberalisation and a full implementation of the readmission agreement. Progress will be assessed in 2016. The EU and its Member States will step up their political and financial engagement substantially. The accession process is to be re-energized.
- The EU's external borders will be strengthened building on the Schengen acquis (full use of Frontex)
- The installation of 'hotspots' for identification, registration, fingerprinting and reception of applicants will be speeded up. Austria agreed to send 100 experts to FRONTEX and EASO.

---

[19] European Council (2015), Press remarks by President Donald Tusk after the informal meeting of EU heads of state or government, 12/11/2015, http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/11/12-tusk-press-conference-informal-euco/

[20] EUCO 26/15, CO EUR 10; CONCL 4

- The political and military crises in Syria and Libya are to be tackled.

The European Agenda on Migration proposed by the European Commission (April 2015) aims to develop a global approach with proposals for immediate action and longer term proposals for a new labour migration management system.

Die WWU am Weg zu ihrer Vollendung - aktuelle Vorschläge der Europäischen Kommission[21]

Am 21. Oktober 2015 präsentierte die Europäische Kommission ein erstes Paket mit konkreten Vorschlägen zur Umsetzung der ersten Stufe des 5 Präsidentenberichts „Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden". Diese betreffen die Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit, eines beratenden Europäischen Fiskalrates sowie die Schaffung einer einheitlichen Vertretung des Eurowährungsgebietes beim IWF. Darüber hinaus hat die Kommission Vorschläge für Verbesserungen bei der Umsetzung des europäischen Semesters sowie bei Stabilitäts- und Wachstumspakt und makroökonomischer Überwachung vorgelegt. Am 24. November 2015 wurde des Weiteren ein Vorschlag für ein Europäisches Einlagensicherungssystem (EDIS) verbunden mit Maßnahmen zur Risikoreduktion im Bankensystem vorgelegt.

Der im Juni 2015 veröffentlichte 5 Präsidentenbericht „Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden" sieht zwei Umsetzungsphasen vor: eine erste, in der auf vorhandenen Instrumenten aufgebaut wird und die bestehenden Verträge bestmöglich genutzt werden sollen. Diese zweijährige Phase begann mit 1. Juli 2015. In einer mittel- und längerfristigen Perspektive (bis Ende 2025) werden breitere Reformen, mit rechtlich verbindlichen Maßnahmen vorgeschlagen, die auch Änderungen der EU-Verträge notwendig machen könnten.

Im Folgenden werden die im Herbst 2015 von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschläge zur Umsetzung der ersten Phase des 5 Präsidentenberichts dargestellt.

1. Nationale Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit

Die Kommission empfiehlt, dass der Rat eine Empfehlung an die Euro-Mitgliedstaaten verabschiedet, nationale Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit zu errichten. Damit sollen Debatten über die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Nationalstaaten angeregt werden. Das Ergebnis dieser Erörterungen auf nationaler Ebene soll in Form eines Berichts in die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters einfließen. Die Kommission erwartet, dass dadurch die Mitgliedstaaten sich stärker daran gebunden fühlen, Wirtschaftsreformen auch tatsächlich durchzuführen.

Die nationalen Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit sollen Entwicklungen hinsichtlich Wettbewerbsfähigkeit und Politiken zu deren Steigerung beobachten und Information nicht nur für die nationalen wirtschaftspolitische Akteure, sondern auch für die Kommission bereitstellen. Der zugrundeliegende Begriff der Wettbewerbsfähigkeit wurde sehr breit angelegt und umfasst neben den Lohnkosten auch qualitative Faktoren, wie etwa die Innovationsfähigkeit oder Standortfaktoren. Die Kommission sieht ein sehr offenes Mandat für die Ausschüsse vor, so sollen diese unabhängig von der Regierung sein, der Unterschiedlichkeit der Mitgliedsstaaten Rechnung tragen und die Rolle der Sozialpartner achten. Die österreichischen Sozialpartner sehen die Einrichtung solcher Ausschüsse kritisch – jedenfalls soll der kollektivvertragliche

[21] Autorin: Anita Roitner (Repräsentanz Brüssel).

Lohnfindungsprozess in Österreich nicht von der Errichtung eines solchen Ausschusses berührt werden.

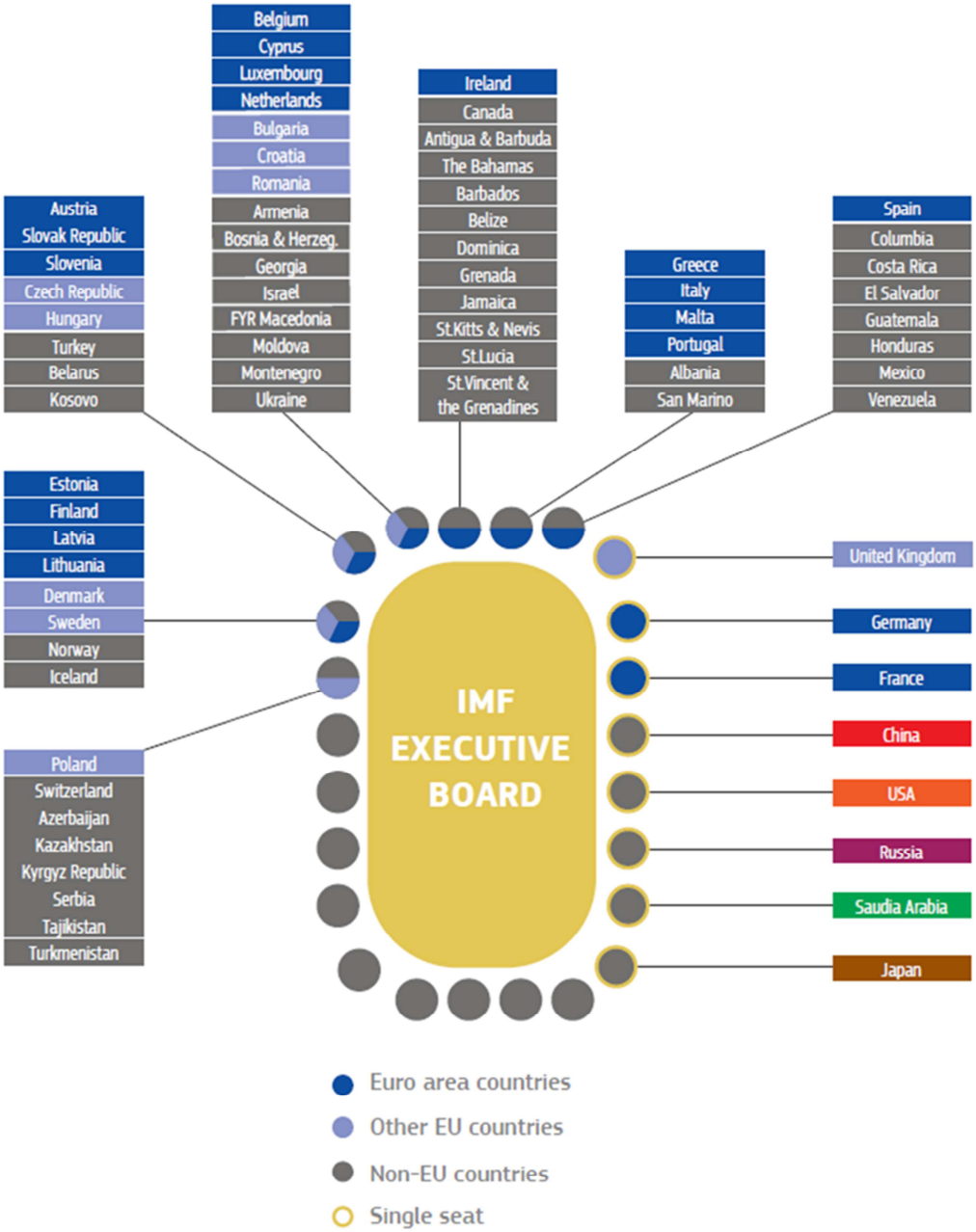
2. Europäischer Fiskalrat

Der Europäische Fiskalrat soll laut Vorschlag als unabhängiges Gremium bei der Europäischen Kommission eingerichtet werden und aus einem Vorsitzenden und vier Mitgliedern bestehen. Er soll folgende Aufgaben erfüllen: regelmäßige Bewertung der Umsetzung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen, Beratung hinsichtlich der konjunkturellen Wirkung der Budgetpolitik im Eurowährungsgebiet („overall fiscal stance") und bestmögliche Ausrichtung der nationalen Budgetpolitiken. Zudem soll er mit den nationalen Fiskalräten kooperieren. Der Europäische Fiskalrat wird einen jährlichen Tätigkeitsbericht vorlegen.

3. Verbesserung der Außenvertretung des Eurowährungsgebietes

Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Vorschlag für einen Beschluss des Rates zielt primär auf die Außenvertretung des Euro im Internationalen Währungsfonds (IWF) ab. Langfristig – bis 2025 – soll eine einzige Euro-Stimmrechtsgruppe im IWF eingerichtet werden. Die Vertretung des Eurowährungsgebietes im IWF-Exekutivdirektorium würde dann durch den Exekutiv-Direktor dieser Stimmrechtsgruppe erfolgen. Auf Ministerebene soll die Vertretung durch den Präsident der Eurogruppe erfolgen. Es gilt allerdings zu bedenken, dass die Mitgliedstaaten souveräne Mitgliedstaaten im IWF sind und das Recht haben, sich frei für die Teilnahme an einer IWF-Stimmrechtsgruppe zu entscheiden und den Direktor dieser Stimmrechtsgruppe zu wählen.

Die Länder des Euro-Währungsgebietes befinden sich derzeit in verschiedenen IWF Stimmrechtsgruppen (vgl. Grafik) und ihre Stimmrechtsgruppenabkommen laufen noch mehrere Jahre. So läuft das Stimmrechtsgruppenabkommen Österreichs beispielsweise noch bis 2022. Für eine einheitliche Vertretung des Euro-Währungsgebietes wäre zudem auch eine Änderung der IWF Articles of Agreement erforderlich. In einer Übergangsphase soll es deshalb zu einer besseren Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten des Euroraums und zu einer Umgruppierung der Stimmrechtsgruppen kommen. Beispielsweise könnte sich nach einer Ratifikation der IWF-Quotenreform von 2010, die nur mehr gewählte und keine ernannten Exekutive Direktoren vorsieht, eine Umgruppierung als Zwischenlösung ergeben. Österreich ist bis dato immer für die Errichtung einer Euro-Stimmrechtsgruppe in der langen Frist eingetreten.



Quelle: Europäische Kommission, 2015

4. Verbesserungen bei der Umsetzung des EU-Semesters sowie bei Stabilitäts- und Wachstumspakt und makroökonomischer Überwachung

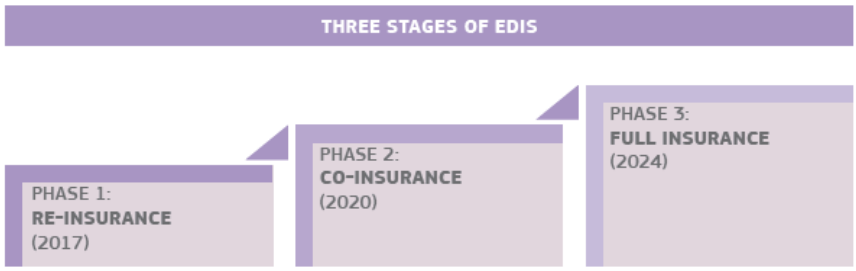
Die Europäische Kommission möchte eine engere Verknüpfung zwischen den wirtschaftlichen und fiskalischen Herausforderungen des Euro-Währungsgebietes und den länderspezifischen Empfehlungen sicherstellen. Außerdem will sie einen größeren Fokus auf beschäftigungs- und sozialpolitische Herausforderungen legen. So soll der Dialog mit den Sozialpartnern gestärkt werden. Strukturreformen der Mitgliedstaaten könnten durch die Identifikation von „Best Practice“ und der Entwicklung von Benchmarks unterstützt werden.

Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts möchte die Kommission in drei Bereichen Verbesserungen vornehmen:

- Mittelfristige Haushaltsziele (medium term objectives, MTO) und Regeln für den Schuldenstand sollen konsistenter werden.
- Bewertungsmethoden im präventiven und korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sollen vereinfacht und die Bewertung unvorhergesehener Abweichungen vom Wachstumspfad verbessert werden.
- Bei der Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte will die Kommission ihre Entscheidungen künftig transparenter kommunizieren. Auch will sie konsequenter die Umsetzung von Maßnahmen prüfen, die von ihr gefordert wurden, um makroökonomische Ungleichgewichte, zum Beispiel im Außenhandel, zu beseitigen.

5. Einrichtung eines Europäischen Einlagensicherungssystems

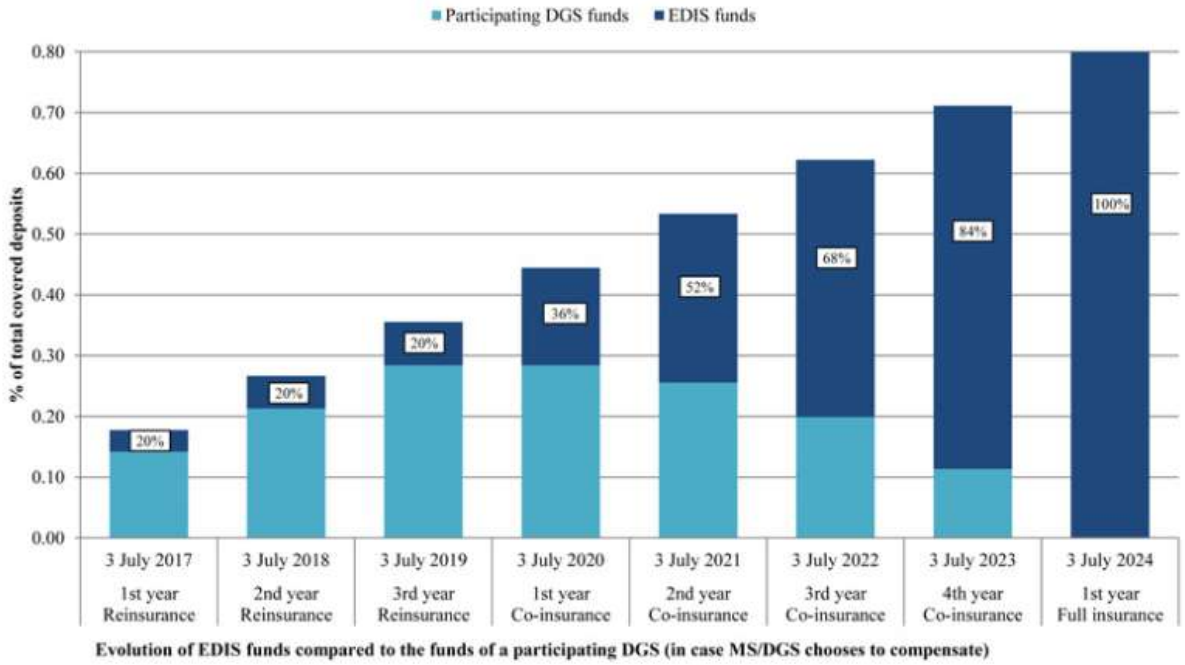
Der 5 Präsidentenbericht sieht die Einrichtung eines Europäischen Einlagensicherungssystems (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) als dritte Säule der Bankenunion vor. Ziel ist die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Bankensystems, denn die bestehenden bzw. in Errichtung befindlichen nationalen Einlagensicherungssysteme sind gegenüber regionalen krisenhaften Entwicklungen anfällig. Die Errichtung von EDIS soll gemäß dem Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission in drei Phasen beginnend ab 2017 erfolgen.



Quelle: Europäische Kommission, 2015

In der ersten Phase werden die nationalen Einlagensicherungssysteme über das EDIS rückversichert, das nach Ausschöpfung des nationalen Systems zusätzliche Mittel bereitstellt, die der Höhe nach begrenzt sind. Nach drei Jahren kommt es zu einem System der Mitversicherung. In dieser zweiten Phase übernimmt das EDIS einen Teil der Kosten ab dem Zeitpunkt ab dem Bankeinleger zu entschädigen sind. Die Kostenübernahme ist anfänglich auf 20 % beschränkt und steigt sukzessive an. Nach 5 Jahren, 2024, übernimmt das EDIS 100 % der Kosten, womit ein System der Vollversicherung implementiert ist.

Die Finanzierung des EDIS erfolgt durch direkte Bankbeiträge in den Europäischen Einlagensicherungsfonds. Dieser soll sich mit 2024 auf 0,8 % der gesicherten Einlagen aller Banken der Bankenunion belaufen. Für die Banken fallen keine zusätzlichen Kosten an, da die Beiträge ins EDIS von den Beiträgen zum nationalen Einlagensicherungssystem abgezogen werden können.



Quelle: Europäische Kommission, 2015

Die Risikoteilung im EDIS soll von einer Risikoreduktion im Bankensektor begleitet werden. Eine Risikoreduktion bedeutet u.a. eine konsequente Umsetzung von Bankenabwicklungsvorschriften durch die Mitgliedstaaten. Dazu gehören v.a. auch die Vorschriften zum „bail in" von privaten Investoren bei der Abwicklung bzw. Rekapitalisierung von Banken. Augenmerk soll auch auf die aufsichtsrechtliche Behandlung der Risikopositionen von Banken gegenüber Staaten gelegt werden (‚sovereign exposure').

IWF: Präsentation des IMF Regional Economic Issues Report for CESEE (REI) in der OeNB[22]

Am 13. November 2015 präsentierte der IWF seinen Regional Economic Issues Report (REI) für die CESEE-Länder vor einem ausgewählten Fachpublikum aus dem Wirtschafts- und Finanzwesen sowie Medienvertretern in der OeNB. Dieser Event stellte zugleich auch den offiziellen Launch dieses REI Reports dar, der erst zeitgleich zur Präsentation in der OeNB auf der Homepage des IWF publiziert wurde.

Die Präsentation wurde von Gouverneur Nowotny, der die Bedeutung der CESEE Region für Österreich betonte, eröffnet.

Jörg Decressin, Deputy Director des European Departments des IWF, analysierte in seiner Präsentation die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte einzelner CESEE-Länder, während Johannes Wiegand, Deputy Chief der Emerging Economies Division des European Departments des IWF, in seiner Analyse die verschiedenen Szenarien zur Budgetkonsolidierung in den CESEE-Ländern darstellte. Anna Ilyina, Chief der Emerging Economies Division des European Departments des IWF, präsentierte weitere wirtschaftspolitische Entwicklungen in einzelnen CESEE-Ländern. Im Anschluss an die Präsentationen des IWF fand in einer offenen Diskussion ein reger Meinungsaustausch statt.

Die wichtigsten Aussagen der Diskussion sind:

- *Während die meisten CESEE-Länder ein gesundes Wachstum verzeichnen, sehen sich Russland und andere GUS-Länder mit großen wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert.*
- *Positives Wachstum in 2016: Das Wirtschaftswachstum in der gesamten CESEE-Region wird 2015 um 0,6% schrumpfen, sich aber im Jahr 2016 um 1,3% erhöhen.*
- *Zunahme der Abwärtsrisiken durch:*
  - *China*
  - *Flüchtlingskrise*
- *Die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte hängen davon ab, wie weit die einzelnen Länder in ihrer Krisenbewältigung vorangeschritten sind.*
- *Viele CESEE-Länder verzeichnen bereits Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen.*
- *Notwendigkeit von Fiskalreformen, um das Wachstum der CESEE-Länder langfristig zu stärken.*

Positive growth in 2016

When starting the presentation, Mr. Decressin explained that the 2015 GDP growth forecast for CESEE remains broadly unchanged since the REI publication of May 2015[23], but there are notable **shifts in the contribution of countries**: Growth was revised up in CEE and SEE, kept unchanged in Russia and Turkey, and revised down in the Baltics and other CIS countries. Hence, most CESEE countries are growing at a healthy pace, whereas Russia and other CIS economies are facing significant economic challenges and are in recession.

However, **stabilization is expected for 2016**, as the Russian economy adjusts to low oil prices and sanctions: The CESEE region as a whole is set to contract by 0.6% in 2015, but to

[22] Autorin: Christina Lerner (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen).

[23] The semiannual IMF CESEE REI assesses the macroeconomic outlook for CESEE in light of the latest global economic and financial developments and **covers more than twenty countries, including Central and Eastern Europe (CEE), Southeastern Europe (SEE), the Baltic region, the Commonwealth of Independent States (CIS), and Turkey**.

expand by 1.3% in 2016. The growth divergence among CESEE countries is mainly driven by different levels of domestic demand, and partly spurred by payouts from EU structural and cohesion funds. Also the rates of inflations differ among the countries, with very low inflation prevailing in many economies.

New risks to the outlook

However, the balance of risks has shifted to the downside, as **China's** slowdown and the ongoing **refugee crisis** represent new risks. Mr. Decressin highlighted that it now depends on European politics whether the refugee crisis constitutes more a downside than an upside risk, as in the medium-term the increased spending might boost growth.

According to Mr. Decressin, **policy priorities** depend on how far along the economies are in the postcrisis adjustment and on their exposure to external risks: Where the recovery is well advanced, the focus should be on implementing structural reforms and rebuilding fiscal buffers, while in case of economies in recession, fiscal policy should aim at supporting domestic demand, and monetary policy should address inflation where it is high. In addition, countries vulnerable to external shocks (as for instance Turkey) need to be prepared to deal with market pressures by using exchange rate flexibility as a shock absorber alongside macroprudential policies to contain the buildup of financial sector risks.

Growth-friendly consolidation and budget reform are necessary

Mr. Wiegand then elaborated on **fiscal consolidation in CESEE** and its long-term impact on growth: As large fiscal challenges remain in CESEE, lifting potential growth is a key medium-term goal for CESEE countries.

Mr. Wiegand highlighted that the growth friendliness of government budgets remains a key policy challenge: Most CESEE economies had entered the global financial crisis with **growth-unfriendly budgetary structures**: on the spending side, budgets were characterized by high public consumption and large unproductive transfers, whereas on the revenue side, they showed a disproportionate reliance on labor taxes, notably social security contributions.

Hence, in the aftermath of the global financial crisis, economies in CESEE came under pressure to correct external and internal imbalances, as the global financial crisis forced sharp, pro-cyclical fiscal adjustments on many CESEE countries.

As **regards budget structures**, Mr. Wiegand stated that intra-CESEE differences are modest and that they resemble more those of advanced Europe than of other emerging economies. However, since the global financial crisis, the budget structure has **changed markedly and has generally improved**: governments came under pressure to consolidate the public finances, which tended to have a positive impact on the quality of budgets. Growth-friendly consolidation and budget reform is critical to strengthen long-term growth prospects. However, fiscal consolidation has not yet run its course, with sizeable **adjustment needs remaining, especially in SEE**, where the budgetary situation has deteriorated. In contrast, the expenditure structure of Baltic and CEE countries has improved, as they have cut current spending.

According to Mr. Wiegand, **key policy priorities** should include reducing unproductive transfers while protecting productive spending on health, education and public infrastructure, reforming public employment, leveraging access to EU funds and shifting taxation from income to consumption: Growth friendly consolidation and budget reform is critical to strengthen long-term growth prospects in CESEE.

Boosting EU Competitiveness – The Role of the CESEE Countries: Conference on European Economic Integration (CEEI) am 15./16. Oktober 2015 in Warschau[24]

- *Die europäische Wettbewerbsfähigkeit und ihre zahlreichen Facetten – preisliche und nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit, Innovationspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Strukturpolitik sowie die Einbindung in globale Produktionsnetzwerke – standen im Mittelpunkt der Conference on European Economic Integration (CEEI) 2015, die als gemeinsame Veranstaltung mit der Conference on the Future of the European Economy (CFEE) 2015 der polnischen Notenbank in Warschau stattfand. Die inhaltliche Konzeption erfolgte in enger Zusammenarbeit der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB und der Narodowy Bank Polski. Mit Hauptaugenmerk auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) wurde insbesondere der Beitrag dieser Region zum gesamteuropäischen Wachstum diskutiert.*
- *Neben hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Notenbanken von Estland, Kroatien, Polen und Slowenien trugen u.a. Prof. Beata Javorcik (University of Oxford), Prof. Michael Landesmann (wiiw), Prof. Peter Sinclair (University of Birmingham) Prof. Hylke Vandenbussche (Katholieke Universiteit Leuven), Prof. Linda Yueh (London Business School) sowie hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission, der Weltbank, des IWF und internationaler Think-Tanks zur Diskussion bei.*
- *Im Rahmen der CEEI/CFEE 2015 wurden außerdem die diesjährigen Gewinnerinnen und Gewinner des Olga Radzyner Awards (je 1 junge Ökonomin aus Kroatien, der Slowakei, der Ukraine und Ungarn) und des Franz-Weninger-Stipendiums (3 junge Ökonomen der Universität Wien) ausgezeichnet.*
- *An der CEEI 2015 nahmen ca. 260 Personen aus rund 30 Ländern teil; 21 Notenbanken und 14 Botschaften waren teils höchstrangig vertreten. Weiters nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission, der EBRD, der EIB, des IWF, der OECD, der Weltbank und der WTO an der Konferenz teil.*
- *Anlässlich des Jubiläums „200 Jahre OeNB" veranstaltet die OeNB am 13./14. September 2016 in Wien eine gemeinsame Konferenz mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit dem Titel „Central banking in times of change". Die CEEI-Reihe setzt 2016 aus.*
- *Die Konferenzbeiträge der CEEI 2015 sind unter http://www.nbp.pl/homen.aspx?f=/badania/konferencje/2015/IM/main.html verfügbar.*

Hauptaussagen der CEEI 2015

Die demographische Entwicklung wird eine Herausforderung für das Wirtschaftswachstum in Europa und insbesondere in CESEE darstellen (Bas Bakker), ebenso Migration, die zukünftige Ausgestaltung von Arbeitsverträgen und die weiteren Schritte im EU-Integrationsprozess (Iain Begg). Strukturreformen wirken lediglich langfristig, sind jedoch nötig; besonders vielversprechend sind Produktmarktreformen (auch im Dienstleistungssektor), Bildungs- und Steuerreformen (Boris Vuj i).

[24] Autorinnen: Maria Silgoner, Susanne Steinacher, Julia Wörz (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

Konvergenz ist ein wichtiges Element der europäischen Integration; gleichzeitig stellen externe Ungleichgewichte, die als Folge des Konvergenzprozesses entstanden sind, eine große Herausforderung für die europäische Integration dar (Michael Landesmann). Derzeit manifestiert sich eine Schwäche des Sektors der handelbaren Güter in Form eines „strukturellen" Ungleichgewichts. Die beobachtbare reale Aufwertung der CESEE-Währungen ist eher als Folge des außenwirtschaftlichen Erfolgs dieser Länder zu interpretieren und daher nicht als Ursache für kurzfristige Handelsbilanzveränderungen zu verstehen. Zukunftsoptionen liegen in der Spezialisierung auf Güter mit höheren Nachfrageelastizitäten, im Ausbau der Exportkapazität und in der Diversifizierung der Exportstruktur, um die Schockanfälligkeit zu verringern.

Europa steht vor der Herausforderung, neue und nachhaltige Quellen für das Produktivitätswachstum zu erschließen. Direktinvestitionen waren bisher ein treibender Faktor des Produktivitätswachstums in CESEE, hauptsächlich in der Sachgüterproduktion und im Einzelhandel. In Zukunft ist es wichtig, Direktinvestitionen auch im Bereich Forschung und Entwicklung zu fördern (Beata Javorcik).

Innovation findet nicht nur in Hochtechnologiesektoren statt, auch in traditionellen Sektoren ist ständige Innovation wichtig (Dan Breznitz). Innovation bedeutet auch, Fehler zuzulassen, Experimente einzugehen. Wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Innovation: fähige und gut ausgebildete Arbeitskräfte, langfristige Strategien, Konzentration auf die Stärken der eigenen Volkswirtschaft, Nutzung der komparativen Vorteile des privaten und des öffentlichen Sektors (Uri Gabai).

Mit den neu geschaffenen nationalen Ausschüssen für Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum würde ein wichtiges Element des Fünf-Präsidenten-Berichts umgesetzt (Detlef Eckert). Ein wichtiges Element darin ist der soziale Dialog; die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit soll nicht ein „race to the bottom" in der EU auslösen, sondern für Investitionen in Qualität sorgen (gute Löhne für gute Produkte). Auf europäischer Ebene ist es jedoch schwierig, eine einheitliche Politik für unterschiedliche EU-Mitgliedsländer zu finden (Peter Sinclair).

Strukturreformen sind meist unpopulär und werden daher erst unter großem Druck (Finanzmarkt, Arbeitslosigkeit, Anpassungsprogramm) forciert (Zsolt Darvas). Während die EU insgesamt eine hohe externe Wettbewerbsfähigkeit aufweist (Marktanteile, Leistungsbilanz), sinkt die interne Wettbewerbsfähigkeit (Produktivität) stetig. Wichtige Integrationsschritte (Binnenmarkt, Euro, Lissabonprozess, Europa 2020) konnten nicht die erhofften Ergebnisse liefern (Daniel Gros). Für CESEE-Länder birgt ein Beitritt zum Euroraum daher nicht nur Chancen, sondern auch ein Risiko für Ungleichgewichte (Michał Rubaszek).

Europa ist einer der am stärksten in globale Produktionsnetzwerke integrierten Wirtschaftsräume. Innerhalb der EU ist die Integration besonders stark, v.a. die Achse Deutschland-CESEE ist stark ausgeprägt. Dies geht mit einer zunehmenden Spezialisierung auf hochqualifizierte Tätigkeiten einher (Filippo di Mauro). Die wissenschaftliche Analyse sollte sich jedoch auch verstärkt der Bedeutung von fragmentierten Produktionsprozessen innerhalb eines Landes widmen. Die Integration und Vernetzung von Firmen im Inland ist eine wichtige und unerlässliche Voraussetzung für globale Integration (Robert Koopman). Chinas wirtschaftliche Transformation hatte enorme Auswirkungen auf die globalen Produktionsnetzwerke und den Welthandel; ebenso ist China gemessen an seiner wirtschaftlichen Größe ein extrem offenes Land. Die chinesischen Behörden werden auch in Zukunft auf den Außenhandel als Wachstumstreiber bauen, weshalb unter Umständen aggressive Strategien zu erwarten sind (Linda Yueh).

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU[25] und international[26] vom 16. Oktober bis 26. November 2015

1) EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
15. Oktober 2015	ER	Hauptthemen des Europäischer Rats waren: o UK Referendum: Der britische Premierminister Cameron erläutert seine Pläne für ein Referendum im Vereinigten Königreich (Verbleib/Austritt). Beim Dezember-ER soll ein Papier über konkrete UK Anliegen vorgelegt werden. Datum des Refenderums wurde erst mit Ende 2016 oder 2017 avisiert. o 5 Präsidentenpapier: Der ER hat eine Bilanz der Beratungen über den Bericht der 5 Präsidenten zur Vollendung der WWU gezogen. Die Staats- und Regierungschefs wollen beim Dezember-ER über die Vollendung der WWU weiter beraten. Betont wird, dass die Bankenunion dringend vollendet werden muss. Bei diesem ER stand auf Grund der Dringlichkeit die Migrationsproblematik im Mittelpunkt der Diskussionen, und es gab deswegen keine substanzielle Debatte zum 5 Präsidentenpapier.
21. Oktober 2015	EK	Kommission ergreift konkrete Maßnahmen zur Stärkung der WWU EK beschließt im Rahmen ihrer Kollegiumssitzung ein konkretes Maßnahmenpaket zur Stärkung der WWU (Umsetzung der Stufe 1 und Vorbereitung der Stufe 2 des Berichts der 5 Präsidenten). Diese EK Vorschläge sollen im Rahmen der bestehenden Verträge realisiert werden und beim ER im Dezember im Detail diskutiert werden. Gegenstand des Pakets sind insbesondere: o Vollendung der Bankenunion o Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit o Einrichtung eines beratenden Fiskalausschusses o Einheitliche Außenvertretung des Euroraums
27. Oktober 2015	EK	Veröffentlichung des Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission: Konzentration auf 10 Prioritäten und deren Umsetzung Im Zentrum des Arbeitsprogrammes der Kommission für 2016 stehen Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen, ein digitaler und vertiefter Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis, eine

[25] Autorin: Sylvia Gloggnitzer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

[26] Autor: Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion, das Freihandelsabkommen mit den USA, ein auf Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte, Migration, mehr Gewicht auf internationaler Bühne sowie eine Verbesserung der Rechtssetzung in der EU.
9. November 2015	Eurogruppe	Im Mittelpunkt der Eurogruppen Diskussion standen folgende Themen: o Griechenland: Diskussion über aktuelle Entwicklungen und die Verzögerung bei der Umsetzung des ESM-Programmes der für Mitte Oktober vereinbarten Meilensteine. Von der genehmigten 1. Tranche in der Höhe von 16 Mrd EUR (zzgl. 10 Mrd EUR für die Banken) wurden 3 Mrd EUR noch nicht ausbezahlt. o Spanien: Im Rahmen der Post-Programm-Überwachung Spaniens zeigte sich eine Stabilisierung des Bankensektors sowie erste Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs. Die niedrigere Risikoprämie bedeutet auch ein geringes Rückzahlungsrisiko für die noch ausstehenden Darlehen vom ESM. Spanien muss aber weiterhin am Reformkurs festhalten. o Vollendung der WWU: Gedankenaustausch zum 5 Präsidentenbericht.
10. November 2015	ECOFIN Rat	Hauptthemen des ECOFIN Rats waren: o Dialog mit den Finanzministern der EFTA-Länder: Schwerpunktthema ist die Auswirkung von Strukturreformen auf das Wirtschaftswachstum. o Kapitalmarktunion: Zum Aktionsplan der Kommission liegen Schlussfolgerungen zu den kurz- und mittelfristigen Arbeitsschwerpunkten vor. Die Maßnahmen werden durch den ECOFIN-Rat begrüßt und gleichzeitig wird auf die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen verwiesen. o Bankenunion: Präsentation über den Stand der Umsetzung der mit der Bankenunion verbundenen Rechtsakte der „Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)“ und der Ratifikation des Intergouvernmental Agreement (IGA), wobei einige Länder bei der Umsetzung bzw. Ratifikation noch säumig sind. Österreich hat bereits die BRRD umgesetzt. Der Richtlinien-Vorschlag der Kommission soll noch Ende November vorgestellt werden. o Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen: Als Input für eine EU-Position werden ECOFIN Ratsschlussfolgerungen angenommen, wonach die Beitragsleistung der EU und der Mitgliedstaaten in der Höhe von 100 Mrd USD pro Jahr ab 2020 bestätigt wird. o Finanztransaktionssteuer: Informelles Treffen der elf teilnehmenden Mitgliedstaaten. Gearbeitet wird an einer Kompromisserzielung; Das Thema Finanztransaktionssteuer wird Tagesordnungspunkt auf dem Dezember-ECOFIN-Rat sein. Eine Einigung wird bis Ende 2015 angestrebt.
10. November 2015	ECON	I. Ad hoc Aussprache mit K. Regling, geschäftsführender Direktor des ESM:

		o Von fünf Programmländern des ESM sind vier Programmländer Erfolgsgeschichten. Spanien, Irland und Portugal haben ihre Programme abgeschlossen, Zypern wird voraussichtlich im März 2016 das Programm beendet haben. o Direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM: Ein entsprechendes Instrument gibt es im ESM. Dieses ist heute aber nicht mehr so zentral wie 2012 gedacht. Die Verbindung zwischen Staatsfinanzen und Banken ist in erster Linie durch das neue Abwicklungsregime (BRRD) gelöst. o Schuldentragfähigkeit Griechenland: Schulden sind für die nächsten 10 Jahre tragfähig. II. Ad hoc Aussprache mit J. Dijsselbloem, Präsident der Euro-Gruppe zu Griechenland – ESM-Finanzhilfe: o Die Verhandlungen zum 3. Griechenland Programm gestalten sich schwierig. Es gilt, den Bürokratieabbau voranzutreiben, die Korruption zu bekämpfen und eine unabhängige Steuerverwaltung aufzubauen.
12. November 2015	ECON	Geld- und Währungspolitischer Dialog mit M. Draghi o Preisstabilität: Normalisierung der Preissteigerungsraten könnte länger dauern als im März angenommen. Sollte das mittelfristige Preisstabilitätsziel gefährdet sein, dann werden alle verfügbaren Instrumente eingesetzt, um dem entgegenzuwirken. o Asset Purchase Programme (APP): Sollte es keine nachhaltige Verbesserung bei der Inflation geben, dann könnten auch noch nach September 2016 Käufe durchgeführt und andere Instrumente ergriffen werden, um die Wirkung des Programms zu erhöhen. o Kritik an Quantitative Easing (QE): Es gibt Risiken bei Banken aufgrund der niedrigen Profitabilität ebenso wie bei Versicherungen und Pensionsfonds. Das Mandat der EZB ist klar, es gilt in erster Linie die Preisstabilität zu sichern. Gegen „Blasenbildung“ in speziellen Marktsegmenten müssen makroprudenzielle Maßnahmen gesetzt werden. Positive Auswirkungen auf die Realwirtschaft von „QE – Maßnahmen“ sind zu beobachten. o Makroökonomische Anpassungsprogramme: Die EZB hat ihre Expertise in den Programmen von 5 Ländern eingebracht. Die Letztverantwortung für das Programmdesign und die Auszahlungen liegen bei der Eurogruppe. Aufgabe der EZB ist es, Liquidität bereitzustellen.

2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
13. November 2015	IWF	SZR Währungskorb Der IWF-Stab definiert die chinesische Währung (Renminbi, RMB) als *„freely usuable“* im Sinne der Articles of Agreement und schlägt die Einbeziehung des RMB als fünfte Währung in den SZR-Währungskorb vor (Das Exportkriterium wird schon seit längerem erfüllt.) Die EU nimmt zum IWF-Vorschlag eine grundsätzlich positive Haltung ein. Die endgültige Entscheidung erfolgt im IWF-Exekutivdirektorium (nächste Sitzung: 30. November 2015).
13. November 2015	IWF	Irland – 4. Post-Program Monitoring (Voraussichtliches) Wachstum des realen BIP 2015 + 6 % (höchste Wachstumsrate in der EU). Steigende Einnahmen führen per Ende 2015 trotz erhöhter Ausgaben zu einem (prognostizierten) Rückgang der Schuldenquote auf 98 %. Anhaltende Fiskaldisziplin soll in den kommenden drei Jahren zu einem ausgeglichenen strukturellen Budgetsaldo und in weiterer Folge sinkenden Schuldenquoten führen. Die Budgetgebarung soll wachstumsfreundlich gestaltet werden. Weitere Anstrengungen im Bereich der “Bank repair“ notwendig. Die Kreditvergabestandards sollen verbessert werden. Eine Veräußerung der Staatsanteile im Bankenbereich könnte zu einer signifikanten Reduzierung der Staatsverschuldung führen.
15./16. November 2015	G20	10. G20-Gipfel in Antalya Verabschiedung einer umfassenden Agenda der G20 Staats- und Regierungschefs (Umsetzung der bereits in der Vergangenheit getätigten zahlreichen Zusagen, Ankurbelung von Investitionen zur Stärkung des globalen Wachstums, Förderung der Inklusivität, etc.). Weitere behandelte Themen: Terrorismusbekämpfung, Klimaschutz, internationale Steuerpolitik, etc. Das 11. G20-Gipfeltreffen wird 2016 in Hangzou, China, stattfinden.

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 2. Dezember 2015

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1)]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	2,6	2,8	2,7	0,2	2,1	2,3	5,3	4,8	4,6	-4,0	-3,5	-3,2	105,3	104,4	104,1	-2,3	-2,4	-2,7
Japan	0,7	1,1	0,5	0,8	0,7	1,8	3,4	3,3	3,3	-6,6	-5,7	-5,1	247,4	247,4	247,5	2,3	2,8	3,1
China	6,8	6,5	6,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	4,0	4,2	4,0
Euroraum	1,6	1,8	1,9	0,1	1,0	1,6	11,0	10,6	10,3	-2,0	-1,8	-1,5	94,0	92,9	91,3	3,7	3,6	3,4
EU	1,9	2,0	2,1	0,0	1,1	1,6	9,5	9,2	8,9	-2,5	-2,0	-1,6	87,8	87,1	85,8	2,2	2,2	2,0
Österreich	0,6	1,5	1,4	0,9	1,8	2,0	6,1	6,1	6,0	-1,9	-1,6	-1,3	86,6	85,7	84,3	2,6	2,6	2,8
Deutschland	1,7	1,9	1,9	0,2	1,0	1,7	4,7	4,9	5,2	0,9	0,5	0,4	71,4	68,5	65,6	8,7	8,6	8,4
Vereinigtes Königreich	2,5	2,4	2,2	0,1	1,5	1,7	5,4	5,4	5,5	-4,4	-3,0	-1,9	88,3	88,0	86,9	-4,3	-3,9	-3,4
Polen	3,5	3,5	3,5	-0,6	1,4	1,9	7,6	7,2	6,8	-2,8	-2,8	-2,8	51,4	52,4	53,5	-0,5	-0,9	-1,5
Ungarn	2,9	2,2	2,5	0,1	1,9	2,5	7,1	6,7	6,2	-2,3	-2,1	-2,0	75,8	74,5	72,6	4,3	5,5	6,1
Tschechische Republik	4,3	2,2	2,7	0,4	1,0	1,6	5,2	5,0	4,8	-1,9	-1,3	-1,1	41,0	41,0	40,5	-2,5	-2,4	-2,1

Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom November 2015.

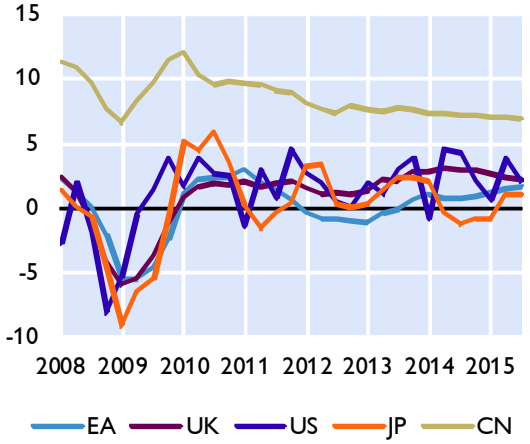
1) HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

Makroökonomische Indikatoren

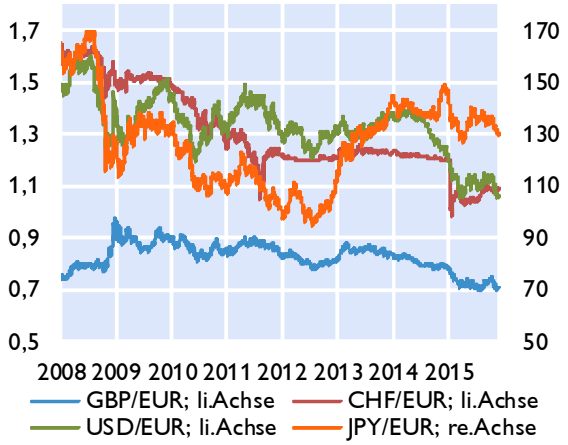
Seite 2

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

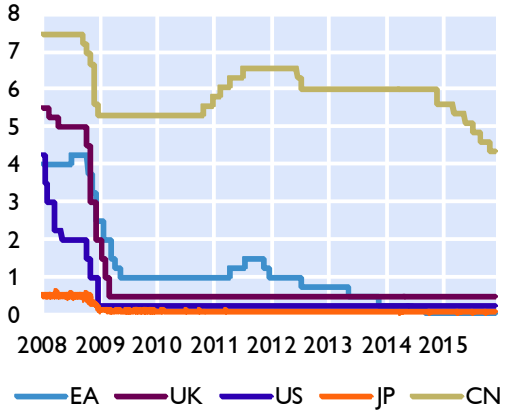


Wechselkurse zum Euro



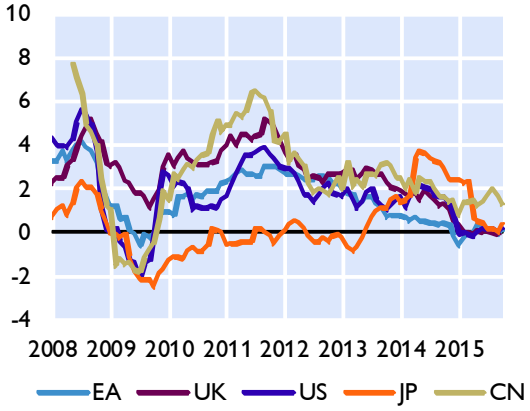
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



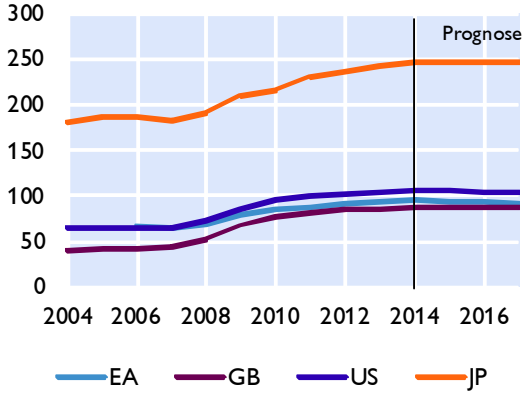
Verbraucherpreisindizes

in %



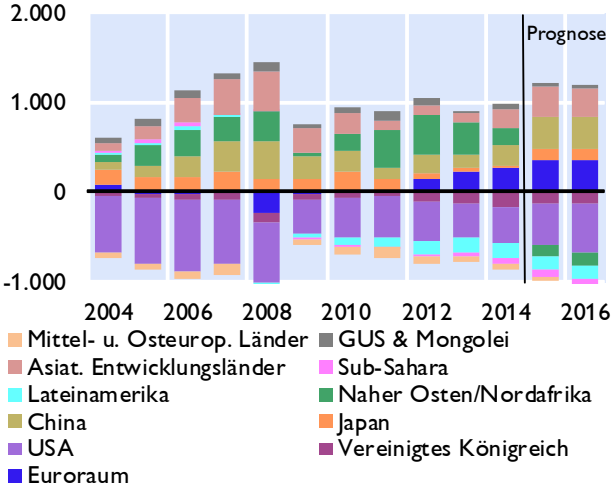
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD



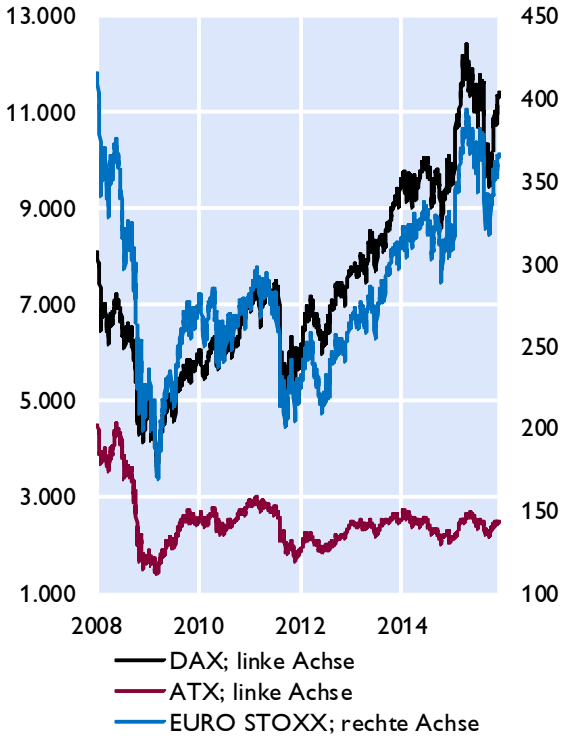
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen. Prognosen: EK Nov. 2015 und IWF WEO Okt. 2015.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Seite 3

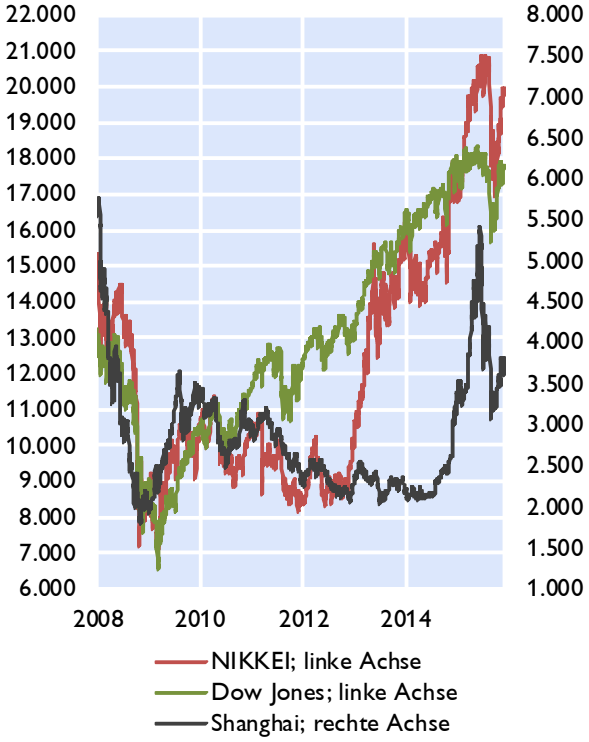
Aktienkurse - Europa

in Punkten



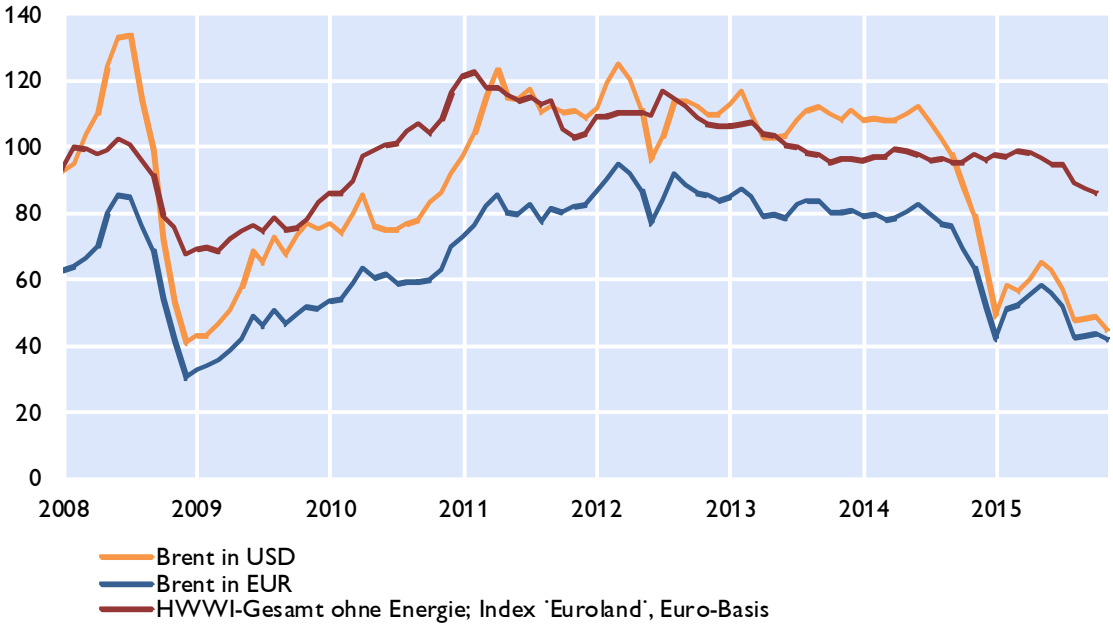
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2010=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD			IWF		EU-Kommission		
	September 2015			November 2015			Oktober 2015		November 2015		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP, real	1,4	1,7	1,8	1,5	1,8	1,9	1,5	1,6	1,6	1,8	1,9
Privater Konsum, real	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,5	1,7	1,7	1,5
Öffentlicher Konsum, real	0,7	0,8	0,7	1,2	1,1	1,0	1,0	0,6	1,0	0,8	1,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,1	3,4	3,9	2,1	2,6	3,4	2,1	2,6	2,3	3,0	4,4
Exporte, real	4,5	4,9	5,2	x	x	x	4,6	4,6	5,2	4,3	5,0
Importe, real	4,7	5,4	5,7	x	x	x	4,9	4,7	5,4	4,8	5,7
BIP Deflator	1,1	1,2	1,6	1,1	1,0	1,3	1,2	1,0	1,1	1,2	1,5
HVPI	0,1	1,1	1,7	0,1	0,9	1,3	0,2	1,0	0,1	1,0	1,6
Lohnstückkosten	1,0	0,6	1,1	0,9	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	1,1
Beschäftigte	0,7	0,8	0,8	0,9	1,0	1,1	1,0	0,9	0,9	0,0	1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition										
Arbeitslosenquote	11,0	10,6	10,1	10,9	10,4	9,8	11,0	10,5	11,0	10,6	10,3
	in % des nominellen BIP										
Leistungsbilanz	3,0	2,9	2,7	3,8	3,7	3,7	3,2	3,0	3,7	3,6	3,4
Öffentliches Defizit	-2,1	-2,0	-1,7	-1,9	-1,7	-1,0	-2,0	-1,7	-2,0	-1,8	-1,5
	Prognoseannahmen										
Erdölpreis in USD/Barrel	55,3	56,1	60,9	54,1	50,0	50,0	51,6	50,4	54,8	54,2	58,8
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0
USD/EUR	1,11	1,10	1,10	1,12	1,12	1,12	1,11	1,12	1,12	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP, real USA	x	x	x	2,4	2,5	2,4	2,6	2,8	2,6	2,8	2,7
BIP, real Welt	x	x	x	2,9	3,3	3,6	3,1	3,6	3,1	3,5	3,7
Welthandel	x	x	x	2,0	3,6	4,8	3,2	4,1	2,3	3,6	4,5

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2013	2014	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2015 Aug.	2015 Sept.	2015 Okt.	2015 Nov.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,3	0,4	0,2	-0,3	0,2	0,1	..	0,1	-0,1	0,1	. .
Kerninflation	1,1	0,8	0,7	0,6	0,8	0,9	..	0,9	0,8	1	. .
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,2	0,5	0,3	-0,2	0,4	..	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,2	1,2	1,2	0,8	0,7	..	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,6	1,5	1,3	1,4	1,4	..	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,4	0,3	0,1	0,5	0,7	..	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-0,2	-1,5	-1,9	-2,9	-2,1	-2,6	..	-2,6	-3,1	. .	. .
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	101,0	96,8	96,3	97,9	96,5	90,3	..	89,0	87	86,2	. .
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	82,1	74,5	61,2	48,5	56,5	45,7	..	42,7	42,8	43,5	42,04
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	109,0	99,3	76,6	54,6	62,5	50,8	..	47,5	48,0	48,9	45,08
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	-0,4	0,8	0,4	0,5	0,4	0,3 *)	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-0,6	1,0	0,6	0,5	0,4	..	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,2	0,6	0,2	0,6	0,3	..	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-2,4	1,2	0,6	1,4	-0,5	..	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	-0,7	0,8	0,4	0,7	0,0	..	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,4	0,0	0,0	-0,2	0,3	..	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	..	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	155,2	184,3	66,1	47,7	66,6	62,6	. .	10,8	20,5	. .	. .
Leistungsbilanz	176,7	210,8	69,8	81,1	79,0	73,5	. .	18,7	29,4	. .	. .
Leistungsbilanz in % des BIP	2,5	3,0	2,3	3,2	2,6	. .	. .	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	93,8	101,4	100,7	102,6	103,4	104,6	..	104,1	105,6	106,1	106,1
Industrievertrauen (Saldo)	-9,3	-4,2	-4,9	-4,0	-3,2	-2,9	..	-3,7	-2,3	-2,0	-3,2
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	49,6	51,8	50,5	51,4	52,2	52,3	..	52,3	52,0	52,3	52,8
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	106,8	108,0	104,5	107,2	108,2	108,3	..	108,4	108,5	108,2	109
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	-0,7	0,8	0,4	1,4	1,2	1,5	..	2,0	1,2	. .	. .
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-18,6	-10,0	-11,2	-6,3	-5,3	-7,1	..	-6,7	-7	-7,5	-5,9
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	-0,8	1,2	1,9	2,1	2,2	2,7	..	2,1	2,9	. .	. .
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	78,4	80,4	80,5	81,0	81,2	81,1	81,5	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	12,0	11,6	11,4	11,2	11,1	10,8	..	10,8	10,8	10,7	. .
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	-0,7	0,6	0,1	0,2	0,3	..	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	1,0	3,7	3,7	4,7	4,9	4,9	..	4,9	4,9	4,9	. .
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	5,0	4,9	. .	. .
Buchkredite an den privaten Sektor	-0,1	-0,3	-0,3	0,0	1,2	1,6	..	1,4	1,6	1,8	. .
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,25	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	..	0,05	0,05	0,05	0,05
3-Monats Zinssatz (%)	0,22	0,21	0,08	0,05	-0,01	-0,03	..	-0,03	-0,04	-0,05	-0,09
10-Jahres Zinssatz (%)	3,01	2,28	1,59	1,15	1,29	1,47	..	1,39	1,48	1,20	. .
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	2,79	2,07	1,51	0,99	1,29	1,50	..	1,42	1,52	1,25	. .
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	109,7	106,9	110,1	116,5	117,3	134,5	..	129,7	144,0	163,2	160,4
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	281,8	318,7	313,3	351,4	373,5	351,3	..	356,7	330,9	342,2	358,2
Wechselkurs USD je EUR	1,33	1,33	1,25	1,13	1,11	1,11	..	1,11	1,12	1,12	1,07
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	101,2	101,8	99,0	93,1	91,2	92,7	..	93,0	93,8	93,6	91,1
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	98,2	97,9	94,9	89,2	87,5	88,7	..	89,0	89,6	89,3	. .
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-3,0	-2,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	93,4	94,5	x	x	x	x	x	x	x	x	x

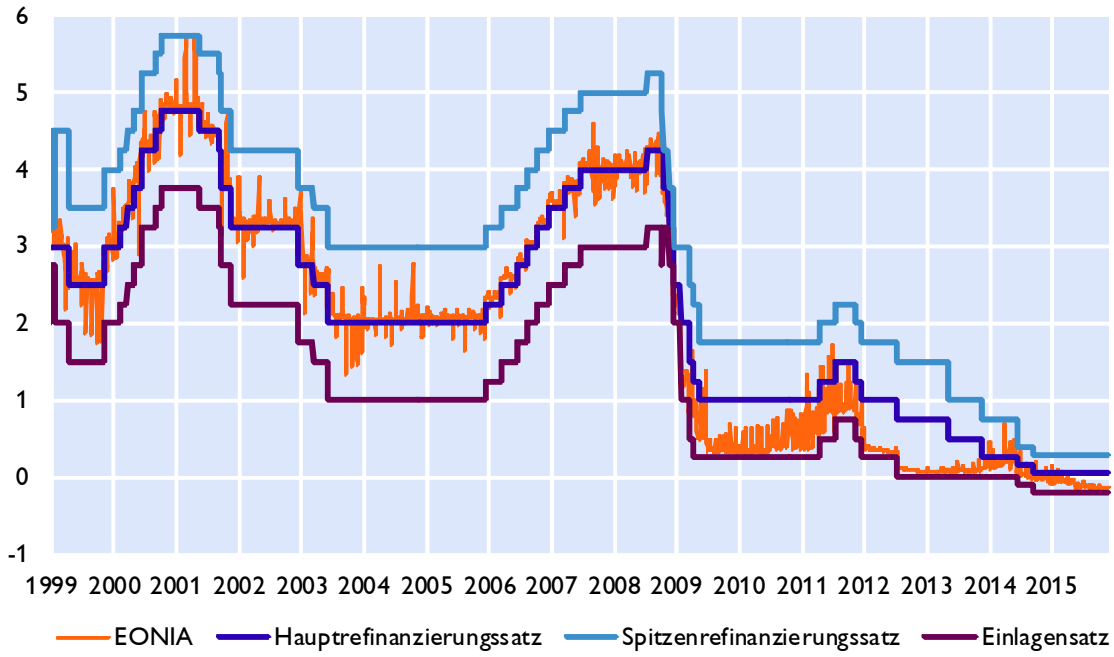
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

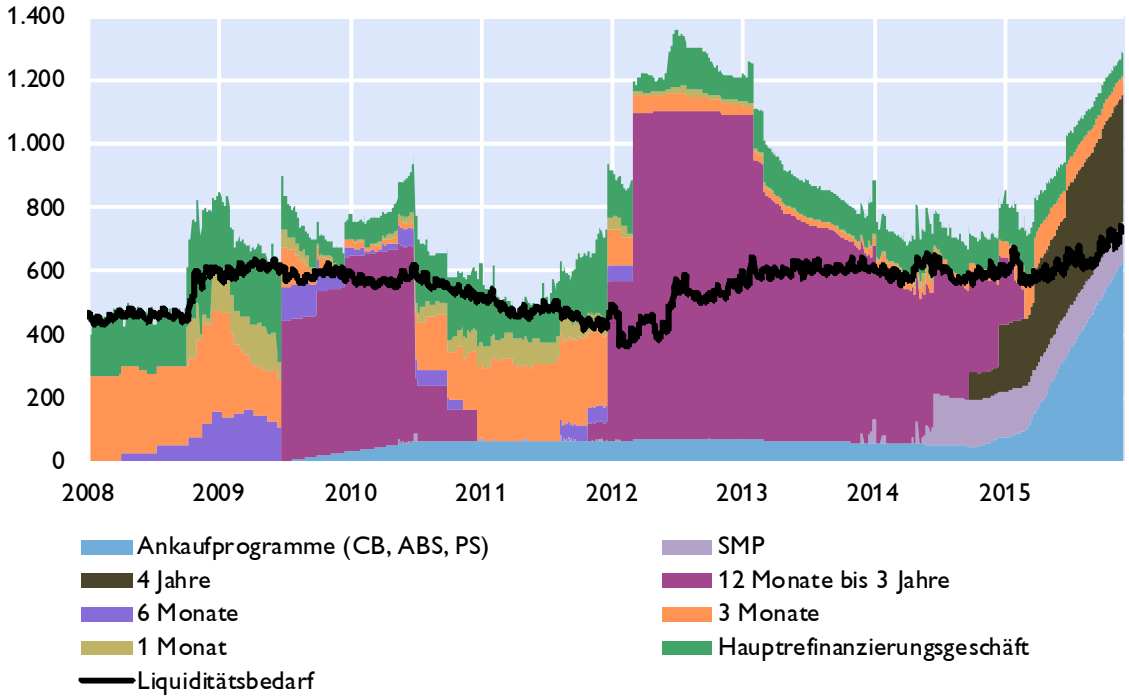
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

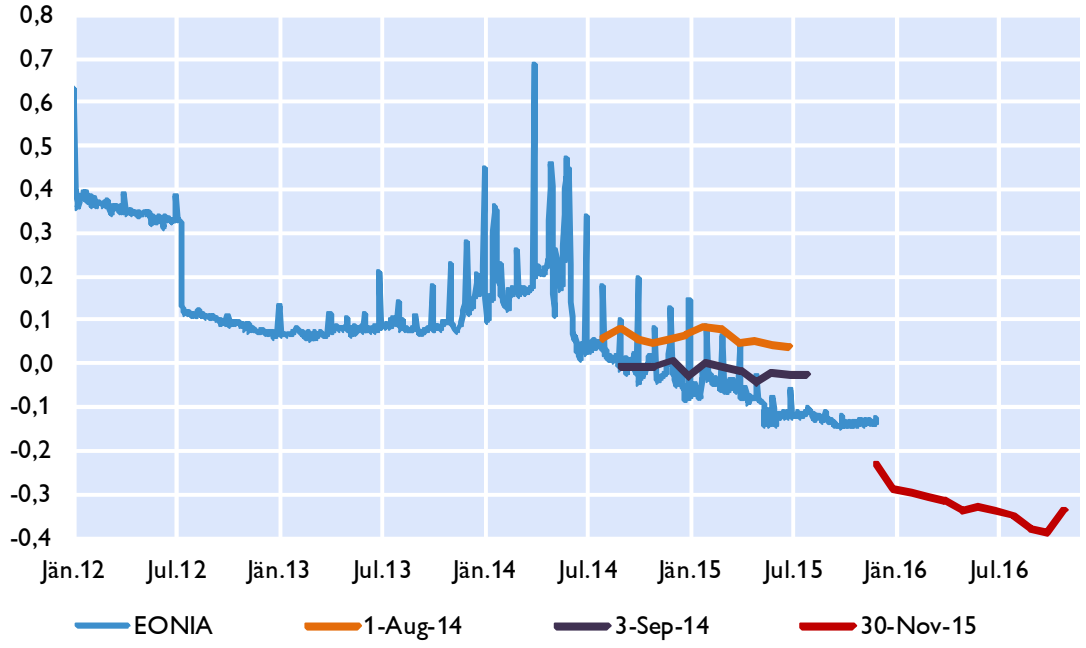


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

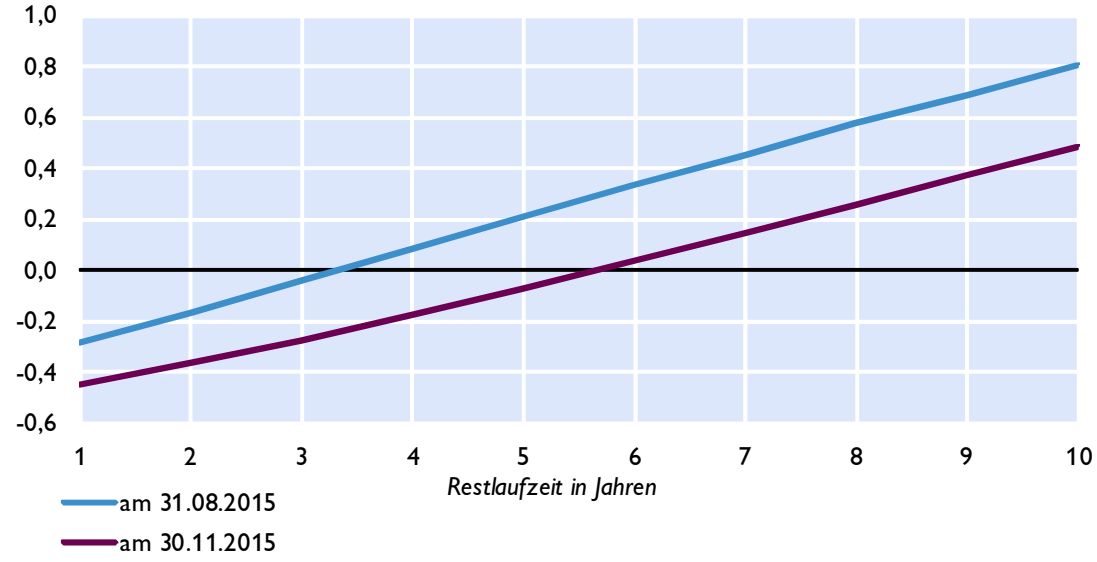
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

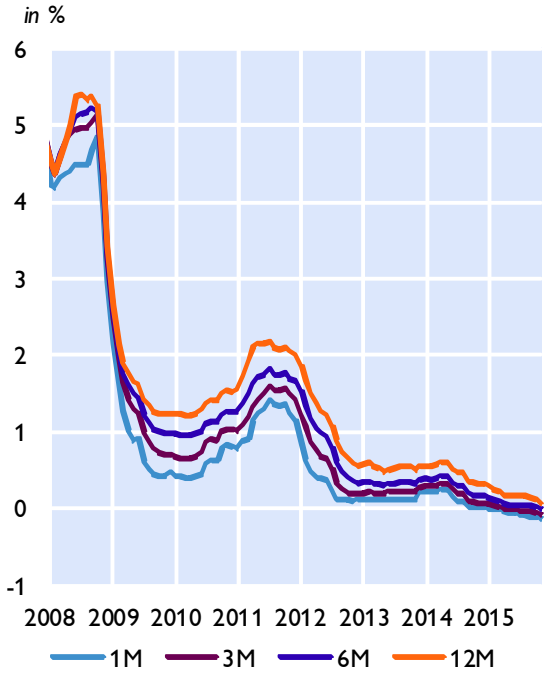
in %



Quelle: Thomson Reuters.

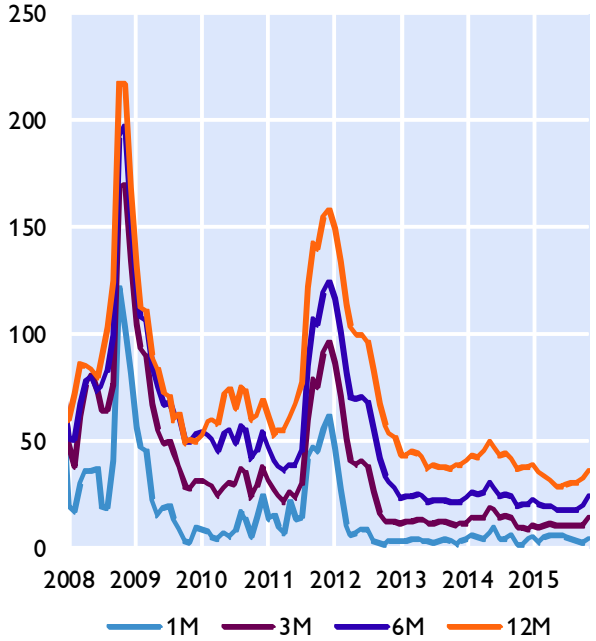
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



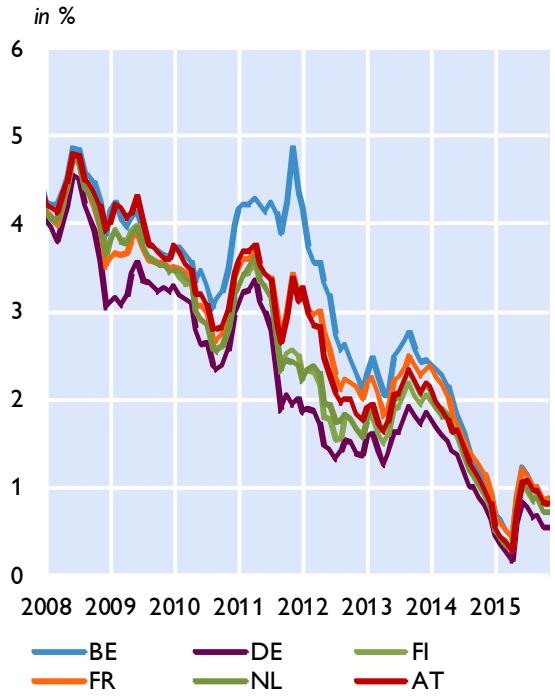
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EURO Overnight Index Swap in Basispunkten

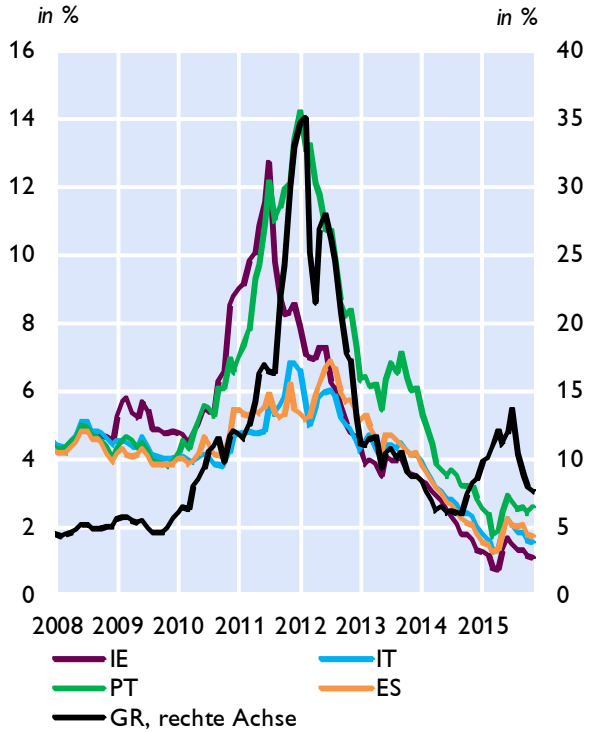


Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

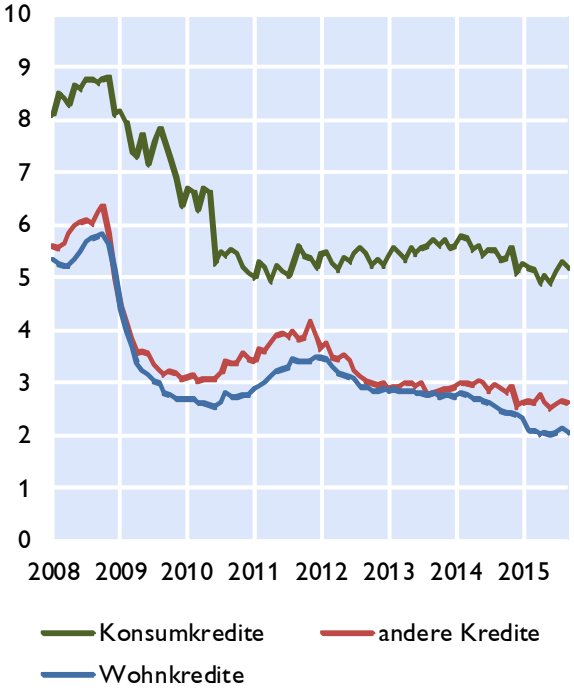


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

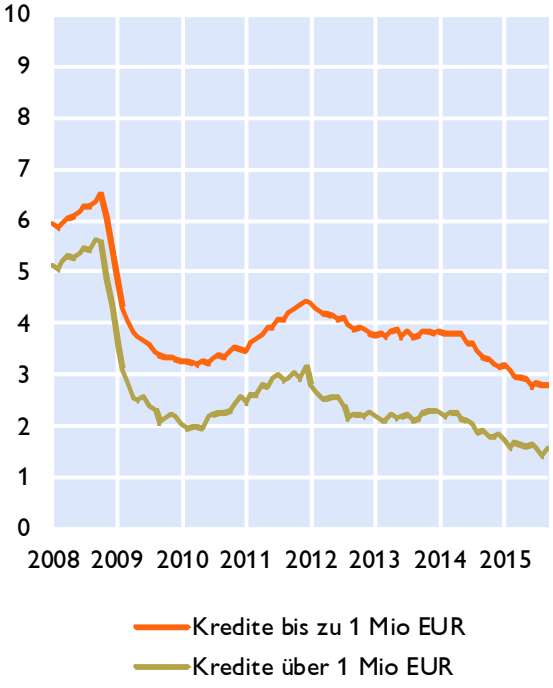
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



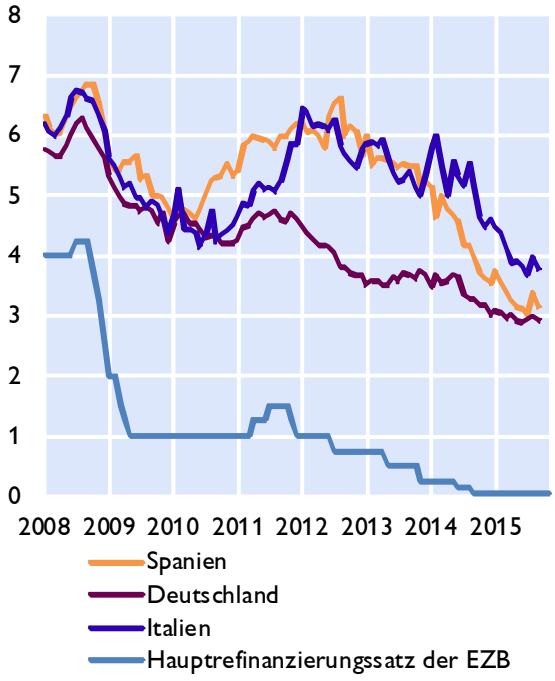
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



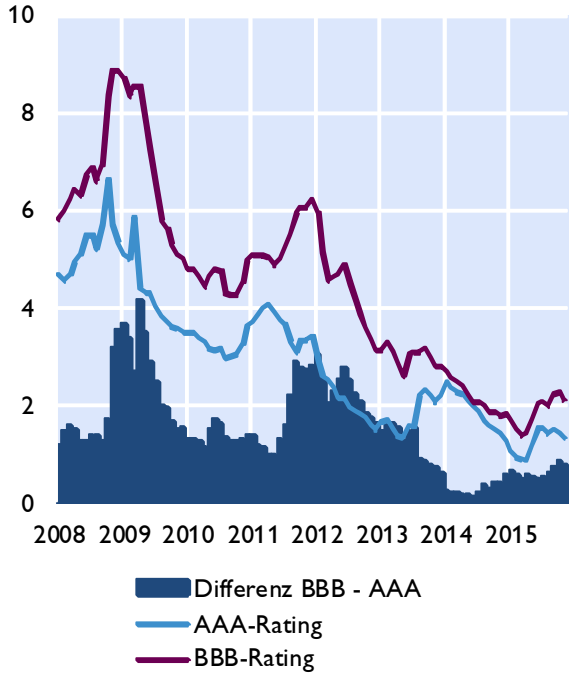
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

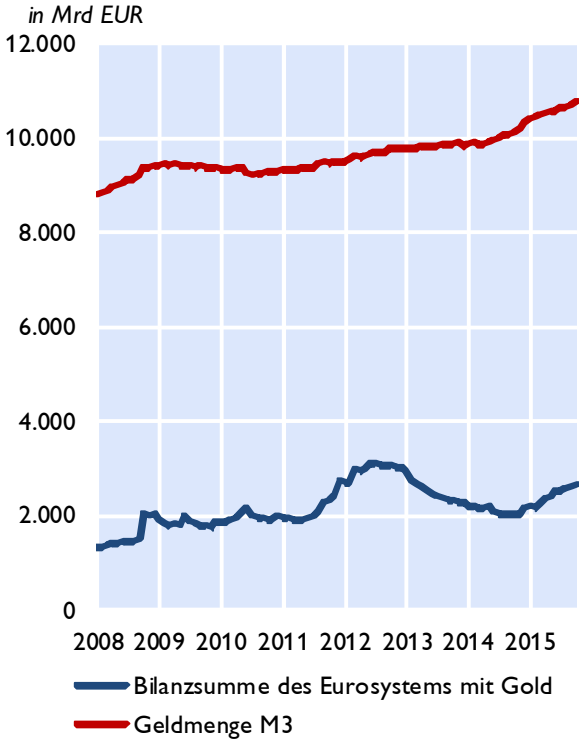
in %



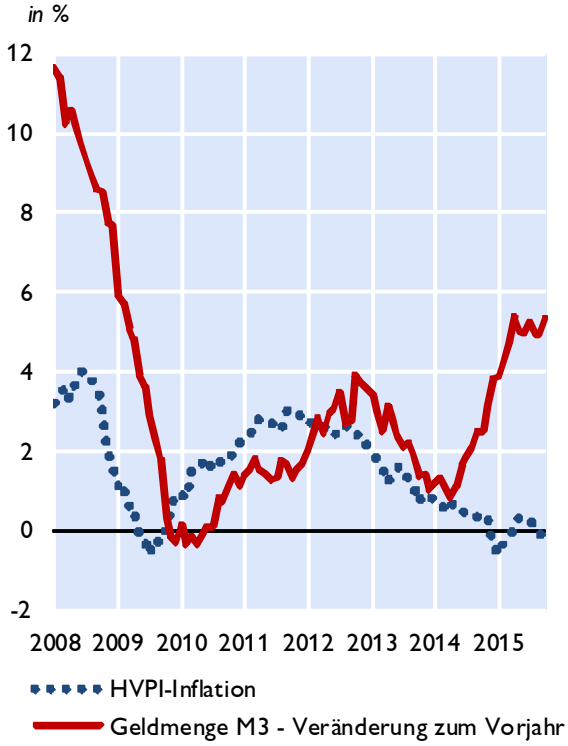
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

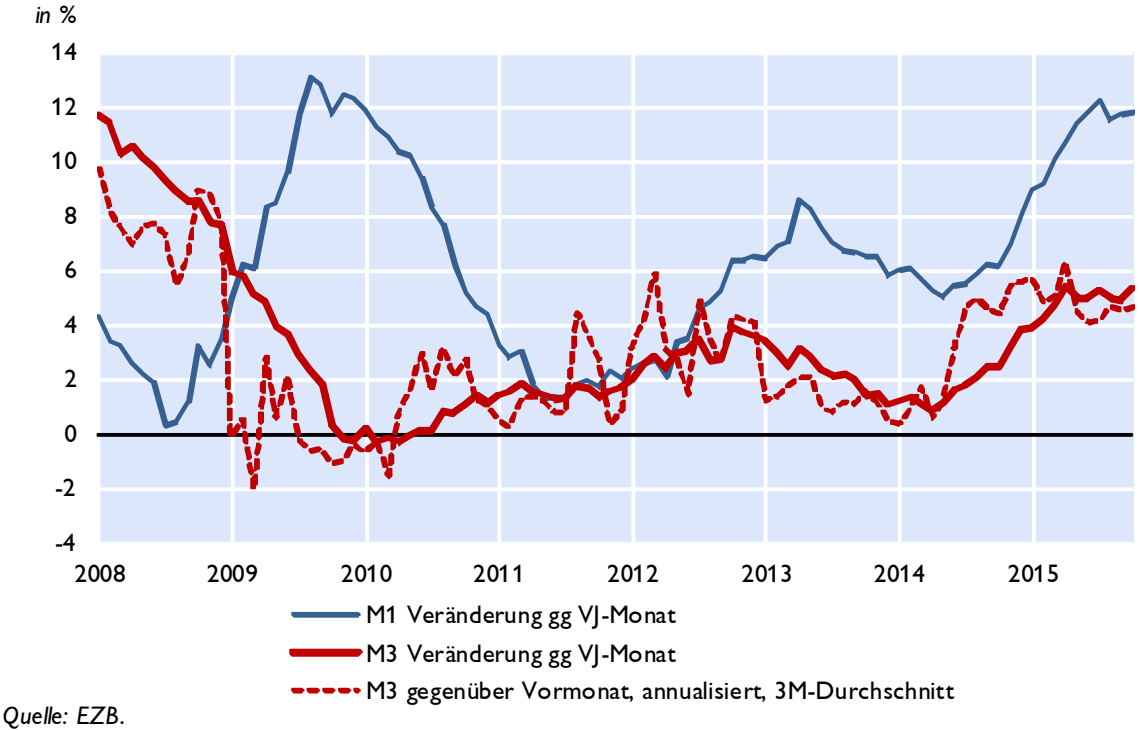
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

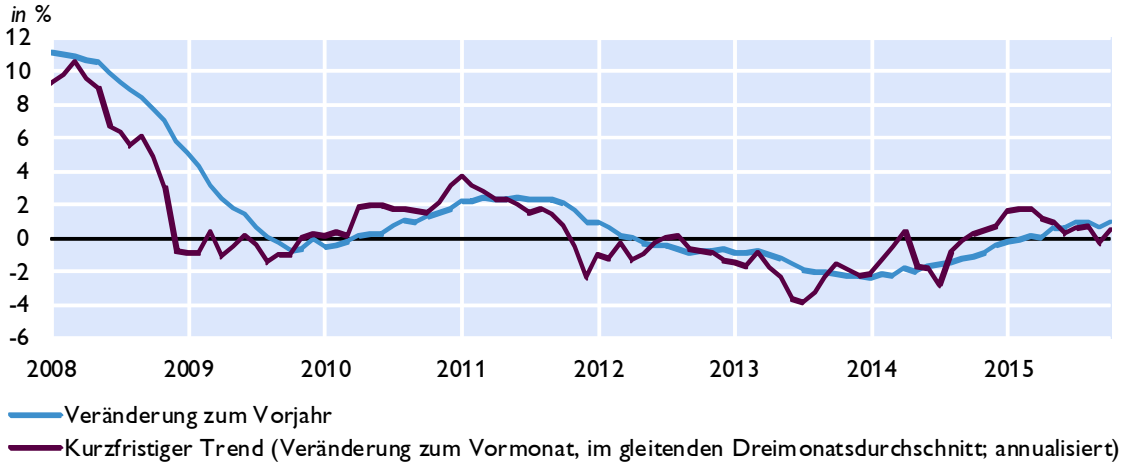
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

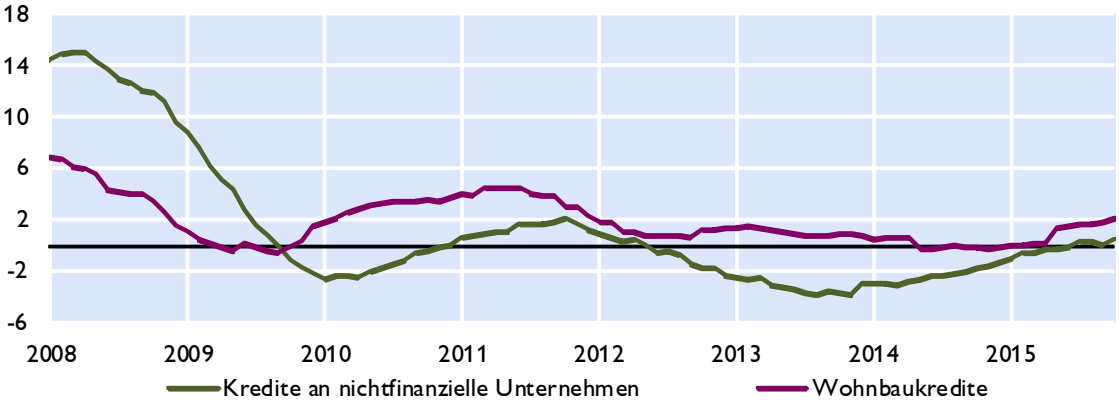
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2013	2014	Mai.15	Jun.15	Jul.15	Aug.15	Sep.15	Okt.15
Aktiva	Kredite	-2,0	-0,2	1,0	1,2	1,8	2,1	2,1	2,3
	Kredite an öffentliche Haushalte	-0,7	2,1	3,9	5,1	5,5	6,3	7,2	6,9
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-2,3	-0,8	0,2	0,1	0,7	1,0	0,7	0,9
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-2,3	-0,5	0,6	0,6	0,9	1,0	0,6	1,0
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-1,9	4,6	2,1	1,1	-0,2	0,0	-1,4	-0,8
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-11,6	-0,9	0,3	-0,5	0,3	1,3	-1,1	-0,2
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-1,2	-2,0	-2,9	-2,9	-2,9	-3,1	-3,3	-3,4

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



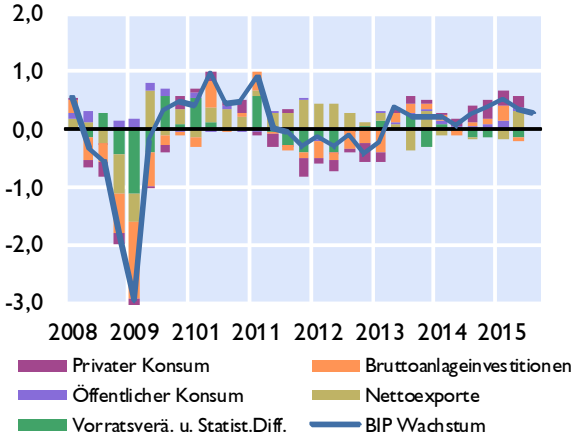
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

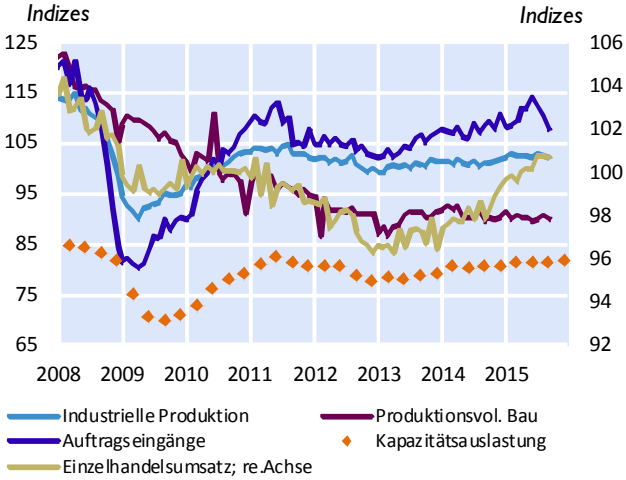
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

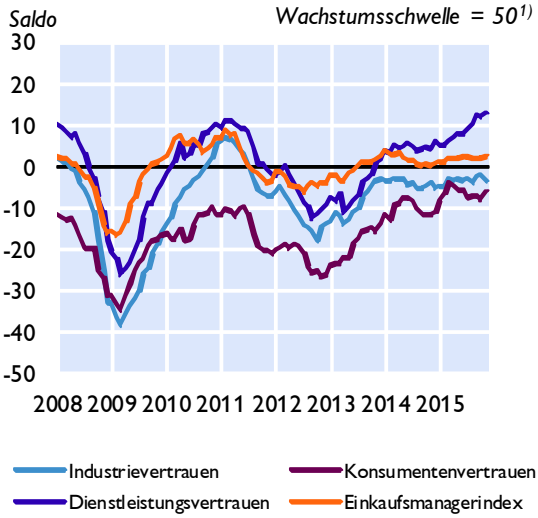
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



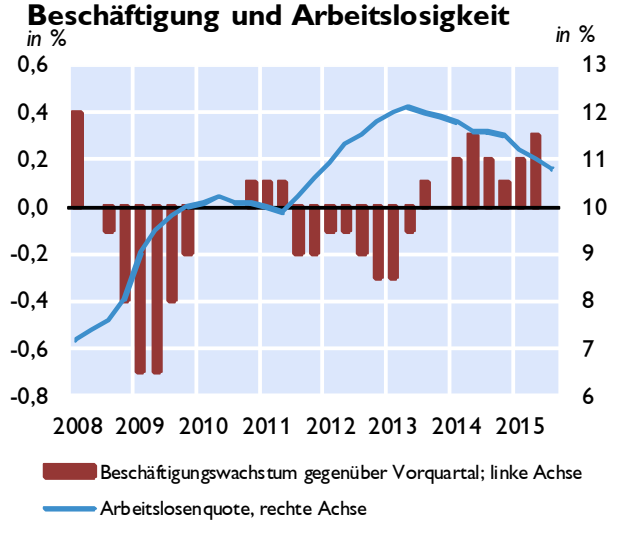
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2012	2013	2014	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	124,31	193,94	241,05	77,28	96,12	53,84	67,13	85,37
Güter	124,75	211,12	251,72	62,44	80,94	65,71	86,36	80,56
Dienstleistungen	59,03	68,48	71,51	22,84	14,50	7,94	19,44	16,47
Einkommen	75,04	56,44	57,98	16,77	32,50	29,94	-9,27	13,79
Laufende Transfers	-134,50	-142,11	-140,16	-24,77	-31,82	-49,75	-29,41	-25,44
Vermögensübertragungen	x	21,59	20,05	3,74	6,78	1,18	-27,59	4,73
Kapitalbilanz	x	320,54	303,10	107,83	59,97	37,55	24,30	66,62
Direktinvestitionen	x	-69,64	44,33	9,11	-10,94	107,51	-40,45	12,39
Portfolioinvestitionen	x	-9,65	72,76	114,37	91,23	-113,62	126,22	109,53
Finanzderivate	x	14,37	41,93	17,81	9,96	22,62	3,79	-4,64
Sonstige Investiitionen	x	380,75	139,71	-32,06	-33,14	15,30	-62,76	-53,34
Währungsreserven	x	4,71	4,37	-1,39	2,86	5,74	-2,50	2,68
Statistische Differenz	x	105,01	42,00	26,81	-42,92	-17,47	-15,24	-23,48
Leistungsbilanz in % des BIP[2)]	1,9	2,5	3,0	2,7	2,7	3,2	3,0	..

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

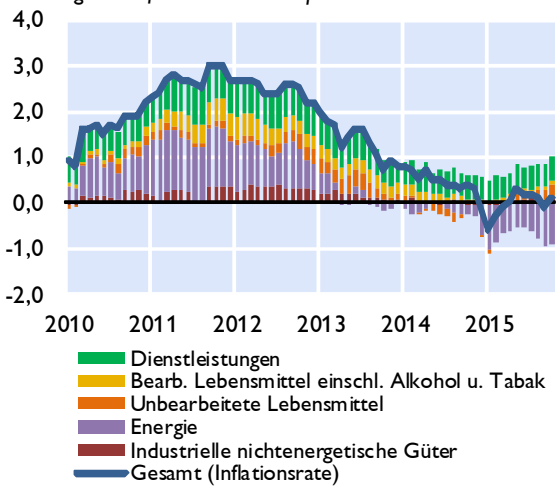
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2015	2013	2014	Jul.15	Aug.15	Sep.15	Okt.15
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	1,4	0,4	0,2	0,1	-0,1	0,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,6	2,4	-0,1	0,5	1,0	1,2	1,4
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	3,8	2,7	2,4	2,4	2,2	2,0
Bekleidung und Schuhe	6,2	0,4	0,3	0,5	0,2	0,0	0,5
Wohnung, Wasser, Energie	16,5	2,2	0,8	-0,5	-0,8	-1,0	-1,0
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,5	0,8	0,2	0,3	0,5	0,5	0,5
Gesundheitspflege	4,6	-0,2	1,0	0,6	0,6	0,7	0,7
Verkehr	15,0	0,5	0,0	-1,5	-2,6	-3,6	-3,2
Nachrichtenübermittlung	3,1	-4,2	-2,8	-0,7	-0,4	-0,1	-0,1
Freizeit und Kultur	9,4	0,9	0,1	0,5	0,6	0,4	0,9
Bildungswesen	1,1	2,8	0,5	0,6	0,6	0,6	1,6
Hotels, Cafes und Restaurants	9,2	2,2	1,5	1,8	1,9	1,8	2,0
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,8	1,5	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9

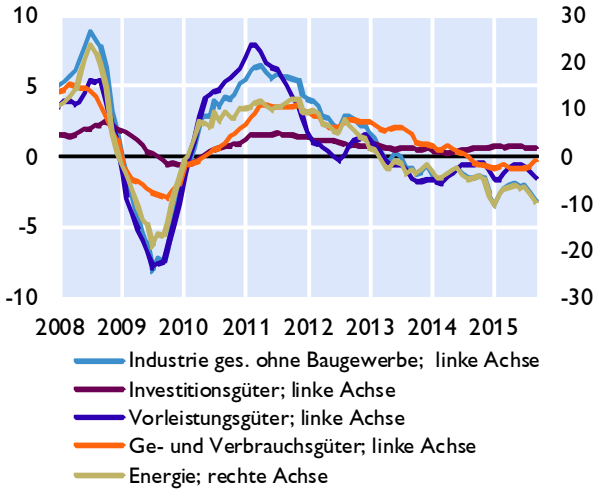
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



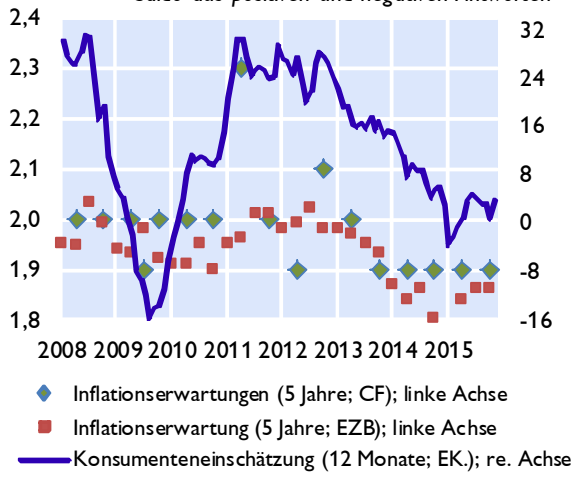
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



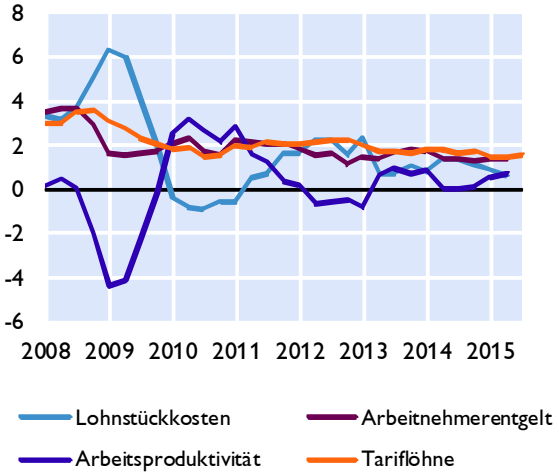
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

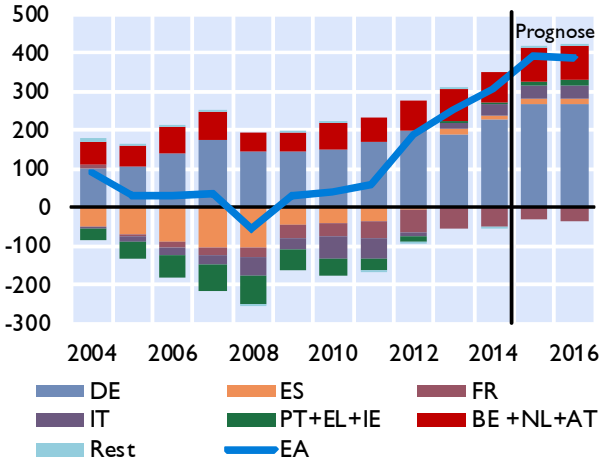


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

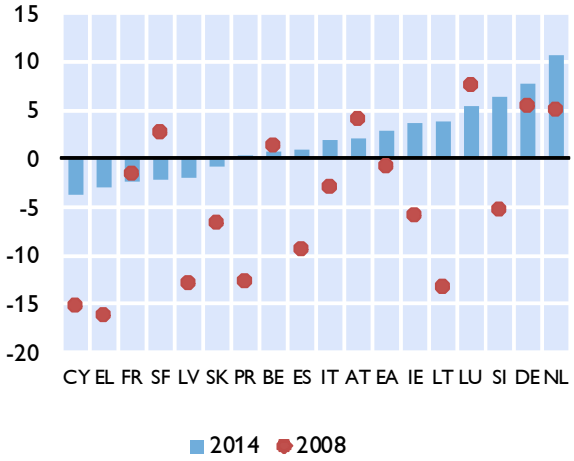
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden

in Mrd EUR

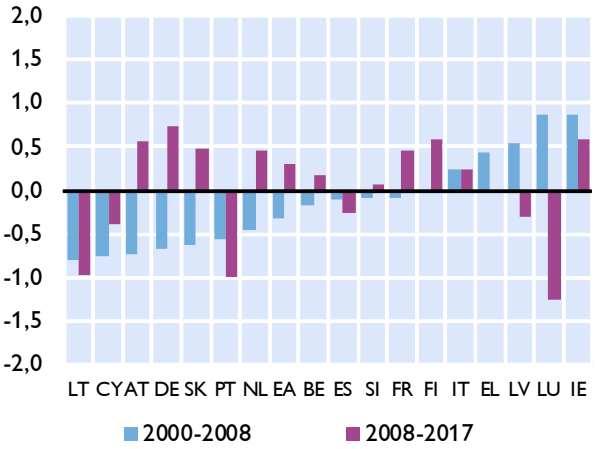


in % des BIP



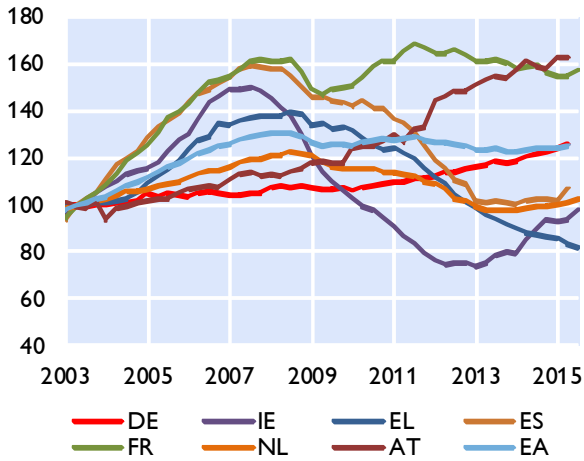
Lohnstückkosten

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



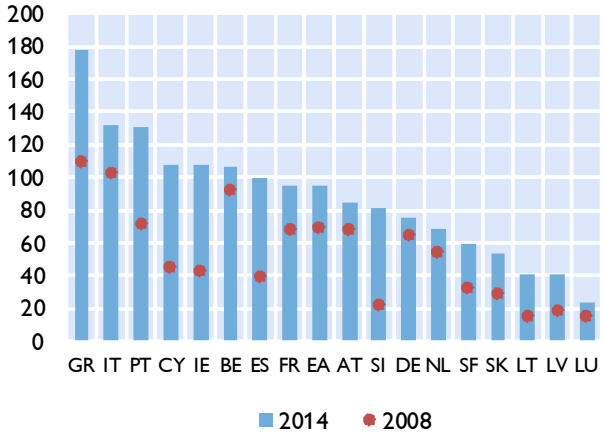
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



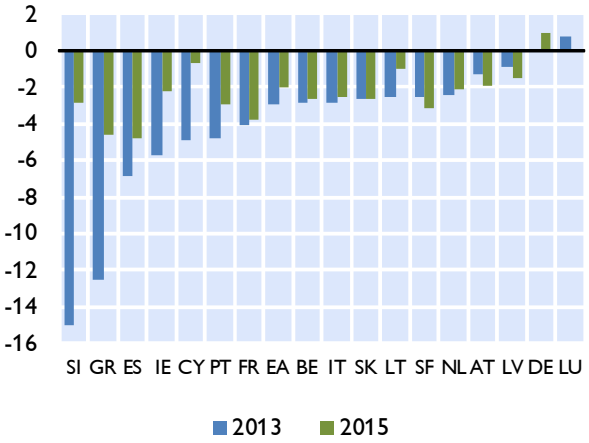
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates

in % des BIP

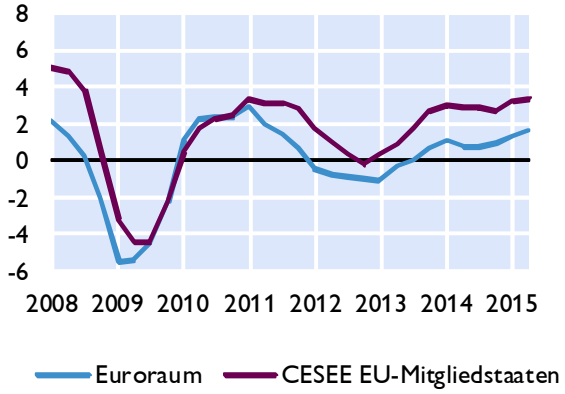


Quelle: EZB, Europäische Kommission; Prognose: EK-Prognose Nov. 2015.

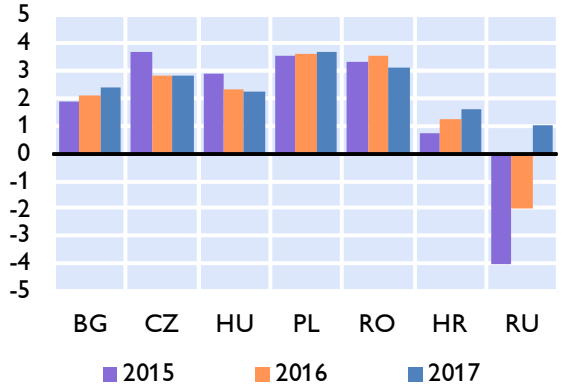
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

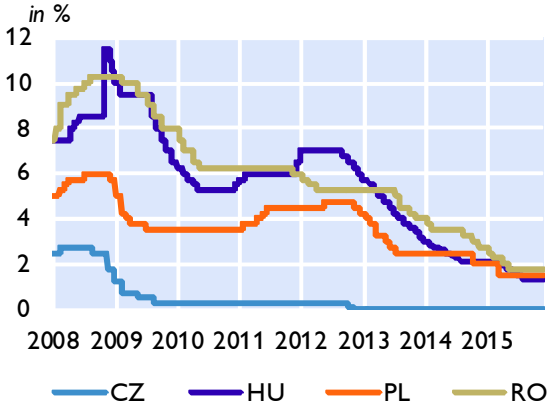
Reales BIP-Wachstum
in % gegenüber der Vorjahresperiode



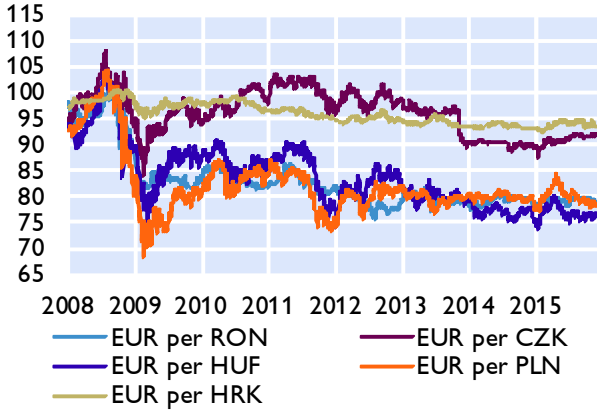
OeNB-BOFIT[1] Prognose vom Oktober 2015
reales BIP-Wachstum in %



Leitzinsen
in %



Wechselkursentwicklung
Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT Oktober 2015		EU-Kommission November 2015		IWF Oktober 2015		wiiw November 2015	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016
Bulgarien	1,9	2,1	1,7	1,5	1,7	1,9	2,3	2,6
Estland	x	x	1,9	2,6	2,0	2,9	1,9	2,6
Kroatien	0,7	1,2	1,1	1,4	0,8	1,0	0,7	1,2
Lettland	x	x	2,4	3,0	2,2	3,3	2,4	3,0
Litauen	x	x	1,7	2,9	1,8	2,6	1,6	3,0
Polen	3,5	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,3
Rumänien	3,3	3,5	3,5	4,1	3,4	3,9	3,4	3,7
Russland	-4,0	-2,0	-3,7	-0,5	-3,8	-0,6	-3,7	1,0
Slowakei	x	x	3,2	2,9	3,2	3,6	3,2	3,0
Slowenien	x	x	2,6	1,9	2,3	1,8	2,7	2,2
Tschechische Republik	3,7	2,8	4,3	2,2	3,9	2,6	3,9	2,4
Ungarn	2,9	2,3	2,9	2,2	3,0	2,5	2,9	2,1

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Reuters, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2014	2015	2016	2017	2014Q3	2014Q4	2015Q1	2015Q2	2015Q3
		Prognose[1)]							
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	1,3	1,3	1,3	1,7	1,4	1,4	1,3	1,5	1,3
Deutschland	1,6	1,7	1,9	1,9	1,2	1,5	1,1	1,6	1,7
Estland	2,9	1,9	2,6	2,6	2,7	3,2	1,6	1,9	..
Irland	5,2	6,0	4,5	3,5	3,5	6,1	6,6	7,3	..
Griechenland	0,8	-1,4	-1,3	2,7	1,2	1,0	0,4	0,9	-1,1
Spanien	1,4	3,1	2,7	2,4	1,7	2,1	2,7	3,2	3,4
Frankreich	0,2	1,1	1,4	1,7	0,1	0,1	0,9	1,1	1,2
Italien	-0,4	0,9	1,5	1,4	-0,4	-0,4	0,1	0,6	0,9
Zypern	-2,3	1,2	1,4	2,0	-2,1	-1,6	0,1	0,8	..
Lettland	2,8	2,4	3,0	3,3	2,2	2,2	1,9	2,7	3,3
Litauen	3,0	1,7	2,9	3,4	2,7	1,6	1,4	1,4	1,7
Luxemburg	4,1	3,1	3,2	3,0	3,6	6,8	5,3	3,1	..
Malta	3,5	4,3	3,6	3,1	3,7	4,8	4,5	4,8	..
Niederlande	1,0	2,0	2,1	2,3	1,2	1,5	2,6	2,2	1,8
Österreich	0,4	0,6	1,5	1,4	0,4	-0,2	0,3	0,9	0,9
Portugal	0,9	1,7	1,7	1,8	1,2	0,6	1,6	1,6	1,4
Slowenien	3,0	2,6	1,9	2,5	3,5	2,4	2,9	2,5	..
Slowakische Republik	2,4	3,2	2,9	3,3	2,6	2,8	3,0	3,3	3,5
Finnland	-0,4	0,3	0,7	1,1	-0,7	-0,5	0,0	0,0	..
Euroraum	0,9	1,6	1,8	1,9	0,8	0,9	1,2	1,5	1,6
Bulgarien	1,5	1,7	1,5	2,0	1,6	1,8	2,3	2,2	..
Tschechische Republik	2,0	4,3	2,2	2,7	2,3	1,3	4,1	4,6	4,5
Dänemark	1,1	1,6	2,0	1,8	1,3	1,2	1,6	1,7	0,9
Kroatien	-0,4	1,1	1,4	1,7	-0,3	0,3	0,2	1,4	..
Ungarn	3,7	2,9	2,2	2,5	3,5	3,2	3,2	2,5	..
Polen	3,3	3,5	3,5	3,5	3,4	3,5	3,4	3,6	..
Rumänien	2,8	3,5	4,1	3,6	2,9	2,6	3,8	3,8	3,6
Schweden	2,3	3,0	2,8	2,7	2,4	2,6	3,1	3,4	3,9
Vereinigtes Königreich	2,9	2,5	2,4	2,2	2,9	3,0	2,7	2,4	2,3
EU	1,4	1,9	2,0	2,1	1,3	1,5	1,7	1,9	1,9
Türkei	2,9	3,0	3,2	3,4	1,8	2,7	2,5	3,8	..
USA	2,4	2,6	2,8	2,7	4,3	2,1	0,6	3,9	2,1
Japan	-0,1	0,7	1,1	0,5	-1,4	-0,8	-0,8	1,0	1,1
Schweiz	1,9	1,0	1,3	1,4	1,7	2,0	1,2	1,3	..
Russland	0,6	-3,7	-0,5	1,0	0,9	0,4	-2,2	-4,6	..
Brasilien	0,1	-3,0	-1,0	2,3	3,0	2,5	-1,7	-2,4	..
China	7,4	6,8	6,5	6,2	7,2	7,2	7,0	7,0	6,9
Indien	7,3	7,3	7,5	7,5	8,4	6,6	7,5	7,0	7,4

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Thomson Reuters.
1) EK-Prognose Nov. 2015; Brasilien, Indien: IWF WEO Okt. 2015.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

		Prognose [2)]							
	2014	2015	2016	2017	Jun.15	Jul.15	Aug.15	Sep.15	Okt.15
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	0,5	0,6	1,7	1,5	0,9	0,9	0,8	0,9	1,2
Deutschland	0,8	0,2	1,0	1,7	0,1	0,1	0,1	-0,2	0,2
Estland	0,5	0,1	1,8	2,9	0,3	0,1	0,2	-0,3	0,0
Irland	0,3	0,3	1,4	1,6	0,4	0,2	0,2	0,0	0,0
Griechenland	-1,4	-1,0	1,0	0,9	-1,1	-1,3	-0,4	-0,8	-0,1
Spanien	-0,2	-0,5	0,7	1,2	0,0	0,0	-0,5	-1,1	-0,9
Frankreich	0,6	0,1	0,9	1,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,2
Italien	0,2	0,2	1,0	1,9	0,2	0,3	0,4	0,2	0,3
Zypern	-0,3	-1,6	0,6	1,3	-2,1	-2,4	-1,9	-1,9	-1,8
Lettland	0,7	0,2	1,4	2,1	0,7	-0,2	0,2	-0,4	-0,1
Litauen	0,2	-0,8	0,6	2,2	-0,2	-0,2	-1,0	-0,8	-0,4
Luxemburg	0,7	0,3	1,7	1,7	0,5	0,2	0,1	-0,2	-0,1
Malta	0,8	1,1	1,8	2,2	1,1	1,2	1,4	1,6	1,6
Niederlande	0,3	0,2	1,2	1,5	0,5	0,8	0,4	0,3	0,4
Österreich	1,5	0,9	1,8	2,0	1,0	1,1	0,9	0,6	0,7
Portugal	-0,2	0,5	1,1	1,3	0,8	0,7	0,7	0,9	0,7
Slowenien	0,4	-0,6	0,8	1,4	-0,9	-0,7	-0,6	-1,0	-1,1
Slowakische Republik	-0,1	-0,2	1,0	1,6	-0,1	-0,2	-0,2	-0,5	-0,5
Finnland	1,2	-0,2	0,6	1,5	0,1	-0,1	-0,2	-0,7	-0,3
Euroraum	0,4	0,1	1,0	1,6	0,2	0,2	0,1	-0,1	0,1
Bulgarien	-1,6	-0,8	0,7	1,1	-0,6	-1,0	-0,8	-0,9	-1,2
Tschechische Republik	0,4	0,4	1,0	1,6	0,9	0,4	0,2	0,2	0,2
Dänemark	0,3	0,4	1,5	1,9	0,4	0,5	0,3	0,3	0,2
Kroatien	0,2	-0,1	0,9	1,7	0,1	-0,2	-0,1	-0,5	-0,5
Ungarn	0,0	0,1	1,9	2,5	0,7	0,5	0,1	-0,1	0,2
Polen	0,1	-0,6	1,4	1,9	-0,6	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6
Rumänien	1,4	-0,4	-0,3	2,3	-0,9	-1,4	-1,7	-1,5	-1,4
Schweden	0,2	0,8	1,5	1,7	0,4	0,8	0,6	0,9	0,9
Vereinigtes Königreich	1,5	0,1	1,5	1,7	0,0	0,1	0,0	-0,1	..
EU	0,6	0,0	1,1	1,6	0,1	0,2	0,0	-0,1	0,0
Türkei	8,9	7,4	7,7	7,5	7,6	7,1	7,1	7,9	7,7
USA	1,6	0,2	2,1	2,3	0,1	0,2	0,2	0,0	0,2
Japan	2,7	0,8	0,7	1,8	0,4	0,2	0,2	0,0	0,3
Schweiz	0,0	-0,1	0,4	1,0	-0,6	-0,8	-1,2	-1,2	-1,2
Russland	7,8	15,6	8,0	6,0	15,9	15,4	15,8	16,0	..
Brasilien	6,0	8,9	6,3	5,2	9,3	9,8	9,9	9,9	10,3
China[3)]	2,0	1,6	1,6	1,6	1,4	1,6	2,0	1,6	1,3
Indien	6,3	5,4	5,5	5,4	5,4	3,7	3,7	4,4	5,0

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.
1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.
2) Prognose: EK Prognose Nov. 2015; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose Okt. 2015.
3) China: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten[1)]

	2014	2015	2016	2017	Jun.15	Jul.15	Aug.15	Sep.15	Okt.15
		Prognose [2)]							
Belgien	8,5	8,6	8,4	7,9	8,9	8,8	8,8	8,7	8,7
Deutschland	5,0	4,7	4,9	5,2	4,7	4,6	4,5	4,5	4,5
Estland	7,4	6,5	6,5	7,6	6,1	5,8	5,8	6,0	..
Irland	11,3	9,5	8,7	7,9	9,4	9,2	9,1	9,0	8,9
Griechenland	26,5	25,7	25,8	24,4	25,0	24,9	24,6	..	..
Spanien	24,5	22,3	20,5	19,0	22,3	21,9	21,8	21,6	21,6
Frankreich	10,3	10,4	10,4	10,2	10,5	10,7	10,8	10,8	10,8
Italien	12,7	12,2	11,8	11,6	12,4	11,8	11,7	11,6	11,5
Zypern	16,1	15,6	14,6	13,3	15,2	15,2	15,2	15,0	15,1
Lettland	10,8	10,1	9,5	8,8	10,1	10,1	10,0	9,9	9,9
Litauen	10,7	9,4	8,6	8,1	9,5	9,1	9,0	9,0	8,9
Luxemburg	6,0	5,9	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,7	5,8
Malta	5,9	5,8	5,7	5,8	5,2	5,1	5,1	5,1	5,1
Niederlande	7,4	6,9	6,6	6,3	6,9	6,8	6,8	6,8	6,9
Österreich	5,6	6,1	6,1	6,0	5,8	5,6	5,7	5,6	5,6
Portugal	14,1	12,6	11,7	10,8	12,3	12,3	12,3	12,4	12,4
Slowenien	9,7	9,4	9,2	8,7	9,5	9,4	9,3	9,2	9,1
Slowakische Republik	13,2	11,6	10,5	9,6	11,3	11,2	11,1	10,9	10,7
Finnland	8,7	9,6	9,5	9,4	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5
Euroraum	11,6	11,0	10,6	10,3	11,0	10,9	10,8	10,8	10,7
Bulgarien	11,4	10,1	9,4	8,8	9,9	9,8	9,7	9,5	9,5
Tschechische Republik	6,1	5,2	5,0	4,8	5,0	5,0	4,8	4,8	4,7
Dänemark	6,6	6,1	5,8	5,5	6,2	6,2	6,2	6,0	6,0
Kroatien	17,3	16,2	15,6	14,7	16,0	15,7	15,6	15,5	15,8
Ungarn	7,7	7,1	6,7	6,2	6,9	6,8	6,5	6,5	..
Polen	9,0	7,6	7,2	6,8	7,4	7,3	7,2	7,1	7,0
Rumänien	6,8	6,7	6,6	6,5	6,8	6,8	6,8	6,9	6,8
Schweden	7,9	7,7	7,7	7,4	7,4	7,3	7,0	7,3	7,2
Vereinigtes Königreich	6,1	5,4	5,4	5,5	5,5	5,3	5,2	..	..
EU	10,2	9,5	9,2	8,9	9,5	9,4	9,3	9,3	9,3
Türkei	9,9	10,8	11,2	11,5	10,5	10,4	10,4	..	..
USA	6,2	5,3	4,8	4,6	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0
Japan	3,6	3,4	3,3	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,1
Schweiz	3,2	5,2	5,7	6,6	3,3	3,3	3,3	3,4	3,4
Russland	5,2	5,4	5,5	5,5	5,4	5,3	5,3	5,2	5,5
Brasilien	4,8	6,6	8,6	8,9	6,9	7,5	7,6	7,6	7,9
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	x	x	4,1	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters, EK, IWF.
1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.
2) EK-Prognose Nov. 2015; BR, CN: IWF-Prognose Okt. 2015.

Leistungsbilanzsalden

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
						Prognose[1)]		
	in % des BIP							
Belgien	3,6	0,1	1,4	1,0	0,8	1,8	2,0	1,9
Deutschland	5,7	6,2	7,2	6,7	7,8	8,8	8,6	8,4
Estland	2,0	1,5	-2,3	0,4	1,3	1,6	1,2	-0,1
Irland	-0,8	-1,2	-1,5	3,1	3,6	5,9	5,7	4,7
Griechenland	-11,5	-10,4	-4,3	-2,1	-2,9	-1,0	-0,3	0,1
Spanien	-3,9	-3,3	-0,4	1,5	1,0	1,4	1,3	1,4
Frankreich	-1,8	-2,2	-2,9	-2,6	-2,3	-1,3	-1,6	-2,2
Italien	-3,5	-3,1	-0,4	1,0	2,0	2,2	1,9	1,9
Zypern	-9,6	-3,8	-5,1	-3,8	-3,8	-3,5	-3,2	-3,0
Lettland	2,1	-3,1	-3,5	-2,1	-2,0	-1,8	-1,9	-2,2
Litauen	-0,3	-3,8	-1,0	1,4	3,9	-0,8	0,2	-0,3
Luxemburg	6,8	6,2	6,1	5,7	5,5	4,3	4,0	3,7
Malta	-4,7	-2,5	1,4	3,2	3,3	2,0	3,7	4,2
Niederlande	7,7	8,9	10,2	11,0	10,7	10,5	10,4	9,6
Österreich	3,2	1,9	1,7	2,1	2,1	2,6	2,6	2,8
Portugal	-10,3	-5,5	-2,0	0,7	0,3	0,5	0,5	0,3
Slowenien	-0,6	-0,1	2,1	3,9	6,5	7,1	7,5	7,2
Slowakische Republik	-4,8	-5,5	0,3	0,7	-0,8	0,0	-1,2	-0,3
Finnland	1,4	-1,5	-1,9	-1,8	-2,2	-1,1	-1,0	-0,9
Euroraum	0,4	0,6	1,9	2,5	3,0	3,7	3,6	3,4
Bulgarien	-4,4	-1,6	-3,0	-0,5	0,7	1,4	1,3	0,9
Tschechische Republik	-5,2	-4,6	-2,2	-1,1	-2,0	-2,5	-2,4	-2,1
Dänemark	5,7	5,7	5,6	7,2	6,3	7,0	6,9	6,5
Kroatien	-1,0	-0,6	0,0	0,1	0,6	4,4	2,9	3,2
Ungarn	0,3	0,8	1,6	3,9	2,2	4,3	5,5	6,2
Polen	-5,2	-4,9	-3,2	-0,9	-1,1	-0,5	-0,9	-1,5
Rumänien	-4,5	-4,4	-4,3	-0,8	-0,4	-0,8	-1,9	-2,6
Schweden	6,7	6,1	6,5	5,8	5,4	5,9	5,9	5,8
Vereinigtes Königreich	-2,8	-1,7	-3,3	-4,5	-5,1	-4,4	-3,9	-3,4
EU	-0,1	0,3	1,0	1,5	1,6	2,2	2,2	2,1
Türkei	-6,2	-9,7	-6,2	-7,9	-5,8	-5,9	-6,2	-6,3
USA	-3,0	-3,1	-2,9	-2,4	-2,3	-2,3	-2,4	-2,7
Japan	3,7	2,0	1,0	0,7	0,6	2,3	2,8	3,1
Schweiz	15,2	8,2	11,0	12,0	11,5	10,9	11,0	11,0
Russland	4,4	5,1	3,5	1,6	3,2	5,0	5,4	5,7
Brasilien	-3,5	-2,8	-3,5	-3,8	-4,4	-4,0	-3,8	-3,8
China	3,9	1,8	2,5	1,6	2,1	3,1	2,8	2,0
Indien	-2,8	-4,2	-4,8	-1,7	-1,3	-1,4	-1,6	-2,0

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Nov. 2015; RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose Okt. 2015.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
		Prognose[1)]				Prognose[1)]		
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP							
Belgien	-3,1	-2,7	-2,6	-2,3	106,7	106,7	107,1	106,1
Deutschland	0,3	0,9	0,5	0,4	74,9	71,4	68,5	65,6
Estland	0,7	0,3	0,3	0,1	10,4	10,0	9,6	9,2
Irland	-3,9	-2,2	-1,5	-1,5	107,5	99,8	95,4	93,7
Griechenland	-3,6	-4,6	-3,6	-2,2	178,6	194,8	199,7	195,6
Spanien	-5,9	-4,8	-3,6	-2,6	99,3	100,8	101,3	100,4
Frankreich	-4,0	-3,8	-3,4	-3,3	95,6	96,5	97,1	97,4
Italien	-3,0	-2,6	-2,4	-1,6	132,4	133,0	132,2	130,0
Zypern	-8,9	-0,7	0,1	0,3	108,2	106,7	98,7	94,6
Lettland	-1,5	-1,5	-1,2	-1,1	40,6	38,3	41,1	37,6
Litauen	-0,7	-1,0	-1,1	-0,2	40,7	42,9	40,8	42,5
Luxemburg	1,4	0,0	0,5	0,5	23,0	22,3	23,9	23,5
Malta	-2,1	-1,7	-1,2	-1,1	68,3	65,9	63,2	61,0
Niederlande	-2,4	-2,1	-1,5	-1,2	68,2	68,6	67,9	66,9
Österreich	-2,7	-1,9	-1,6	-1,3	84,2	86,6	85,7	84,3
Portugal	-7,2	-3,0	-3,0	-2,5	130,2	128,2	124,7	121,3
Slowenien	-5,1	-2,9	-2,4	-2,0	80,8	84,2	80,9	78,3
Slowakische Republik	-2,8	-2,7	-2,4	-2,0	53,5	52,7	52,6	52,2
Finnland	-3,3	-3,2	-2,7	-2,3	59,4	62,5	64,5	65,7
Euroraum	-2,6	-2,0	-1,8	-1,5	94,5	94,0	92,9	91,3
Bulgarien	-5,8	-2,8	-2,7	-2,7	27,0	31,8	32,8	33,7
Tschechische Republik	-2,0	-1,9	-1,3	-1,1	42,8	41,0	41,0	40,5
Dänemark	1,5	-3,3	-2,5	-1,7	45,1	40,2	39,3	38,3
Kroatien	-5,6	-4,9	-4,7	-4,1	85,1	89,2	91,7	92,9
Ungarn	-2,5	-2,3	-2,1	-2,0	76,2	75,8	74,5	72,6
Polen	-3,3	-2,8	-2,8	-2,8	50,4	51,4	52,4	53,5
Rumänien	-1,4	-1,2	-2,8	-3,7	39,9	39,4	40,9	42,8
Schweden	-1,7	-1,4	-1,3	-1,2	44,9	44,7	44,0	43,3
Vereinigtes Königreich	-5,7	-4,3	-2,8	-1,8	88,2	88,3	88,0	86,9
EU	-3,0	-2,5	-2,0	-1,6	88,6	87,8	87,1	85,8
Türkei	-1,5	-1,4	-1,7	-1,4	33,5	34,3	33,5	32,3
USA	-4,9	-4,0	-3,5	-3,2	105,2	105,3	104,5	104,2
Japan	-7,5	-6,6	-5,7	-5,1	246,4	247,4	247,4	247,5
Schweiz	0,3	0,2	0,2	0,2	46,3	46,2	45,5	44,6
Russland	-1,2	-5,7	-3,9	-2,2	17,8	20,4	21,0	21,9
Brasilien	-6,2	-7,7	-7,2	-5,4	65,2	69,9	74,5	75,8
China	-1,2	-1,9	-2,3	-2,1	41,1	43,2	46,0	48,3
Indien	-7,0	-7,2	-7,0	-6,7	66,1	65,3	63,9	62,8

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose Nov. 2015; CH, RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose Okt. 2015

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD			IWF		EU-Kommission		
	Juni 2015			September 2015		September 2015		November 2015			Oktober 2015		November 2015		
	2015	2016	2017	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2017	2015	2016	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %														
BIP, real	0,7	1,9	1,8	0,7	1,4	0,7	1,6	0,8	1,3	1,7	0,8	1,6	0,6	1,5	1,4
Privater Konsum, real	0,7	1,8	1,6	0,4	1,3	0,4	1,5	0,4	1,6	1,2	x	x	0,3	1,0	1,0
Öffentlicher Konsum, real	0,9	0,9	1,1	0,8	0,5	0,5	0,3	0,8	-0,6	0,8	x	x	0,8	0,5	0,6
Bruttoanlageinvestitionen, real	-1,9	1,7	2,6	0,4	1,5	-0,5	1,7	-0,5	2,4	4,0	x	x	-0,1	2,6	2,7
Exporte, real	2,8	4,8	4,8	2,5	3,6	1,8	3,9	0,7	3,3	4,7	1,1	4,8	1,2	3,7	3,6
Importe, real	2,0	4,7	5,1	2,3	3,4	0,9	3,9	0,2	3,6	5,1	0,6	4,7	1,0	3,6	3,7
BIP je Erwerbstätigen[1)]	0,0	0,9	0,8	0,7	1,1	-0,1	0,7	0,3	0,4	0,5	x	x	-0,1	0,7	0,6
BIP Deflator	1,3	1,8	1,9	1,6	1,7	1,8	1,9	1,4	1,4	1,6	0,9	1,6	1,5	1,5	1,8
VPI	x	x	x	1,1	1,7	1,1	1,8	x	x	x	x	x	x	x	x
HVPI	0,9	1,9	2,0	1,1	1,7	1,1	1,8	0,9	1,5	1,7	1,0	1,7	0,9	1,8	2,0
Lohnstückkosten	1,9	1,2	1,5	1,7	1,2	1,8	1,0	1,7	0,7	1,2	x	x	0,4	-0,4	-0,6
Beschäftigte	0,7	1,0	1,0	0,9	1,0	0,8	0,9	0,4	0,8	1,2	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition														
Arbeitslosenquote	5,7	5,7	5,5	5,8	6,0	5,8	5,8	6,0	6,1	5,9	5,8	5,6	6,1	6,1	6,0
	in % des nominellen BIP														
Leistungsbilanz	1,3	2,1	2,8	1,4	1,4	x	x	2,3	2,0	2,0	1,6	1,7	2,6	2,6	2,8
Finanzierungssaldo des Staates	-1,8	-1,8	-1,4	-1,9	-2,0	-1,7	-2,0	-1,8	-1,9	-1,3	-2,0	-1,7	-1,9	-1,6	-1,3
	Prognoseannahmen														
Erdölpreis in USD/Barrel	63,8	71,0	73,1	55,0	60,0	56,0	59,0	54,1	50,0	50,0	51,6	50,4	54,8	54,2	58,8
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,0	0,0	0,2	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	-0,0	-0,0	0,0	-0,1	0,0
USD/EUR	1,12	1,12	1,12	1,10	1,10	1,11	1,10	1,11	1,11	1,11	1,11	1,12	1,12	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %														
BIP, real Euroraum	1,5	1,9	2,0	1,5	1,5	1,4	1,7	1,5	1,8	1,9	1,5	1,6	1,6	1,8	1,9
BIP, real USA	2,6	3,1	2,7	2,4	2,4	2,5	2,6	2,4	2,5	2,4	2,6	2,8	2,6	2,8	2,7
BIP, real Welt	3,2	3,8	3,8	3,0	3,3	x	x	2,9	3,3	3,6	3,1	3,6	3,1	3,5	3,7
Welthandel	2,6	5,0	5,3	0,5	2,0	2,5	3,2	2,0	3,6	4,8	3,2	4,1	2,3	3,6	4,5

1) WIFO - Stundenproduktivität.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

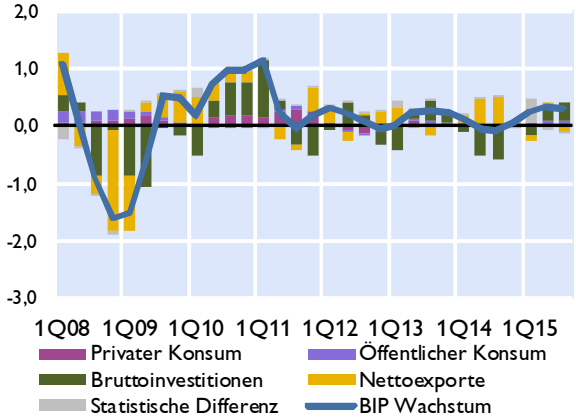
	2013	2014	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2015 Aug.	2015 Sep.	2015 Okt.	2015 Nov.
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	2,1	1,5	1,3	0,6	1,0	0,9	..	0,9	0,6	0,7	..
Kerninflation (o.Energie u.unbearb.Lebensmittel)	2,3	1,9	0,6	1,6	1,7	1,9	..	1,9	1,7	1,8	..
Nationaler VPI	2,0	1,6	1,4	0,9	1,0	1,0	..	1,0	0,7	0,7	..
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	2,1	2,0	1,9	1,4	1,1	0,7	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,5	1,6	1,8	1,7	1,5	1,6	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-0,9	-1,1	-1,2	-1,5	-0,9	-1,4	..	-1,5	-1,7	-2,0	..
Großhandelspreisindex	-1,1	-1,9	-2,9	-4,7	-2,6	-3,7	..	-3,7	-4,3	-4,1	..
Tariflohnindex	2,6	2,4	2,4	2,2	2,2	2,2	..	2,2	2,1	2,1	..
BIP je Erwerbstätigen	1,2	0,9	0,9	1,8	2,0	2,0	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,3	2,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	2,5	1,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,4	0,4	0,1	0,2	0,3	0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,4	0,8	0,1	0,2	0,2	0,3	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	-0,1	-0,2	0,3	0,5	0,6	..	x	x	x	x
Exporte	1,0	2,2	0,0	0,2	1,0	1,5	..	x	x	x	x
Importe	0,5	1,1	-0,1	0,4	1,0	1,8	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,3	0,4	-0,2	0,4	0,8	1,0	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,1	0,3	0,4	0,0	0,4	0,8	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,4	0,5	1,1	1,0	1,0	-0,5	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,2	-0,4	-1,7	-0,6	-0,6	0,7	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	1,8	1,8	2,5	1,1	2,3	..	..	6,7	..	..	..
Importe	-1,0	-0,7	-2,5	1,0	-0,1	..	..	5,1	..	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	9,2	12,1	3,6	5,4	2,0	..	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	7,5	7,5	1,7	4,8	0,7	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	6,3	6,5	3,3	4,1	0,3	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	1,9	2,0	3,9	5,1	0,4	..	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	96,1	97,8	95,3	93,9	94,4	97,8	..	98,5	98,2	96,9	98,2
Industrievertrauen (%-Saldo)	-8,4	-5,2	-6,9	-9,3	-8,5	-5,6	..	-6,2	-5,9	-5,8	-5,3
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,2	0,4	-0,6	0,9	0,5	2,5	..	2,8	1,1	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	83,6	84,3	83,7	84,1	84,2	84,4	83,4	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-12,9	-16,2	-14,0	-14,6	-17,8	-15,1	..	-16,5	-11,6	-17,4	-11,2
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	6,5	9,8	6,5	5,6	7,1	10,2	..	12,7	11,1	10,6	14,2
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-5,8	-9,0	-12,0	-11,4	-11,0	-11,9	..	-11,3	-12,5	-15,1	-16,3
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-10,8	-9,3	-11,9	-13,3	-14,3	-6,5	..	-4,0	-9,7	-6,4	-7,7
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	-0,3	0,3	-6,7	1,6	0,5	..	..	-0,8	..	..	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7	1,1	..	1,3	1,1	0,9	0,9
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	10,2	11,2	9,8	11,3	13,9	11,3	..	11,9	10,3	9,4	8,3
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,6	8,4	9,0	10,0	8,6	8,2	..	8,3	8,2	8,7	9,2
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,3	5,6	5,7	5,6	5,9	5,7	..	5,7	5,6	5,6	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	2,1	4,3	3,2	4,5	4,1	5,5	..	5,1	5,3	4,6	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	5,2	5,5	5,0	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	-0,4	-3,5	-3,5	-2,4	-3,4	-4,3	..	-4,2	-4,3	-3,1	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	..	0,0	0,0	-0,1	-0,1
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	2,0	1,5	1,0	0,5	0,7	1,0	..	1,0	1,0	0,8	0,8
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.455	2.397	2.181	2.350	2.577	2.378	..	2.409	2.248	2.371	2.454
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-1,4	-2,8	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-1,3	-2,7	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	80,8	84,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

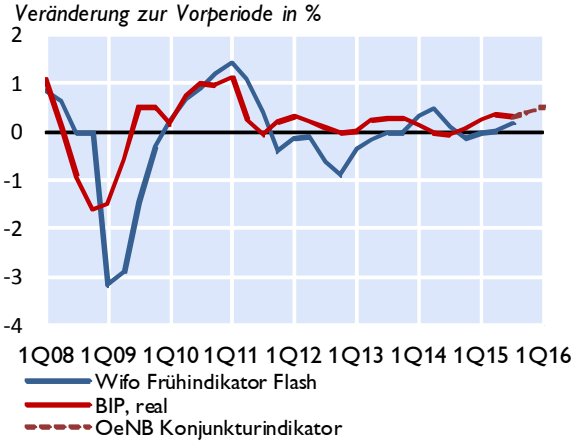
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



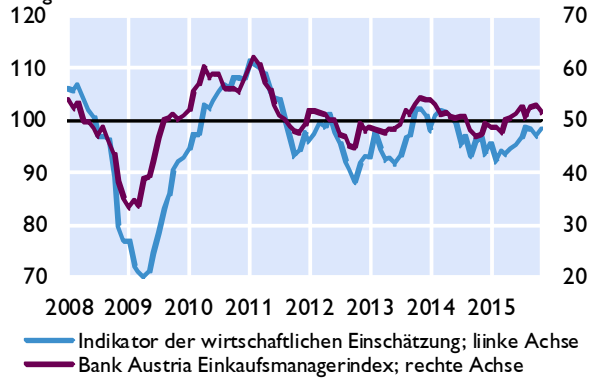
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



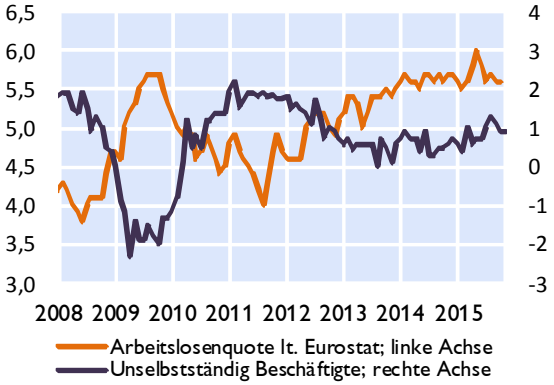
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

Salden	2012	2013	2014	2Q14	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	4,7	6,3	6,5	-0,1	1,1	3,3	4,1	0,3
Güter	-3,2	-1,0	1,6	0,6	0,5	0,8	0,1	0,6
Dienstleistungen	10,7	10,2	10,5	1,0	1,7	2,8	5,3	1,4
Primäreinkommen	0,4	1,0	-2,3	-0,9	-0,6	0,3	-0,2	-0,8
Sekundäreinkommen	-3,2	-3,9	-3,3	-0,9	-0,6	-0,5	-1,2	-0,9
Vermögensübertragungen	-0,4	-0,5	-0,5	-0,1	-0,1	-0,2	0,0	-0,1
Kapitalbilanz	5,2	10,9	3,5	0,4	2,3	0,1	1,1	-0,3
Direktinvestitionen	10,2	7,9	-1,0	0,3	0,6	-2,3	4,3	-0,7
Portfolioinvestitionen	-5,8	-2,2	11,2	-6,8	9,2	3,9	3,8	1,3
Finanzderivate	-1,1	-3,8	-1,4	0,7	-1,1	-0,6	1,0	0,6
Sonstige Investiitionen	0,9	8,6	-7,5	5,3	-7,6	-0,7	-7,6	-1,9
Währungsreserven[3)]	0,9	0,4	2,1	1,1	1,2	-0,2	-0,4	0,4
Statistische Differenz	0,9	5,1	-2,5	0,6	1,2	-3,1	-2,9	-0,5
Leistungsbilanz in % des BIP	1,5	1,9	2,0	-0,1	1,4	3,9	5,1	0,4

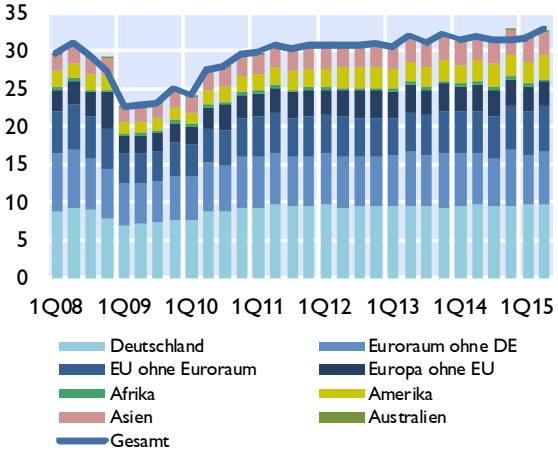
Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2013 endgültige Daten, 2014 revidierte Daten, 2015 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2012	123.544	131.982	-8.439	1,5	0,7
2013	125.812	130.707	-4.895	1,8	-1,0
2014	128.106	129.847	-1.741	1,8	-0,7
Jän.-Aug. 14	83.682	85.803	-2.121	1,3	-0,1
Jän.-Aug. 15	85.729	86.838	-1.108	2,4	1,2
März 15	11.860	11.819	41	4,6	4,8
Apr. 15	11.016	10.965	50	-0,3	-0,9
Mai 15	10.132	10.044	88	-3,1	-6,0
Juni 15	11.644	11.290	354	10,6	6,5
Juli 15	11.587	11.582	5	3,0	2,5
Aug. 15	9.523	9.872	-350	6,7	5,1

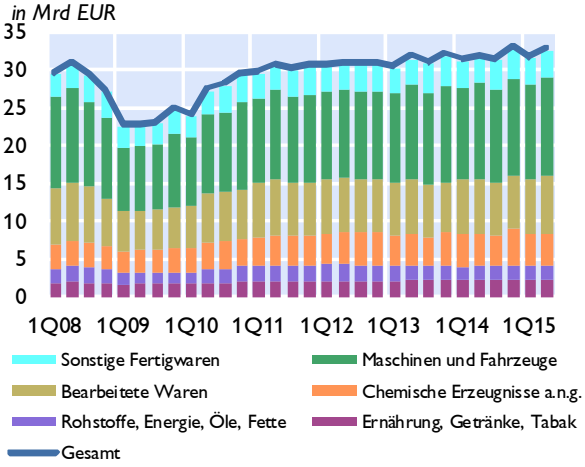
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

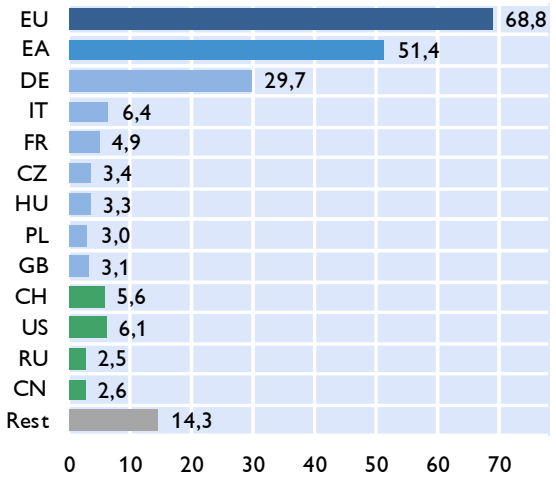
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2014

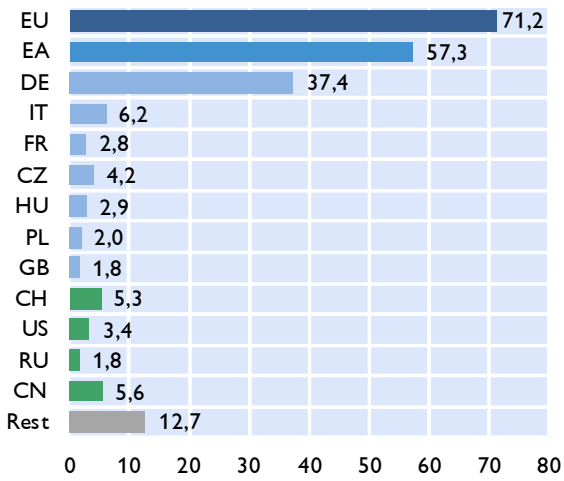
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



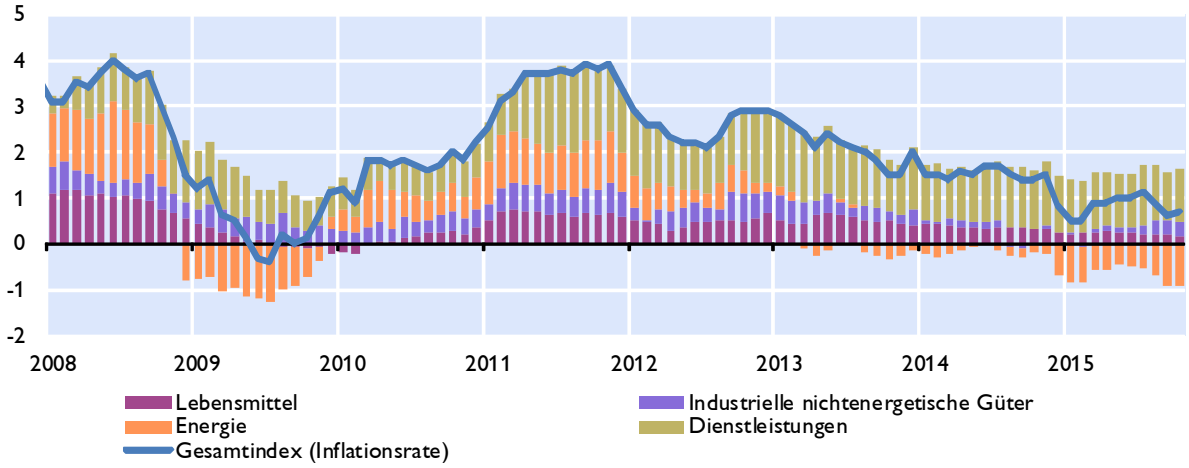
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2015	2013	2014	Jun.15	Jul.15	Aug.15	Sep.15	Okt.15
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,1	1,5	1,0	1,1	0,9	0,6	0,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,7	3,4	1,8	1,0	0,9	0,8	0,9	0,5
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	3,5	3,9	3,2	3,0	2,8	3,1	3,0
Bekleidung und Schuhe	7,2	0,7	-0,9	0,5	0,2	0,6	0,9	0,6
Wohnung, Wasser, Energie	14,2	2,7	1,7	1,5	1,4	1,0	0,8	0,7
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,6	1,9	1,0	0,9	1,5	2,1	2,1	1,6
Gesundheitspflege	5,1	3,2	2,4	1,5	1,8	1,6	1,6	1,8
Verkehr	14,5	-0,1	-0,7	-2,6	-2,0	-3,2	-5,1	-4,4
Nachrichtenübermittlung	2,2	1,4	6,3	1,1	1,1	-0,3	-0,6	-0,2
Freizeit und Kultur	11,2	2,0	1,6	1,3	1,9	2,2	1,5	2,2
Bildungswesen	1,1	3,9	2,7	2,8	2,7	2,7	2,2	1,7
Hotels, Cafes und Restaurants	14,3	3,2	2,9	2,8	2,9	3,1	2,9	3,1
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,1	1,9	1,2	2,2	2,1	2,2	1,9	1,5

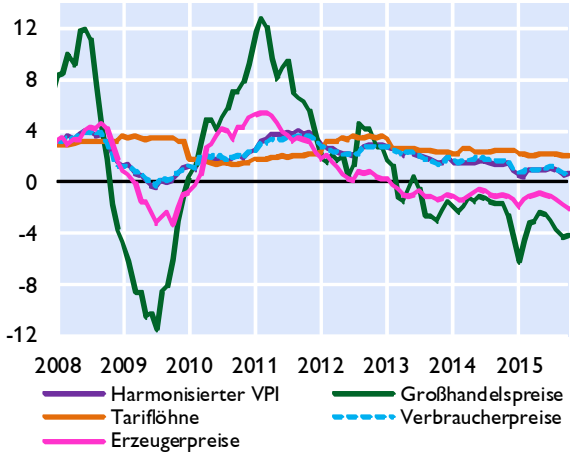
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2013	2014	2015[1)]	2016[1)]
Stunden-produktivität	0,8	-0,1	0,7	1,1
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,9	1,4	1,6	1,7
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	2,0	1,6	-2,7	0,1
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,3	2,2	1,7	1,2
Sachgüter-erzeugung	2,5	1,2	0,4	-0,5

1) WIFO-Prognose September 2015.

2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2012	2013	2014	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15	3Q15
Gesamt	**131.016**	**132.629**	**131.901**	**43.363**	**22.237**	**43.585**	**24.272**	**45.355**
Inländer	35.964	35.755	35.668	12.050	6.675	8.890	8.118	12.564
Ausländer	95.052	96.874	96.233	31.313	15.562	34.695	16.154	32.792
darunter								
Deutschland	49.606	50.823	49.491	16.810	7.887	17.274	8.489	17.065
Osteuropa	10.232	10.544	10.669	2.239	1.919	4.742	1.489	2.354
Niederlande	9.389	9.140	9.007	2.875	1.130	4.379	733	2.950
Schweiz	4.558	4.577	4.640	1.467	922	1.486	887	1.570
Vereinigtes Königreich	3.181	3.345	3.365	798	517	1.508	641	847
Italien	2.918	2.778	2.777	1.331	580	464	446	1.406
Belgien	2.583	2.606	2.649	922	293	963	425	928
Frankreich	1.819	1.808	1.776	723	232	475	330	715
Dänemark	1.447	1.449	1.436	327	120	902	93	361
USA	1.286	1.367	1.490	556	306	225	470	634
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**4,0**	**1,2**	**-0,5**	**-0,8**	**2,2**	**2,3**	**2,4**	**4,6**
Inländer	1,9	-0,6	-0,2	-2,4	1,1	1,9	-1,2	4,3
Ausländer	4,8	1,9	-0,7	-0,2	2,7	2,4	4,3	4,7

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2012	2013	2014	2Q14	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15
Deutschland	7.106	7.489	7.486	1.186	2.179	1.435	2.855	1.270
Niederlande	1.046	1.068	1.079	76	277	165	607	83
Schweiz	860	853	958	143	248	202	426	162
Italien	650	584	694	128	235	174	186	151
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.120	2.212	2.359	403	518	546	850	401
Restl. Europa	1.963	1.990	2.025	302	494	322	957	311
Rest der Welt	961	1.041	1.075	248	360	240	261	310
Gesamt	**14.706**	**15.237**	**15.676**	**2.486**	**4.311**	**3.084**	**6.142**	**2.688**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2012	2013	2014	2Q14	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15
Deutschland	1.989	2.036	2.049	553	702	355	437	518
Italien	1.265	1.193	1.324	373	670	172	132	330
Kroatien	674	618	677	149	476	34	14	144
Europäische Mittelmeerländer[1)]	819	909	982	278	469	111	137	275
Restl. Europa	1.999	1.993	2.041	530	767	374	376	538
Rest der Welt	1.079	988	1.076	202	302	294	283	205
Gesamt	**7.825**	**7.737**	**8.149**	**2.085**	**3.386**	**1.340**	**1.379**	**2.010**

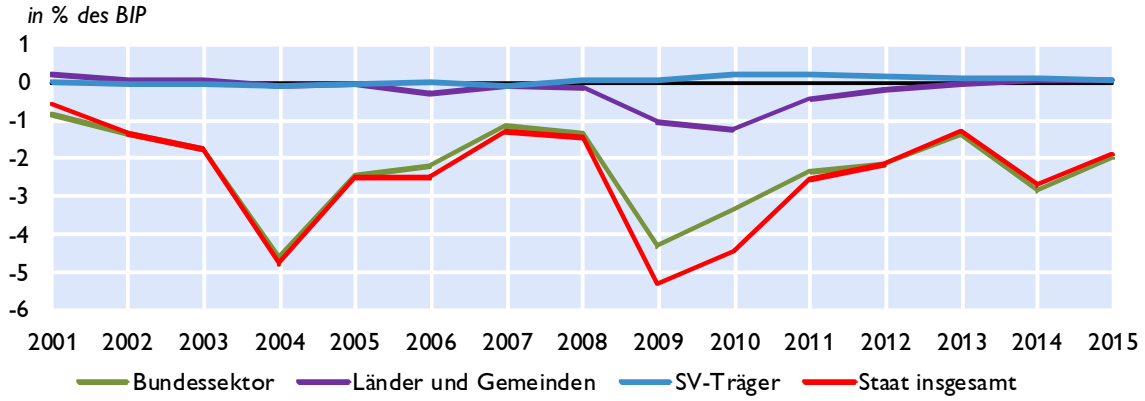
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2011	-7,2	-1,3	0,6	-7,9	-2,3	-0,4	0,2	-2,6
2012	-6,9	-0,5	0,5	-6,9	-2,2	-0,2	0,2	-2,2
2013	-4,5	-0,1	0,4	-4,2	-1,4	0,0	0,1	-1,3
2014	-9,3	0,2	0,3	-8,9	-2,8	0,0	0,1	-2,7
2015 1)	-6,7	0,2	0,2	-6,4	-2,0	0,1	0,1	-1,9

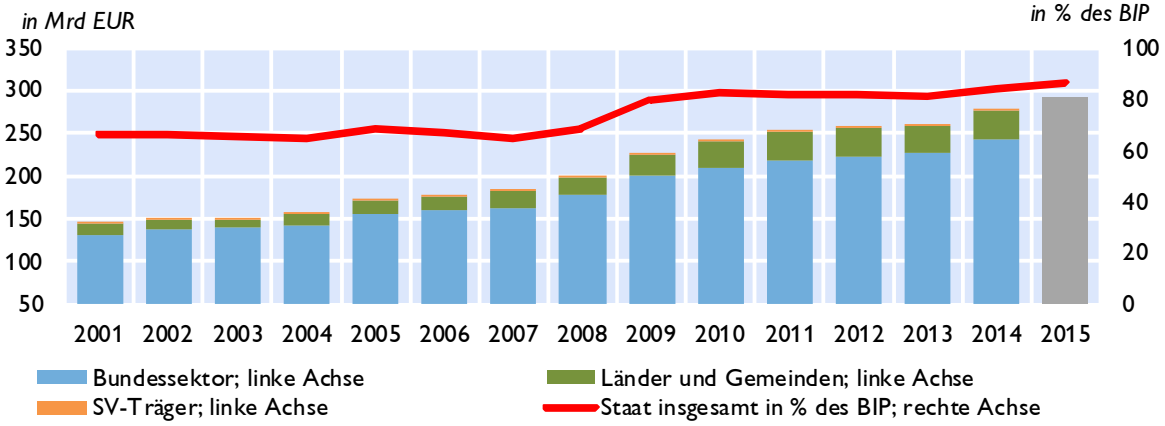
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2011	218,0	33,9	1,8	253,7	70,6	11,0	0,6	82,2
2012	224,0	33,1	1,8	258,9	70,7	10,4	0,6	81,6
2013	226,7	32,6	1,7	260,9	70,2	10,1	0,5	80,8
2014	242,9	33,2	1,3	277,4	73,8	10,1	0,4	84,2
2015 1)	x	x	x	291,6	x	x	x	86,5

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) Prognose (BMF).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

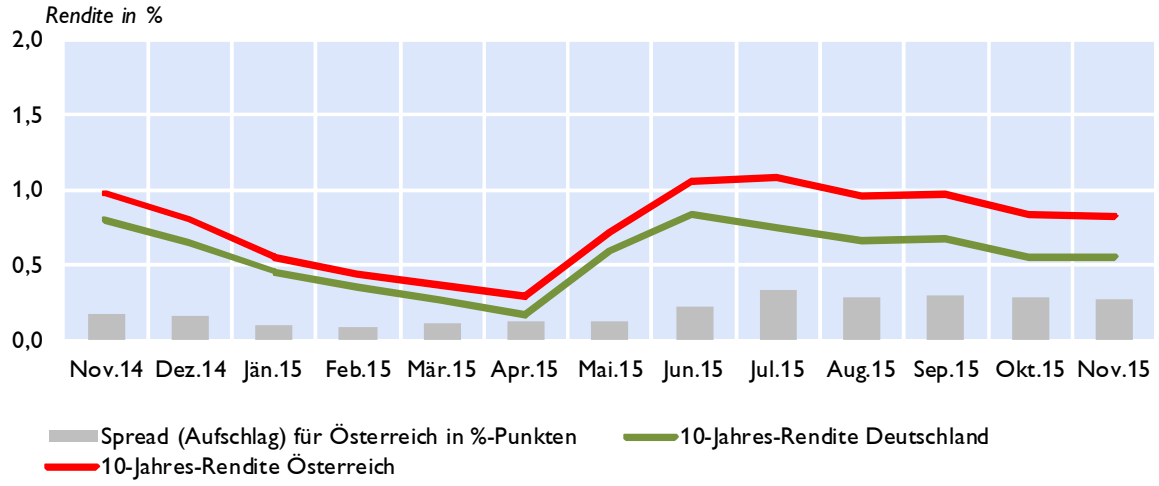
Finanzierungshaushalt[1)]	Jänner bis Oktober		Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
Allgemeine Gebarung	2014	2015	2014	2015	*2015/2014*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	61.470	60.508	74.653	74.719	0,1
Einzahlungen	56.446	56.708	71.463	71.525	0,1
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-5.023**	**-3.800**	**-3.189**	**-3.194**	**0,1**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Oktober		Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
	2014	2015	2014	2015	*2015/2014*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	31.149	33.149	39.988	41.905	4,8
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	2.139	2.319	3.384	3.500	3,4
Körperschaftsteuer	4.254	4.790	5.906	6.600	11,7
Lohnsteuer	21.082	22.063	25.942	27.300	5,2
Kapitalertragsteuern	1.953	2.496	2.769	2.700	-2,5
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	31.117	31.756	37.954	39.239	3,4
davon: Umsatzsteuer	20.934	21.450	25.472	26.300	3,3
Öffentliche Abgaben brutto	**62.816**	**65.696**	**78.503**	**81.780**	**4,2**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	23.204	24.275	28.278	29.583	4,6
Überweisungen an die Europäische Union	2.491	2.300	2.752	3.000	9,0
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**37.121**	**39.120**	**47.473**	**49.197**	**3,6**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, Thomson Reuters.

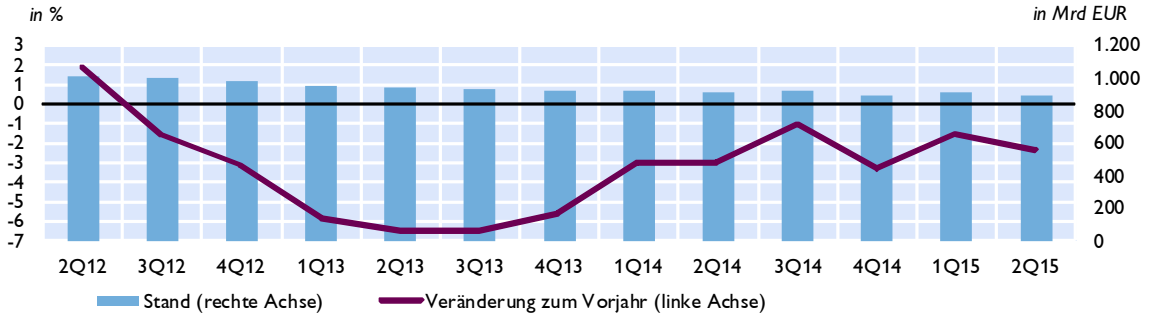
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert

Vermögenslage	2. Quartal 2015	4. Quartal 2014	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
AKTIVA				
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	46.866	40.475	6.391	15,8
Kredite & Forderungen (inkl. Finanzierungsleasing)	762.353	763.987	-1.633	-0,2
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Kreditinstituten	*135.863*	*143.025*	*-7.162*	*-5,0*
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Nichtbanken	*626.490*	*620.961*	*5.529*	*0,9*
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) u.a. nicht festverzinste Wertpapiere	177.622	177.377	246	0,1
hiev. Schuldverschreibungen	*166.906*	*166.370*	*536*	*0,3*
hiev. Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32), und andere nicht festverz.Wertpapiere	*10.717*	*11.006*	*-290*	*-2,6*
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert[1)]	36.753	41.131	-4.379	-10,6
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	19.318	19.132	186	1,0
Materielle Vermögenswerte	13.167	13.289	-122	-0,9
Immaterielle Vermögenswerte	3.059	3.141	-82	-2,6
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	20.328	19.624	704	3,6
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.079.466**	**1.078.155**	**1.311**	**0,1**
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	17.569	13.815	3.754	27,2
Verbindlichkeiten gegenueber Kreditinstituten	156.954	158.827	-1.873	-1,2
Verbindlichkeiten gegenueber Nichtbanken	565.185	554.473	10.712	1,9
Schuldverschreibungen, andere finanzielle Verbindlichkeiten (IAS 39)	168.180	178.807	-10.627	-5,9
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	28.987	33.963	-4.976	-14,7
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1.019	949	71	7,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	22.247	21.364	882	4,1
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	1.275	1.546	-271	-17,5
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	25.183	23.816	1.367	5,7
Rueckstellungen	14.646	15.566	-920	-5,9
Eigenkapital und Fremdanteile	78.221	75.028	3.193	4,3
hievon Kumuliertes sonstiges Ergebnis	*-4.289*	*-4.026*	*-263*	*-6,5*
hievon Fremdanteile	*10.634*	*10.067*	*567*	*5,6*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.079.466**	**1.078.155**	**1.311**	**0,1**
ZUSATZANGABEN				
Stand der WB zu Krediten u. Forderungen gemäß B3a und C3a	20.594	21.289	-695	-3,3

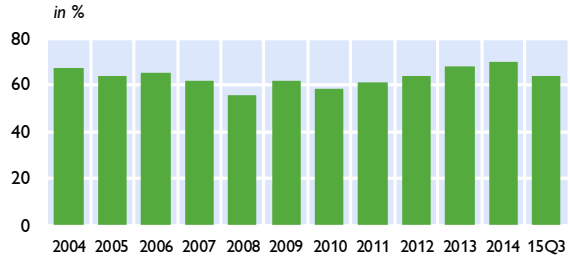
Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt

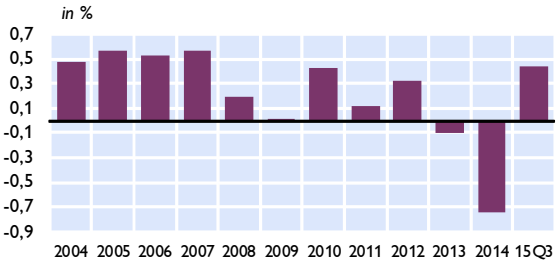
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität



Quelle: OeNB.

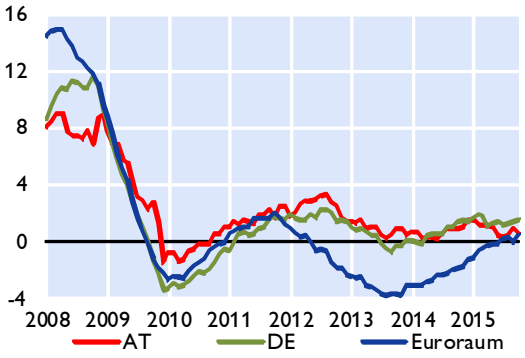
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2012	139	5.251	0,8	0,5	140	4.536	1,4	-2,3
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
2014	141	5.207	1,3	-0,3	137	4.270	1,5	-1,3
Jän.15	144	5.219	1,5	-0,2	137	4.298	1,5	-1,1
Feb.15	143	5.211	1,3	-0,2	137	4.310	1,2	-0,6
Mär.15	144	5.225	1,3	0,0	137	4.309	1,2	-0,5
Apr.15	144	5.227	1,2	0,0	136	4.304	1,2	-0,3
Mai.15	145	5.234	1,5	1,0	137	4.300	1,1	-0,2
Jun.15	145	5.262	1,2	1,2	136	4.301	0,5	-0,2
Jul.15	145	5.264	1,4	1,3	137	4.309	0,3	0,2
Aug.15	145	5.267	1,7	1,4	137	4.285	0,4	0,3
Sep.15	145	5.280	1,7	1,6	138	4.272	0,9	0,0
Okt.15	145	5.304	1,6	1,8	137	4.286	0,6	0,5

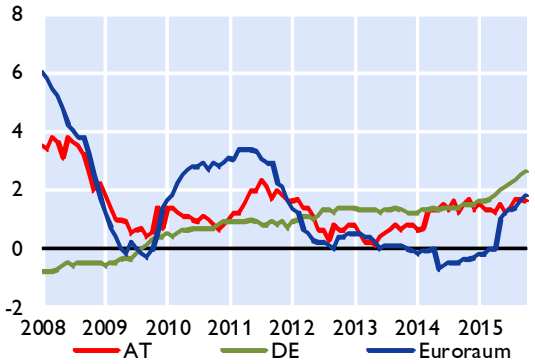
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



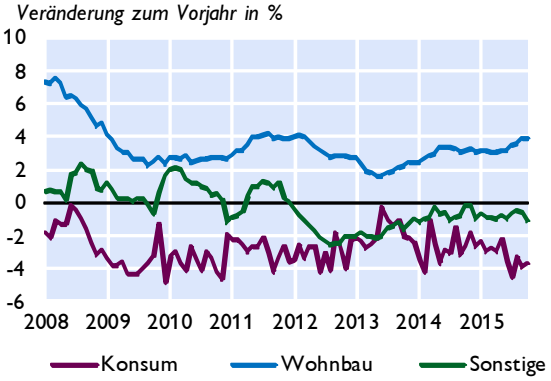
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



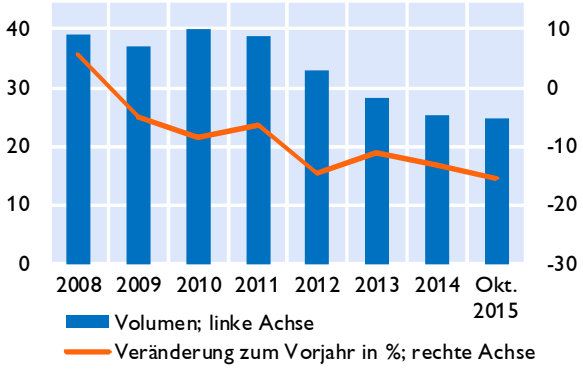
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR *in %*

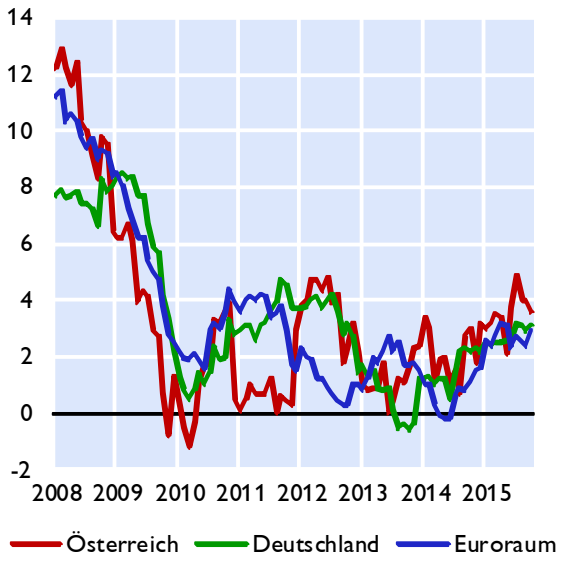


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

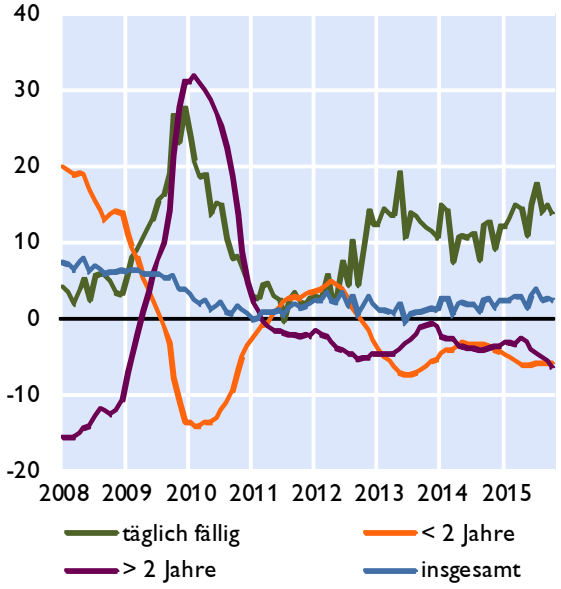
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



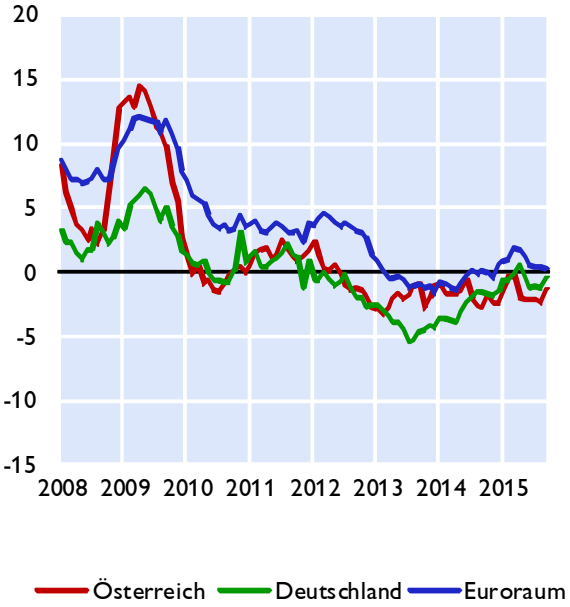
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



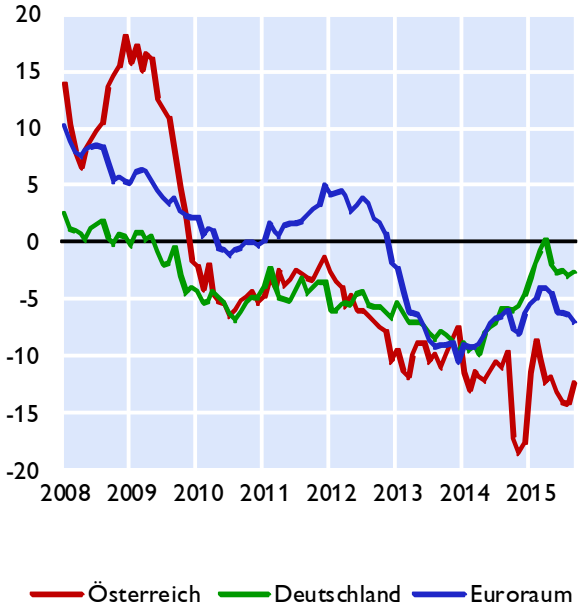
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

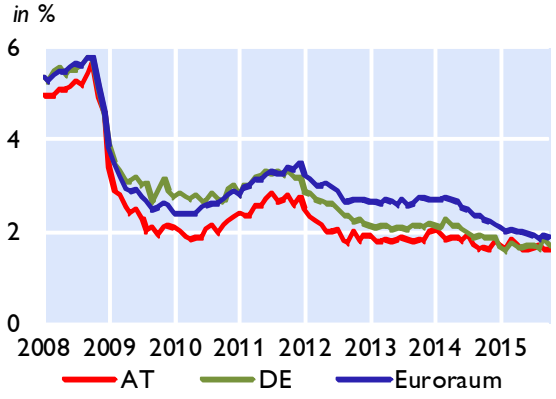


Quelle: OeNB, EZB

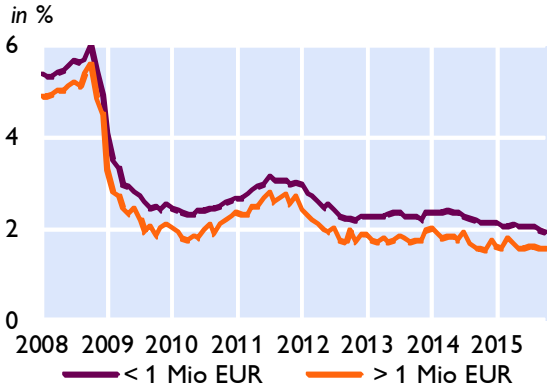
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

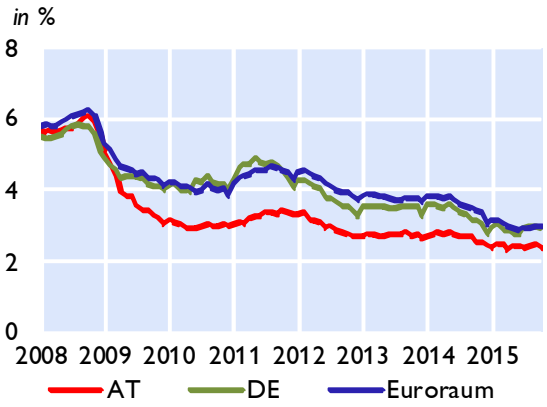


Nach Kredithöhe in Österreich

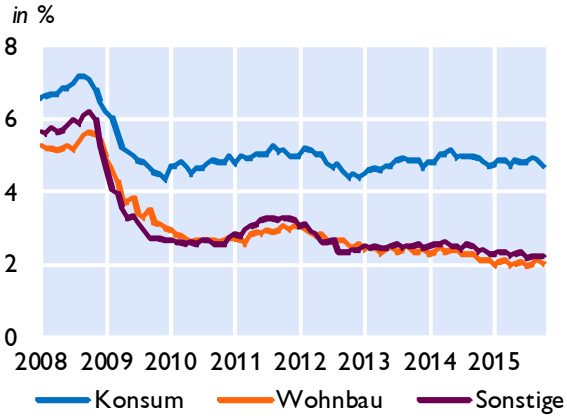


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

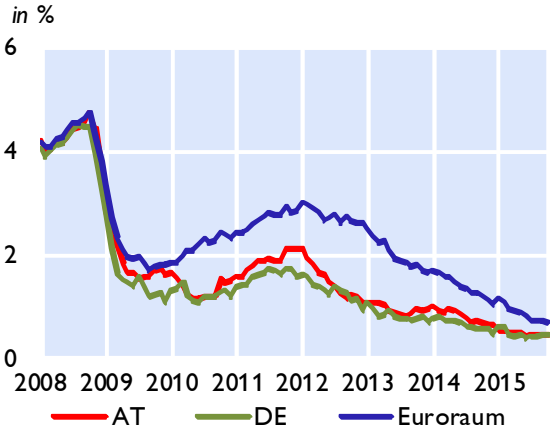


Nach Verwendungszweck in Österreich

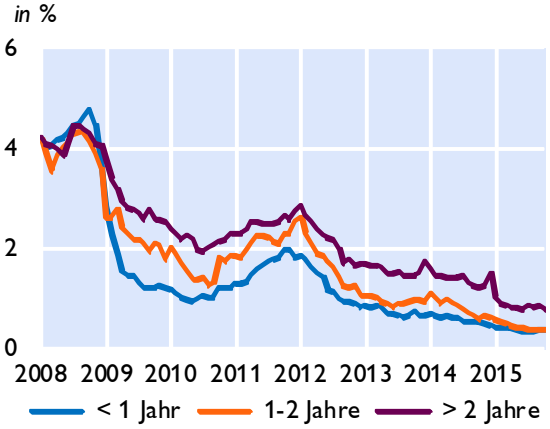


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



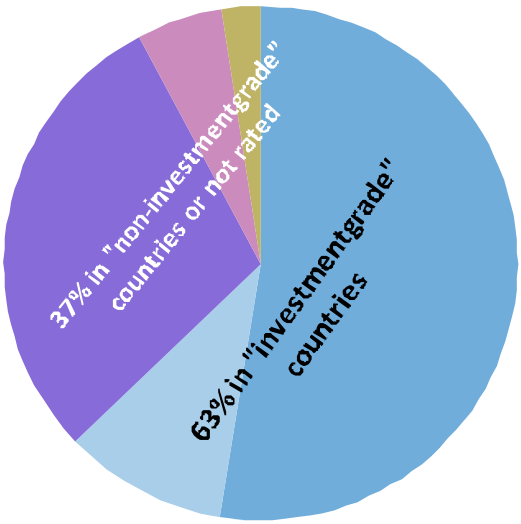
Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert

Ertrags- und Aufwandspositionen	2. Quartal 2015	2. Quartal 2014	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
Zinsergebnis	**9.349**	**9.135**	**214**	**2,3**
Zinsen und aehnliche Ertraege	*17.125*	*16.781*	*344*	*2,0*
(Zinsen und aehnliche Aufwendungen)	*7.776*	*7.646*	*130*	*1,7*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[1]	0	0	0	-
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	322	322	0	-0,1
Provisionsergebnis	**3.863**	**3.661**	**202**	**5,5**
Provisionserträge	*5.357*	*4.976*	*380*	*7,6*
(Provisionsaufwand)	*1.494*	*1.315*	*179*	*13,6*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	262	217	45	20,5
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[1]	-77	497	-574	-115,5
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1]	752	133	619	465,9
Sonstige betriebliche Erträge	1.299	2.958	-1.659	-56,1
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1.306	4.120	-2.814	-68,3
Betriebserträge, netto	**14.463**	**12.803**	**1.660**	**13,0**
(Verwaltungsaufwendungen)	8.025	8.158	-133	-1,6
(hv. Personalaufwendungen)	*4.681*	*4.951*	*-270*	*-5,5*
(hv. Sachaufwendungen)	*3.344*	*3.207*	*137*	*4,3*
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	701	1.790	-1.089	-60,8
Betriebsergebnis	**5.737**	**2.854**	**2.883**	**101,0**
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	1.897	2.597	-699	-26,9
(Sonstige Rückstellungen)[1]	104	168	-64	-38,0
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-27	-59	32	53,9
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1]	31	45	-14	-31,8
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen[1]	413	425	-13	-3,0
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[1]	21	-19	40	210,8
Außerordentliches Ergebnis	-4	5	-8	-181,6
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**4.224**	**605**	**3.619**	**598,3**
(Ertragssteuern)	896	811	85	10,5
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	**3.327**	**-207**	**3.534**	**1.711,1**
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[1]	-208	-25	-183	-735,0
(Minderheitenanteile)[1]	482	362	120	33,2
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**2.637**	**-594**	**3.230**	**544,2**

Werte in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.
1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2010	2011	2012	2013	1Q14	2Q14	3Q14	4Q14	1Q15	2Q15
	in Mio EUR									
Tschechiche Republik	46.031	50.256	47.564	47.001	46.313	45.490	48.769	44.221	44.809	47.219
Slowakei	21.329	23.838	24.535	25.093	25.152	25.937	26.443	26.319	27.486	29.543
Kroatien	25.341	25.507	23.195	22.038	21.836	21.360	19.220	18.878	19.626	20.564
Rumänien	29.937	28.595	26.823	25.778	27.944	26.435	25.904	25.896	25.522	20.225
Polen	11.111	11.886	17.933	17.017	16.990	17.691	16.451	16.688	18.480	19.875
Ungarn	25.526	23.491	19.803	18.109	17.897	17.049	15.253	15.460	16.728	15.615
Slowenien	11.594	11.257	9.588	8.079	7.458	6.929	5.752	5.494	5.409	6.856
Republik Serbien	5.203	6.475	5.041	4.865	4.652	4.773	3.979	3.565	3.712	4.609
Bosnien Herzgowina	4.887	5.024	4.261	4.124	3.995	3.940	3.612	3.438	3.349	4.287
Bulgarien	3.968	4.161	4.093	3.626	3.474	3.468	3.273	3.456	3.220	3.308
Türkei	690	749	776	929	937	977	1.102	1.011	995	932
Aserbeidschan	53	60	63	144	163	311	218	247	227	451
Republik Montenegro	766	894	875	865	842	851	460	392	399	384
Mazedonien	260	306	390	350	297	283	292	306	291	272
Litauen	174	181	120	161	184	177	203	144	94	93
Lettland	359	175	137	126	131	117	55	53	57	62
Estland	82	61	60	50	57	51	53	51	59	49
Andere	22.042	23.169	24.560	23.411	21.429	21.684	22.939	19.151	19.108	22.720
Gesamt	**209.352**	**216.086**	**209.818**	**201.768**	**199.752**	**197.523**	**193.981**	**184.768**	**189.571**	**197.063**

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Anmerkung: Werte für 4Q14 entsprechen den Jahresendwerten für das Jahr 2014.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 2. Quartal 2015	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanzielle Kapital-gesell-schaften	*davon Mone-täre Finanz-institute*	*davon Invest-ment-fonds*	*davon sonstige nicht-monetäre Finanz-institute*	*davon Versicher-ungen*	*davon Pensions-kassen*	Private Haushalte	Private Organi-sationen ohne Erwerbs-zweck	Übrige Welt (gegen-über Öster-reich)
	Bestände in Mio EUR									
Geldvermögen										
Währungsgold und SZR	x	11.469	11.469	x	x	x	x	x	x	2.183
Bargeld	1.574	2.903	2.901	0	0	1	0	21.067	0	3.238
Täglich fällige Einlagen	39.267	83.876	66.132	6.981	8.130	2.144	488	97.204	3.864	71.937
Sonstige Einlagen	16.341	196.709	189.123	2.108	3.443	1.919	116	122.518	2.054	68.833
Kurzfristige Kredite	32.020	79.189	74.448	0	2.779	1.961	0	986	0	18.960
Langfristige Kredite	90.878	386.846	359.750	8	22.282	4.806	0	811	0	69.969
Handelskredite	46.782	15	0	0	15	0	0	1	0	15.051
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	48	4.855	4.267	519	12	56	1	1.027	0	13.142
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	7.455	303.541	161.945	84.847	3.065	53.212	471	36.447	1.776	334.426
Börsennotierte Aktien	23.331	46.906	4.051	22.646	19.216	994	0	19.619	748	38.804
Nicht börsennotierte Aktien	40.999	141.806	26.925	82	106.408	8.362	29	2.908	39	36.537
Investmentzertifikate	10.888	132.178	15.033	50.098	13.726	34.275	19.045	51.361	2.415	20.268
Sonstige Anteilsrechte	154.088	102.720	28.234	1.533	67.156	5.795	2	99.579	1.225	193.995
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	71.489	x	2.175
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.576	6.429	0	0	0	6.429	0	12.213	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	40.096	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	7.401	18.248	9.200	21	7.536	1.448	43	14.443	35	14.597
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	477.646	1.517.690	953.479	168.844	253.768	121.402	20.197	591.770	12.157	904.117
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und SZR	x	-39	-39	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	31	-49	-50	0	0	1	0	1.050	0	913
Täglich fällige Einlagen	3.300	-1.423	2.165	367	-4.229	107	167	12.592	157	-2.395
Sonstige Einlagen	-2.509	-29.841	-28.410	300	-1.193	-565	26	-6.663	-254	-10.635
Kurzfristige Kredite	3.253	-3.443	-4.399	0	683	272	0	111	0	610
Langfristige Kredite	4.286	-1.487	-2.643	-8	1.544	-380	0	314	0	-296
Handelskredite	2.203	-6	-1	0	-5	0	0	0	0	-1.042
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-20	-479	-446	-10	-16	31	-39	-29	-2	-6.605
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-753	7.156	5.844	2.138	-750	-30	-46	-5.279	-115	-6.669
Börsennotierte Aktien	1.237	-1.515	-141	-1.141	-129	-86	-18	-242	-9	1.475
Nicht börsennotierte Aktien	-362	2.433	4.555	16	-2.278	141	0	-147	-20	338
Investmentzertifikate	485	7.355	657	3.434	1.337	1.226	701	4.338	164	965
Sonstige Anteilsrechte	2.897	-12.341	-12.760	78	527	-179	-6	1.167	-11	5.051
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-416	x	-128
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	142	-51	0	0	0	-51	0	271	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	779	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	544	1.689	2.407	313	-989	-37	-5	1.109	-15	-3.876
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	14.732	-32.040	-33.262	5.488	-5.497	451	780	8.952	-103	-22.295
Nettogeldvermögen	-248.069	20.955	26.359	-2.633	-7.297	3.974	553	420.109	9.703	-14.044
Finanzierungssaldo	4.309	-4.635	-530	-3.154	-1.912	737	224	7.274	-16	-3.264

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 2. Quartal 2015	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und SZR [1]	x	2.183	2.183	x	x	x	x	x	x	11.469
Bargeld	x	28.402	28.402	x	x	x	x	x	x	442
Täglich fällige Einlagen	x	281.423	281.423	x	x	x	x	x	x	34.530
Sonstige Einlagen	x	329.718	329.718	x	x	x	x	x	x	91.237
Kurzfristige Kredite	46.598	15.248	0	915	12.297	2.028	7	12.797	425	55.063
Langfristige Kredite	227.996	31.591	0	114	30.633	826	18	158.117	1.977	125.373
Handelskredite	44.123	4	0	0	4	0	0	35	1	18.100
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	429	8.003	8.003	x	0	0	0	x	x	2.995
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	40.702	183.957	168.787	x	11.556	3.614	0	x	x	200.588
Börsennotierte Aktien	68.322	24.233	17.535	x	259	6.439	x	x	x	45.619
Nicht börsennotierte Aktien	40.940	69.969	54.617	x	6.499	8.671	182	x	x	134.411
Investmentzertifikate	x	170.566	132	170.433	0	0	x	x	x	55.035
Sonstige Anteilsrechte	223.682	206.640	15.394	x	190.105	1.141	0	x	x	123.692
Lebensversicherungsansprüche	x	69.954	x	x	0	69.954	x	x	x	3.710
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	22.113	x	x	0	22.113	x	x	x	3.106
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	10.030	30.066	8.747	x	0	1.883	19.436	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	22.893	22.666	12.178	15	9.713	759	0	712	39	12.790
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	725.715	1.496.735	927.120	171.477	261.066	117.428	19.644	171.660	2.454	918.161
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Finanzierung										
Währungsgold und SZR [1]	x	0	0	x	x	x	x	x	x	-39
Bargeld	x	1.967	1.967	x	x	x	x	x	x	-27
Täglich fällige Einlagen	x	17.721	17.721	x	x	x	x	x	x	-124
Sonstige Einlagen	x	-28.198	-28.198	x	x	x	x	x	x	-24.535
Kurzfristige Kredite	-2.340	1.142	0	-393	1.817	-283	0	-191	-29	1.608
Langfristige Kredite	3.851	-82	-465	-91	546	-89	17	1.841	-42	-2.642
Handelskredite	1.319	-21	-14	0	-7	0	0	-5	0	38
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-35	-8.199	-8.199	x	0	0	0	x	x	-340
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-994	-11.298	-10.254	x	-1.364	326	-6	x	x	2.704
Börsennotierte Aktien	2.033	130	156	x	-26	0	0	x	x	-1.221
Nicht börsennotierte Aktien	113	-765	-479	x	-222	-64	0	x	x	3.048
Investmentzertifikate	x	8.877	-33	8.910	0	0	0	x	x	4.754
Sonstige Anteilsrechte	4.568	-6.365	-2.004	x	-4.565	204	0	x	x	-56
Lebensversicherungsansprüche	x	-865	0	x	0	-865	0	x	x	320
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	473	0	x	0	473	0	x	x	-111
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13	766	108	x	0	113	545	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1.895	-2.687	-3.037	216	234	-100	0	32	-5	-2.409
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	10.423	-27.406	-32.732	8.642	-3.585	-286	556	1.678	-87	-19.031
Nettogeldvermögen	-248.069	20.955	26.359	-2.633	-7.297	3.974	553	420.109	9.703	-14.044
Finanzierungssaldo	4.309	-4.635	-530	-3.154	-1.912	737	224	7.274	-16	-3.264

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.